

Deutsche Bank Aktiengesellschaft



Erster Nachtrag zum Registrierungsformular

gemäß Art. 5 Absatz 3 der Richtlinie 2003/71/EG und § 12 Absatz 1 Satz 3
Wertpapierprospektgesetz

Deutsche Fassung

Billigung, Veröffentlichung und Gültigkeit des Registrierungsformulars

Dieser Nachtrag zum Registrierungsformular ändert und ergänzt das Registrierungsformular vom 4. April 2012. Dieser Nachtrag zum Registrierungsformular ist von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt worden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat über die Billigung nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung des Nachtrags zum Registrierungsformular, einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen, entschieden. Dieser Nachtrag zum Registrierungsformular wurde auf der Internetseite der Deutsche Bank Aktiengesellschaft am Tag der Billigung veröffentlicht (www.db.com/ir).

Widerrufsrecht

Nach § 16 Abs. 3 Wertpapierprospektgesetz können Anleger, die vor der Veröffentlichung des Nachtrags zum Registrierungsformular eine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, diese innerhalb von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags widerrufen, sofern der maßgebliche neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der für den Nachtrag zum Registrierungsformular maßgebliche neue Umstand, wie in Abschnitt V. 1. beschrieben, ist am frühen Nachmittag des 31. Juli 2012 eingetreten. Alle anderen in diesem Nachtrag aufgeführten Informationen sind lediglich zum Zwecke der Aktualisierung aufgenommen worden und stellen keinen wichtigen neuen Umstand oder wesentliche Umrichtigkeit im Sinne des § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar.

Der Empfänger des Widerrufs ist die Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, Deutschland.

I. ABSCHLUSSPRÜFER

Der erste Satz in Abschnitt ABSCHLUSSPRÜFER auf Seite 4 wird wie folgt ersetzt:

Abschlussprüfer der Deutschen Bank ist KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („KPMG“), THE SQUAIRE, Am Flughafen, 60549 Frankfurt am Main, Deutschland.

II. RISIKOFAKTOREN

Die Angaben zum Rating für Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Deutschen Bank von Moody's auf Seite 5 des Registrierungsformulars werden wie folgt geändert:

Von Moody's:	Rating für langfristige Verbindlichkeiten (long-term rating):	A2
	Rating für kurzfristige Verbindlichkeiten (short-term rating):	P-1
	Ausblick:	stabil

Die Angabe von Moody's Definitionen auf Seite 5 wird wie folgt geändert. Die Definition von „Aa3“ wird gestrichen und die folgende Definition von „A2“ eingefügt:

A2 Verbindlichkeiten, die mit A eingestuft sind, werden der "oberen Mittelklasse" zugerechnet und bergen ein geringes Kreditrisiko.

Die Angaben zum Rating für Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Deutschen Bank von Fitch auf Seite 5 des Registrierungsformulars werden wie folgt geändert:

Von Fitch:	Rating für langfristige Verbindlichkeiten (long-term rating):	A+
	Rating für kurzfristige Verbindlichkeiten (short-term rating):	F1+
	Ausblick:	stabil

III. TRENDINFORMATION

Der folgende Text wird auf Seite 12 des Registrierungsformulars am Ende des Abschnitts **TRENDINFORMATION**, Unterabschnitt **Aktuelle Ereignisse und Ausblick** eingefügt:

Am 31. Mai 2012 hat die Hauptversammlung der Deutschen Bank beschlossen, eine Dividende von 0,75 Euro je Aktie für das abgelaufene Geschäftsjahr 2011 zu zahlen.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 sind Dr. Josef Ackermann, Dr. Hugo Bänziger und Hermann-Josef Lamberti aus dem Vorstand ausgeschieden.

Mit Wirkung zum 1. Juni 2012 wurden Dr. Stephan Leithner, Stuart Lewis und Henry Ritchotte in den Vorstand berufen. Dr. Stephan Leithner ist verantwortlich für Regional Management Europa (ohne Deutschland und Großbritannien), Human Resources, Legal und Compliance, Stuart Lewis ist Chief Risk Officer (CRO) und Henry Ritchotte ist Chief Operating Officer (COO).

Die beiden Mitglieder des Vorstandes, Jürgen Fitschen und Anshu Jain, wurden mit Wirkung zum 1. Juni 2012 zu gleichberechtigten Co-Vorsitzenden des Vorstandes ernannt.

Am 31. Mai 2012 hat die Hauptversammlung der Deutschen Bank folgende Personen zu neuen Mitgliedern des Aufsichtsrates gewählt: Dr. Paul Achleitner, Peter Löscher und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler. Im Anschluss an die ordentliche Hauptversammlung wurde Dr. Paul Achleitner in der Sitzung des Aufsichtsrates zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung sind Dr. Clemens Börsig, Maurice Lévy und Dr. Theo Siegert aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

IV. VERWALTUNGS-, MANAGEMENT- UND AUFSICHTSORGANE

Die Liste der Mitglieder des Vorstandes im Abschnitt **VERWALTUNGS-, MANAGEMENT- UND AUFSICHTS-ORGANE** auf Seite 12 des Registrierungsformulars wird wie folgt ersetzt:

Am 20. August 2012 setzt sich der **Vorstand** wie folgt zusammen:

Jürgen Fitschen	Co-Vorsitzender des Vorstandes
Anshu Jain	Co-Vorsitzender des Vorstandes

Stefan Krause	Chief Financial Officer (CFO)
Dr. Stephan Leithner	CEO Europa (ohne Deutschland und Großbritannien), Head of Human Resources, Legal & Compliance
Stuart Lewis	Chief Risk Officer (CRO)
Rainer Neske	Head of Private & Business Clients
Henry Ritchotte	Chief Operating Officer (COO)

Die Liste der Mitglieder des Aufsichtsrates im Abschnitt **VERWALTUNGS-, MANAGEMENT- UND AUFSICHTSORGANE**, die auf Seite 12 des Registrierungsformulars beginnt, wird wie folgt ersetzt:

Am 20. August 2012 besteht der **Aufsichtsrat** aus den folgenden 20 Mitgliedern:

Dr. Paul Achleitner	Vorsitzender des Aufsichtsrates München (seit 31. Mai 2012)
Karin Ruck*	Stellvertretende Vorsitzende Deutsche Bank AG Bad Soden am Taunus
Wolfgang Böhr*	Deutsche Bank AG Düsseldorf
Dr. Karl-Gerhard Eick	Selbständiger Unternehmensberater KGE Management Consulting Ltd. London
Katherine Garrett-Cox	Chief Executive Officer, Alliance Trust PLC Brechtin, Angus, Großbritannien
Alfred Herling*	Deutsche Bank AG Wuppertal
Prof. Dr. Henning Kagermann	Präsident der acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften Königs Wusterhausen
Martina Klee*	Deutsche Bank AG Frankfurt am Main
Suzanne Labarge	Toronto
Peter Löscher	Vorsitzender des Vorstandes der Siemens AG München (seit 31. Mai 2012)
Henriette Mark*	Deutsche Bank AG München
Gabriele Platscher*	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG Braunschweig
Rudolf Stockem*	Gewerkschaftssekretär bei ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Aachen (seit 1. Juni 2012)
Dr. Johannes Teysen	Vorsitzender des Vorstandes der E.ON AG Oberding

Marlehn Thieme*	Deutsche Bank AG Bad Soden am Taunus
Tilman Todenhöfer	Persönlich haftender Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG Madrid
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützscher	Essen (seit 31. Mai 2012)
Stefan Viertel*	Deutsche Bank AG Bad Soden am Taunus
Renate Voigt*	Deutsche Bank AG Stuttgart
Werner Wenning	Vorsitzender des Aufsichtsrates der E.ON AG Leverkusen

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

V. FINANZINFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DER BANK

1. Der folgende Unterabschnitt wird auf Seite 15 des Registrierungsformulars nach dem Unterabschnitt **Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen** eingefügt:

Zwischenfinanzinformationen

Der ungeprüfte Zwischenbericht des Deutsche Bank Konzerns zum 30. Juni 2012 ist diesem Dokument als Anlage 3 beigefügt.

2. Der Text in Unterabschnitt **Gerichts- und Schiedsverfahren** auf Seite 15 wird im Anschluss an den Satz *„Etwaige Rückstellungen oder die für diese Verfahren geschätzten Verluste, soweit eine Schätzung möglich ist, wurden nicht für einzelne Verfahren ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass die Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde.“* wie folgt ersetzt:

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zum 20. August 2012 näher beschrieben.

Auction Rate Securities

Die Deutsche Bank und die Deutsche Bank Securities Inc. („DBSI“) sind Beklagte in 21 Verfahren, in denen verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen der Einzelstaaten wegen des Angebots und Vertriebs von Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) geltend gemacht werden. Von diesen 21 Einzelklagen sind noch vier anhängig, während 17 ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen wurden. Die Deutsche Bank und DBSI waren auch Parteien in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von der Deutsche Bank und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene ARS gekauft haben und noch halten. Im Dezember 2010 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen. Das von den Klägern hiergegen zunächst eingelegte Rechtsmittel wurde von diesen im Dezember 2011 freiwillig zurückgezogen und verworfen. Die Deutsche Bank war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wird behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden um den 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Stadt Mailand

Im Januar 2009 erhob die Stadt Mailand (die „Stadt“) zivilrechtliche Klagen gegen die Deutsche Bank und drei weitere Banken (zusammen die „Banken“) vor dem Landgericht Mailand (das „Gericht“) in Bezug auf eine Anleiheemission der Stadt im Jahre 2005 (die „Anleihe“) sowie einer damit in Zusammenhang stehenden Swap-Transaktion, die in der Folgezeit zwischen 2005 und 2007 mehrmals restrukturiert wurde (der „Swap“ und die Anleihe und der Swap zusammen im Folgenden die „Transaktion“). Die Stadt machte Schadensersatz bzw. andere Rechtsbehelfe auf der Grundlage angeblicher arglistiger und betrügerischer Handlungen sowie einer angeblichen Verletzung von Beratungspflichten geltend. Im Laufe des März 2012 einigten sich die Stadt und die Banken darauf, alle bestehenden zivilrechtlichen Streitigkeiten beizulegen, ohne dass dies ein Schuldeingeständnis der Banken darstellt. Während einige Komponenten des Swap zwischen der Stadt und der Deutschen Bank bestehen bleiben, wurden andere Komponenten im Rahmen dieses zivilrechtlichen Vergleichs gekündigt. Als weitere Voraussetzung dieses Vergleichs wurden die von der Mailänder Staatsanwaltschaft sichergestellten Vermögensgegenstände (im Fall der Deutschen Bank € 25 Millionen) von der Staatsanwaltschaft zurückgegeben, obwohl diese Gegenstand des noch laufenden strafrechtlichen Verfahrens sind (siehe unten).

Im März 2010 hat das Mailänder Gericht für Strafsachen auf Antrag der Mailänder Staatsanwaltschaft der Eröffnung eines Strafverfahrens gegen jede der Banken sowie einzelne Angestellte der Banken (einschließlich zweier Angestellten der Deutschen Bank) zugestimmt. Die Anklagen beziehen sich auf angebliche Straftaten im Zusammenhang mit dem Swap und der nachfolgenden Restrukturierung, insbesondere Betrug zum Nachteil einer öffentlichen Behörde. Das Strafverfahren dauert an. Ein Urteil wird zu Beginn des Jahres 2013 erwartet.

IBEW Local 90 Sammelklagen

Die Deutsche Bank sowie einzelne ihrer Angestellten sind Beklagte in einem vor dem United States District Court for the Southern District of New York als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die von allen Personen, die im Zeitraum vom 3. Januar 2007 bis 16. Januar 2009 (die „Erwerbsphase“) Deutsche Bank-Aktien erworben haben, eingereicht wurde. Die Kläger behaupten in einer erweiterten Klageschrift, dass in der Erwerbsphase der Wert der Deutschen Bank Aktie beeinflusst wurde durch Falschdarstellungen und Auslassungen in Bezug auf mögliche Risiken aus dem Erwerb von MortgageIT Inc. durch die Deutsche Bank und in Bezug auf mögliche Risiken aus dem RMBS (residential mortgage-backed securities = durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere) und CDO (collateralized debt obligations = besicherte Schuldverschreibungen) Portfolio der Deutschen Bank in diesem Zeitraum. Die Ansprüche werden unter dem Abschnitt 10(b) und 29(a) des Securities Exchange Act of 1934 sowie der Rule 10b-5 der Securities Exchange Act of 1934 Rules erhoben. Die Beklagten mussten zu der erweiterten Klageschrift noch nicht Stellung nehmen.

Interbanken-Zinssatz

Die Deutsche Bank hat von Aufsichts- und Regierungsbehörden, ein-, aber nicht ausschließlich der U.K. Financial Services Authority, dem US-Justizministerium, der U.S. Commodity Futures Trading Commission und der Europäischen Kommission verschiedene förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen im Zusammenhang mit der Quotierung von Zinssätzen im Interbankenmarkt für verschiedene Währungen erhalten. Diese Anfragen beziehen sich auf verschiedene Zeiträume zwischen 2005 und 2011. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Darüber hinaus wurden gegen die Deutsche Bank, ein mit ihr verbundenes Unternehmen und zahlreiche andere Banken eine Reihe von zivilrechtlichen Klagen, einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren, bei Bundesgerichten in den USA eingereicht. Alle bis auf eine dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten in auf LIBOR bezogenen Finanzinstrumenten gehandelt und die Beklagten hätten auf verschiedene Weise den US-Dollar-LIBOR-Zinssatz und die Preise für auf den US-Dollar-LIBOR bezogene Derivate in verschiedenen Märkten manipuliert. Die andere Klage wurde Ende April 2012 für bestimmte Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten in auf Euroyen bezogenen Finanzinstrumenten gehandelt und die Beklagten hätten den Yen-LIBOR und den Euroyen-TIBOR-Zinssatz und die Preise für auf den Euroyen bezogene Derivate manipuliert. Die Klagen werden auf verschiedene Rechtsgrundlagen gestützt, einschließlich Verletzungen des US Commodity Exchange Act und kartellrechtlicher Vorschriften. Die zivilrechtlichen Verfahren hinsichtlich des US-Dollar-LIBOR wurden zur Durchführung eines Vorverfahrens im United States District Court for the Southern District of New York zusammengeführt. Ende Juni 2012 haben die Beklagten in den US-Dollar-LIBOR bezogenen Verfahren Anträge auf Klageabweisung gestellt.

Kaupthing

Ende Juni 2012 machte das Abwicklungsgremium der Kaupthing hf („Kaupthing“) Rückforderungsansprüche gegen die Deutsche Bank AG Filiale London in Höhe von etwa € 509 Millionen (zuzüglich Zinsen) sowohl in Island, als auch in England geltend. Die Forderungen beziehen sich auf fremdfinanzierte Kreditderivate (leveraged credit linked notes – „CLNs“), bezogen auf Kaupthing, die von der Deutschen Bank begeben und an zwei Zweckgesellschaften auf den Britischen Jungferninseln („SPVs“) kurz vor der Insolvenz von Kaupthing Ende 2008 verkauft wurden. Die SpVs gehörten vermögenden Privatpersonen.

Kaupthing behauptet, die SPVs finanziert zu haben und unterstellt, dass der Deutschen Bank bewusst war, dass Kaupthing selbst anstelle der SPVs den wirtschaftlichen Risiken der Transaktionen ausgesetzt war. Es wird weiter behauptet, einer der Ziele dieser angeblichen „Behauptung, dass die Transaktionen unabhängig von Kaupthing seien“ sei es gewesen, Kaupthing zu ermöglichen, den Markt mit ihren eigenen Spreads für Tauschgeschäfte zur Absicherung von Kreditrisiken (credit default swaps - CDS) und somit ihre notierten Anleihen zu manipulieren.

Der erste Gerichtstermin in dem Verfahren vor den englischen Gerichten ist für Januar 2013 anberaumt. In dem Verfahren vor den englischen Gerichten wird darüber zu entscheiden sein, ob das Verfahren vor den englischen Gerichten ausgesetzt und das Verfahren vor den isländischen Gerichten fortgesetzt wird.

Kirch

Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutsche Bank), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank und Dr. Breuer und forderte circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. Am 22. Februar 2011 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Gegen die Entscheidung hat Dr. Kirch Berufung eingelegt. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht hat das Verfahren mit einer noch andauernden Beweisaufnahme fortgesetzt und angeregt, dass die Parteien alle Rechtsstreitigkeiten zwischen der Deutschen Bank und Dr. Kirch sowie ihm nahestehenden Dritten vergleichen. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche keine Grundlage und weder die Kausalität der Interviewäußerung für irgendeinen Schaden noch die Höhe des geltend gemachten Schadens sind ausreichend dargelegt. Dr. Kirch verstarb im Juli 2011. Sein Tod hat keine Auswirkungen auf die Verfahren. Am 1. März 2012 hat die Deutsche Bank nach sorgfältiger Abwägung den Vorschlag für einen außergerichtlichen Vergleich nicht angenommen.

Auflösung einer auf den KOSPI Index bezogenen Position

Nachdem der Korea Composite Stock Price Index („KOSPI 200“) in der Schlussauktion am 11. November 2010 um ca. 2,7% gefallen war, hat die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) Untersuchungen eingeleitet und die Besorgnis geäußert, dass der Rückgang des KOSPI 200 auf die Veräußerung eines

Wertpapierbestands der Deutschen Bank im Wert von ca. € 1.6 Milliarden zurückzuführen sei, der als Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gehalten wurde. Am 23. Februar 2011 hat die koreanische Finanzdienstleistungskommission, welche die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ergebnisse und Empfehlungen der FSS geprüft und beschlossen, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) eine Strafanzeige bei der koreanischen Staatsanwaltschaft wegen mutmaßlicher Marktmanipulation gegen fünf Angestellte des Deutsche Bank- Konzerns und als Haftung für fremdes Verschulden gegen die Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, die Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) zu erstatten; und (ii) der DSK, beginnend ab 1. April 2011 und endend am 30. September 2011, ein sechsmonatiges Verbot für Eigenhandelsgeschäfte im Kassamarkt für Aktien und mit börsennotierten Derivaten sowie direktem Marktzugang zum Kassamarkt für Aktien aufzuerlegen und zu verlangen, dass die DSK die Beschäftigung eines bestimmten Angestellten für sechs Monate suspendiert. Eine Ausnahme vom Geschäftsverbot besteht insoweit, als es DSK weiterhin erlaubt ist, für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere Liquidität bereit zu stellen. Am 19. August 2011 hat die koreanische Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass sie die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank Konzerns wegen mutmaßlicher Spot/Futures (Spot-/Termingeschäfte) Marktmanipulationen angeklagt hat. Das Strafverfahren begann im Januar 2012. Darüber hinaus wurden vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilgerichtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK von verschiedenen Parteien erhoben, die behaupten, Verluste durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 erlitten zu haben. Die Verfahren befinden sich in frühen Stadien.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset-backed Securities

Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei Ausreichung, Erwerb, Verbriefung, dem Verkauf von und Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere (Residential Mortgage-backed Securities – RMBS), besicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), andere Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren hinsichtlich ihrer Rolle als Emittent und Platzeur von RMBS benannt. Zu diesen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere sowie Klagen von Versicherungsgesellschaften, die Zahlungen von Kapital und Zinsen einzelner Tranchen der angebotenen Wertpapiere garantiert haben. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig oder dass verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

In Bezug auf zwei Emissionen von RMBS durch die Deutsche Bank wurde diese und einige derzeitige und ehemalige Mitarbeiter als Beklagte in einem am 27. Juni 2008 begonnenen und als Sammelklage bezeichneten Verfahren benannt. Im Nachgang zu einer Mediation hat das Gericht einen Vergleich in dieser Sache genehmigt.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle zusammen mit anderen Finanzinstituten als Platzeure bestimmter von Dritten und deren verbundenen Unternehmen einschließlich Countrywide Financial Corporation, IndyMac MBS, Inc., Novastar Mortgage Corporation und Residential Accredit Loans, Inc. begebenen RMBS beziehen. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery). Am 29. März 2012 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren gegen Novastar Mortgage Corporation ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen, wogegen die Kläger Rechtsmittel eingelegt haben.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen, einschließlich Allstate Insurance Company, Asset Management Fund, Assured Guaranty Municipal Corporation, Bayerische Landesbank, Cambridge Place Investments Management Inc., der Federal Deposit Insurance Corporation (als Verwalterin für Franklin Bank S.S.B., Citizens National Bank and Strategica Capital Bank), der Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of San Francisco, Federal Home Loan Bank of Seattle, der Federal Housing Finance Agency (als Verwalterin für Fannie Mae und Freddie Mac), John Hancock, Mass Mutual Life Insurance Company, Moneygram Payment Systems, Inc., Phoenix Light SF Limited, RMBS Recovery Holdings 4, LLC and VP Structured Products, LLC., Sachsen Landesbank, Sealink Funding Ltd., Stichting Pensioenfonds ABP, The Charles Schwab Corporation, The Union Central Life Insurance Company, The Western and Southern Life Insurance Co. und des West Virginia Investment

Management Board eingeleitet wurden. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery).

In den Klagen gegen die Deutsche Bank wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Deutsche Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung, doch können sich diese in Fällen, in denen die Emittenten jetzt oder in der Zukunft insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Am 6. Februar 2012 hat der United States District Court for the Southern District of New York Klagen von Dexia SA/NV und der Teachers Insurance and Annuity Association of America und mit ihnen verbundenen Unternehmen abgewiesen. Das Gericht hat einige der Ansprüche ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen und für andere Ansprüche den Klägern die Möglichkeit gelassen, erneut Klage zu erheben.

Eine Anzahl weiterer juristischer Personen hat Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht und die Deutsche Bank hat mit einigen dieser juristischen Personen Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben können.

Am 3. Mai 2011 hat das US-Justizministerium (USDOJ) beim United States District Court for the Southern District of New York eine Zivilklage gegen die Deutsche Bank und MortgageIT, Inc. erhoben. Das USDOJ hat am 22. August 2011 eine geänderte Klage eingereicht. Die geänderte Klage, die auf den U.S. False Claims Act und allgemeine Rechtsgrundsätze gestützt wird, behauptete, dass die Deutsche Bank, DB Structured Products, Inc., MortgageIT Inc. und die Deutsche Bank Securities Inc. dem Department of Housing and Urban Development's Federal Housing Administration (FHA) falsche Bestätigungen bezüglich der Einhaltung von FHA-Anforderungen zur Qualitätskontrolle durch MortgageIT und der Qualifizierung einzelner Darlehen für eine Versicherung durch die FHA vorgelegt haben.

Nach der geänderten Klage hat die FHA Versicherungszahlungen in Höhe von 368 Mio US-\$ für Hypothekendarlehen geleistet, für die falsche Bestätigungen abgegeben worden waren. Die geänderte Klage zielte darauf ab, dreifachen Schadenersatz und den Ersatz zukünftiger Schäden aus von der FHA versicherten Darlehen zu erhalten; nach der geänderten Klage forderte das USDOJ über 1 Milliarde US-\$ Schadenersatz. Am 23. September 2011 haben die Beklagten einen Antrag auf Abweisung der geänderten Klage gestellt. Nach einer Anhörung am 21. Dezember 2011 hat das Gericht dem USDOJ die Möglichkeit eingeräumt, eine zweite geänderte Klage einzureichen. Am 10. Mai 2012 verglich sich die Deutsche Bank mit dem USDOJ auf eine Zahlung von 202,3 Mio US-\$.

Am 8. Mai 2012 erzielte die Deutsche Bank mit Assured Guaranty Municipal Corporation („Assured“) einen Vergleich in Hinsicht auf Ansprüchen aus gewissen RMBS, die von der Deutschen Bank begeben und übernommen worden waren und die mit einer Finanzgarantie von Assured ausgestattet waren. Gemäß diesem Vergleich leistete die Deutsche Bank eine Zahlung von 166 Mio US-\$ und erklärte sich zu dem Beitritt zu einem Verlustteilungsvertrags bereit, um einen Prozentteil zukünftiger Verluste von Assured aus gewissen von der Deutschen Bank begebenen RMBS zu decken. Für alle unter diesem Vergleich derzeit erwarteten Zahlungen der Deutschen Bank wurden in vorherigen Quartalen Rückstellungen gebildet. Dieser Vergleich erledigt zwei Rechtsstreite mit Assured, die sich auf Finanzgarantieversicherungen beziehen und limitiert gleichzeitig die Ansprüche in einem dritten Rechtsstreit, in dem alle zugrunde liegenden Hypothekensicherheiten von Greenpoint Mortgage Funding, Inc. (einer Tochtergesellschaft von Capital One) gestellt wurden und die verpflichtet ist, die Deutsche Bank freizustellen.

Ocala

Die Deutsche Bank ist bevorrechtigter Gläubiger der Ocala Funding LLC („Ocala“), einer von Taylor Bean & Whitaker Mortgage Corp. aufgesetzten und verwalteten Zweckgesellschaft zur Ausgabe von Commercial Paper (kurzfristige Schuldverschreibungen). Im August 2009 stellte die Taylor Bean & Whitaker Mortgage Corp. das Hypothekenkreditgeschäft ein und beantragte Gläubigerschutz. Die Bank of America ist Treuhänder, Sicherheitenverwalter, Depotstelle und Wertpapierverwahrstelle von Ocala. Die Deutsche Bank hat gegen die Bank of America eine zivilrechtliche Klage vor dem United States District Court for the Southern District of New York wegen Vertragsverletzung, Treuepflichtverletzung und vertraglicher Schadenersatzansprüche erhoben. Diese Ansprüche basieren auf dem Versäumnis der Bank of America, die Barmittel und Hypothekendarlehen zu sichern, die das von der Deutschen Bank gezeichnete Wertpapier absichern sollten. Am 23. März 2011 hat das Gericht einen Klageabweisungsantrag der Bank of America teilweise abgewiesen und ihm teilweise stattgegeben. Am 24. Juni 2011 wurde seitens der Bank of America einem verbundenen Unternehmen der Deutschen Bank der Streit wegen Beteiligung verkündet. Darin wird behauptet, dass im Falle der Haftung der

Bank of America gegenüber der Deutschen Bank das verbundene Unternehmen wiederum der Bank of America in diesem Umfang zum Schadensersatz verpflichtet sei. Am 5. Juni 2012 hat das Gericht den Antrag der Bank of America auf Streitverkündung gegen das verbundene Unternehmen abgewiesen. Die Deutsche Bank hat gegen die Bank of America eine weitere zivilrechtliche Klage vor dem United States District Court for the Southern District of New York wegen Wandlung von bestimmten von Ocala gehaltenen Hypotheken erhoben. In diesem zweiten Verfahren hat das Gericht am 31. August 2011 einem Klageabweisungsantrag der Bank of America stattgegeben, gleichzeitig der Deutsche Bank aber die Möglichkeit eingeräumt, eine neue Klage einzureichen. Die Deutsche Bank hat die zweite Klage gegen die Bank of America freiwillig und ohne Recht auf erneute Klageerhebung am 29. Dezember 2011 zurückgezogen und am selben Tag einen Antrag auf Änderung der ersten Klage gegen die Bank of America eingelegt. Mit der Änderung macht die Bank Ansprüche aus Vertragsbruch, Treuepflichtverletzung (dies beinhaltet einen Anspruch in Bezug auf die Wandlung von Hypotheken durch die Bank of America), Fahrlässigkeit, fahrlässiger Falschdarstellung, ungerechtfertigter Bereicherung, unerlaubter Handlung und anderer angemessener Forderungen geltend. Am 5. Juni 2012 hat das Gericht dem Antrag der Bank auf Änderung der ersten Klage stattgegeben. Am 29. Dezember 2011 hat die Deutsche Bank vor dem 11th Judicial Circuit in Miami Dade County, Florida gegen Deloitte & Touche LLP eine Zivilklage wegen Verletzung der Berufspflicht und fahrlässiger Falschdarstellung eingereicht. Deloitte & Touche LLP sind die Wirtschaftsprüfer von Taylor, Bean & Whitaker Mortgage Corp., deren Finanzberichte mit einigen Tochtergesellschaften, einschließlich der hundertprozentigen Tochtergesellschaft Ocala, konsolidiert wurden. Am 20. März 2012 hat das Gericht den Klageabweisungsantrag von Deloitte & Touche LLP nicht zugelassen.

Parmalat

Im Zuge der Insolvenz des italienischen Konzerns Parmalat hat die Staatsanwaltschaft in Mailand ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet und Anklage gegen verschiedene Banken wegen angeblicher Marktmanipulation erhoben, unter anderem auch gegen die Deutsche Bank und die Deutsche Bank S.p.A. sowie gegen ihre Angestellten. Das Mailänder Gericht hat am 18. April 2011 sein erstinstanzliches Urteil verkündet. Die Deutsche Bank und ihre Gesellschaften sowie ihre Angestellten wurden von allen Vorwürfen freigesprochen.

Die Staatsanwaltschaft in Parma hat ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene Bankangestellte, darunter auch Angestellte der Deutschen Bank, wegen betrügerischen Bankrotts eingeleitet. Die Hauptverhandlung hat im September 2009 begonnen und dauert an. Ein ehemaliger Angestellter der Deutschen Bank hat im Hinblick auf die gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Vorwürfe in Mailand und Parma einen strafrechtlichen Vergleich abgeschlossen (wobei der überwiegende Teil der Vorwürfe den Zeitraum vor seiner Anstellung bei der Deutschen Bank betraf); daraufhin wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt.

Einige Privatpersonen, die Anleihen und Aktien halten, machen im Zusammenhang mit den vorgenannten strafrechtlichen Verfahren Schadenersatzansprüche gegen die Deutsche Bank geltend. Die Deutsche Bank hat denjenigen Privatanlegern Vergleichsangebote unterbreitet, die ihre Ansprüche glaubhaft dargelegt haben. Ein Teil der Privatanleger hat diese Vergleichsangebote angenommen.

Im Januar 2011 hat eine Gruppe von institutionellen Investoren in Mailand (Anleihegläubiger und Aktionäre) eine zivilrechtliche Klage auf Schadensersatz in einem Betrag von insgesamt rund 130 Millionen € zuzüglich Zinsen und Auslagen erhoben. Die Klage richtet sich gegen verschiedene internationale und italienische Banken, einschließlich der Deutschen Bank und der Deutsche Bank S.p.A. und beschuldigt diese des Zusammenwirkens mit Parmalat beim betrügerischen Platzen von Wertpapieren und der Verschleppung der Insolvenz von Parmalat. Der Beginn der wichtigen Verhandlungen ist für 2012 anberaumt.

Sebastian Holdings Litigation

Die Deutsche Bank befindet sich in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten in Rechtsstreitigkeiten mit Sebastian Holdings Inc., einer Gesellschaft auf den Turks- und Caicosinseln („SHI“). Der Streit entstand im Oktober 2008, als SHI Handelsverluste erlitt und anschließend den Aufforderungen der Deutschen Bank zur Leistung von Margineinschüssen (margin calls) nicht nachgekommen ist.

Die Deutsche Bank hat in Großbritannien Klage gegen SHI erhoben, um die von SHI geschuldeten circa 246 Millionen U.S. \$ einzufordern, nachdem die Deutsche Bank zwei bestehende Rahmenverträge mit der SHI gekündigt hatte.

Im Verfahren in Großbritannien hat das Prozessgericht (unter Aufrechterhaltung der Entscheidung des Berufungsgerichtes) entschieden, dass es für die von der Deutschen Bank erhobene Klage zuständig ist und

hat den Einwand von SHI zurückgewiesen, dass Großbritannien kein geeignetes Forum zur Verhandlung der Sache ist. Die Klage wird vor den englischen Gerichten weiterverfolgt. Die Verhandlungen werden im April 2013 beginnen. SHI hat in Großbritannien gegen die Deutsche Bank Widerklage erhoben und alle Aspekte des amerikanischen Verfahrens (wie in diesem Abschnitt nachstehend beschrieben) dupliziert. SHI reichte im Juni 2012 eine erweiterte Widerklage in Großbritannien ein und spezifizierte einige weitere Informationen hinsichtlich der Höhe ihrer Forderungen. Die Höhe der Ansprüche wurde noch immer nicht vollständig dargelegt und Teile davon sind doppelt, aber es erscheint, als verlange SHI Verluste in Höhe von mindestens NOK 7 Milliarden (etwa 1,1 Milliarde U.S. \$ nach gegenwärtigen Wechselkurs), zusammen mit entgangenem Gewinn, der auf etwa 5 Milliarden U.S. \$ geschätzt wird und von dem SHI behauptet, dass sie ihn aufgrund des Handelsverlustes erzielt hätte.

Bei der Klage in den Vereinigten Staaten handelt es sich um eine Schadensersatzklage, die nach Klageänderung nun mindestens 2,5 Milliarden U.S. \$ beträgt (dieser Betrag ist in dem von SHI in Großbritannien eingeklagten Betrag enthalten und ist nicht hinzu zurechnen) und welche die SHI bei einem Gericht in New York gegen die Deutsche Bank AG eingereicht hat. Diese wurde aufgrund desselben Sachverhaltes, wie die von der Deutsche Bank AG gegen die SHI anhängige Klage in Großbritannien erhoben. Das Prozessgericht hat den Antrag der Deutsche Bank AG, das Verfahren in den Vereinigten Staaten zugunsten des Verfahrens in Großbritannien einzustellen oder auszusetzen, abgelehnt. Dagegen hat es dem Antrag der Deutsche Bank AG stattgegeben, die von SHI geltend gemachten Ansprüche aus unerlaubter Handlung abzuweisen. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag der Deutsche Bank AG, die vertraglichen und quasivertraglichen Ansprüche von SHI abzuweisen.

Das Berufungsgericht in New York (New York Appellate Division) hat die Entscheidung des Prozessgerichts bestätigt und die Klageänderung wurde nach der Entscheidung des Berufungsgerichts eingereicht. Die Deutsche Bank hat einen Klageabweisungsantrag hinsichtlich einzelner Klagepunkte gestellt. Das Verfahren in den vereinigten Staaten befindet sich im Beweisverfahren (Discovery).

Trust Preferred Securities

Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutsche Bank und ihren verbundenen Unternehmen begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden auf Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 und die Behauptung gestützt, dass Registrierungsdokumente und Prospekte für diese Wertpapiere wesentliche Falschdarstellungen und Auslassungen enthielten. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Am 19. August 2011 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Klageabweisung teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Die Beklagten haben die erneute Prüfung des abgelehnten Teils des Klageabweisungsantrags beantragt. Am 20. September 2011 haben die Kläger eine zweite abgeänderte Klage eingereicht, die keine Ansprüche mehr in Bezug auf Wertpapieremissionen aus dem Oktober 2006 enthält.

Deutsche Bank Konzern- Zwischenbericht zum 30. Juni 2012

Die Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	Jan. – Jun.	
	2012	2011
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	28,50 €	40,75 €
Aktienkurs höchst	39,51 €	48,70 €
Aktienkurs tiefst	26,17 €	38,60 €
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	2,18 €	3,47 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	2,12 €	3,35 €
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	931	938
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	958	974
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	7,4 %	13,1 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	10,2 %	18,7 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	10,2 %	18,9 %
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) ¹	59,81 €	53,96 €
Aufwand-Ertrag-Relation ²	79,3 %	70,4 %
Personalaufwandsquote ³	40,9 %	40,2 %
Sachaufwandsquote ⁴	38,3 %	30,2 %
	in Mio €	in Mio €
Erträge insgesamt	17.214	19.014
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	733	837
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	13.643	13.378
Ergebnis vor Steuern	2.838	4.799
Gewinn nach Steuern	2.063	3.363
	30.6.2012	31.12.2011
	in Mrd €	in Mrd €
Bilanzsumme	2.241	2.164
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	55,7	53,4
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ⁵	10,2 %	9,5 %
Tier-1-Kapitalquote ⁵	13,6 %	12,9 %
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	3.064	3.078
davon in Deutschland	2.036	2.039
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	100.654	100.996
davon in Deutschland	47.240	47.323
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	A2	Aa3
Standard & Poor's	A+	A+
Fitch Ratings	A+	A+

Die Überleitung des durchschnittlichen Active Equity und darauf basierender Kennzahlen befindet sich auf Seite 86 dieses Berichts.

¹ Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (unverwässert, beide zum Bilanzstichtag).

² Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

³ Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁴ Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁵ Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Das Tier-1-Kapital enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage – 2

 Wirtschaftliches Umfeld – 2

 Ertragslage des Konzerns – 3

 Segmentüberblick – 5

 Vermögenslage – 17

Risikobericht – 25

Ausblick – 44

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht – 48

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 49

Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 50

Konzernbilanz – 51

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 52

Konzern-Kapitalflussrechnung – 54

Anhangangaben

Grundlage der Erstellung – 55

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden – 56

Segmentberichterstattung – 57

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung – 63

Angaben zur Bilanz – 66

Sonstige Finanzinformationen – 74

Sonstige Informationen – 86

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage

Wirtschaftliches Umfeld

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im zweiten Quartal 2012 wieder abgeschwächt und dem vierten Quartal 2011 vergleichbare Wachstumsraten erreicht. Diese Entwicklung spiegelt sich in den Ergebnissen der Befragungen von Einkaufsmanagern wider, deren Einschätzung im Verlauf des zweiten Quartals immer pessimistischer wurde und im Juni auf den tiefsten Stand seit drei Jahren fiel. Dazu dürften die nachlassende Wirkung geldpolitischer Maßnahmen und die erhöhte Unsicherheit über die weitere Entwicklung in der europäischen Staatsschuldenkrise beigetragen haben. Die angespannte Lage in der Eurozone zeigt sich in den im Vergleich zum ersten Quartal für Spanien und Italien gestiegenen Risikoaufschlägen auf Staatsanleihen, die im zweiten Quartal in etwa wieder das Niveau vom Jahresende 2011 erreicht haben.

In den verschiedenen Regionen der Welt setzen sich deutliche Wachstumsunterschiede fort. In der Eurozone ist die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2012 gesunken, nachdem sie im ersten Quartal 2012 noch stagnierte. Das deutsche BIP sollte nach einem starken ersten Quartal nahezu stagniert haben und die Wirtschaftsleistung in Frankreich dürfte rückläufig gewesen sein. Die Volkswirtschaften der südeuropäischen Staaten, die sich in Rezession befinden, sind wegen der Konsolidierung der öffentlichen und privaten Finanzen und der hohen Unsicherheit in diesen Ländern erneut spürbar geschrumpft. In den USA dürfte die jährliche Wachstumsrate nahezu unverändert zum ersten Quartal 2012 bei etwa 2 % liegen. Allerdings hat sich hier die Einschätzung der Einkaufsmanager im Juni erheblich eingetrübt und die Erholung am Arbeitsmarkt bleibt schleppend. Das Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern ist weiterhin hoch, sollte sich aber insbesondere aufgrund der sinkenden Güternachfrage aus den USA und Europa ebenfalls abgeschwächt haben.

Für die Bankenbranche hat sich das europäische wirtschaftliche Umfeld nach einem guten Start in das Jahr im zweiten Quartal 2012 mit der Rückkehr der Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und die Staatsschuldenkrise wieder eingetrübt. Die Liquiditätshilfen der Europäischen Zentralbank (EZB) zeigten einen nur vorübergehend positiven Effekt auf die Refinanzierungssituation der europäischen Banken, während sich das operative Geschäft in fast allen Geschäftsfeldern sowohl im Vorquartals- als auch im Vorjahresvergleich verschlechtert haben dürfte. Die Kreditausfälle steigen insbesondere in den wieder in die Rezession zurückgefallenen Ländern Südeuropas an, und das Kreditvolumen dürfte in der Eurozone insgesamt jetzt etwas geringer sein (trotz anhaltender Expansion in robusteren Volkswirtschaften wie Deutschland). Die Refinanzierung am Kapitalmarkt kam im zweiten Quartal 2012 – wie schon im zweiten Halbjahr 2011 – weitgehend zum Erliegen, auch wenn das die meisten Banken dank der reichlich aufgenommenen EZB-Liquidität nicht vor ernsthafte Probleme gestellt haben sollte.

In den USA hielt die Erholung der Bankenbranche in den letzten Monaten an. Das Kreditvolumen im Firmen- und Privatkundengeschäft sollte sich leicht erhöht haben und die Kreditausfälle sollten weiter zurückgegangen sein. Bislang waren außerdem die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise auf US-Banken begrenzt, teilweise konnten sie die Schwäche der Wettbewerber sogar für (begrenzte) Zukäufe zum Ausbau ihrer Marktstellung im Heimatmarkt nutzen.

Im zweiten Quartal 2012 könnten die europäischen Banken wie bereits in den ersten drei Monaten des Jahres ihre Eigenkapitalausstattung hauptsächlich durch einbehaltene Gewinne und reduzierte Risikoaktiva weiter gestärkt haben. Die Vorgabe einer Kernkapitalquote von 9 % zum 30. Juni 2012 dürften daher nach Ansicht der europäischen Bankenaufsicht EBA die meisten der Institute erfüllt haben, die am Stresstest beteiligt waren. In kritischeren Fällen, vor allem in Spanien und Zypern, wird in diesem Zusammenhang noch über voraussichtlich notwendige Staatshilfen diskutiert.

Das Investmentbanking insgesamt litt im zweiten Quartal wieder unter erhöhter Risikoaversion der Investoren. Vor allem Emissionsvolumina, oft aber auch Handelsaktivitäten, lagen unter Vorjahresniveau. In der Vermögensverwaltung verzeichneten vor allem Banken in den finanziell solidesten Ländern der Eurozone weiterhin Kapitalzuflüsse. Niedrigere Marktwerte wirkten sich jedoch generell negativ auf die Provisionseinnahmen aus.

Ertragslage des Konzerns

Das weltweite wirtschaftliche Umfeld verschlechterte sich im zweiten Quartal 2012 weiter und die Rahmenbedingungen waren noch schwieriger als im Vorquartal, da sich die Bedenken hinsichtlich der Wirtschaftsleistung und der Staatsschuldenkrise fortsetzten. Dies führte branchenweit bei zahlreichen Produkten zu einem Rückgang der Nachfrage. In diesem Umfeld haben wir unser umsichtiges Kapital- und Risikomanagement beibehalten, ohne damit unsere kundenorientierten Aktivitäten einzuschränken, und alle Unternehmensbereiche haben solide Ergebnisse erwirtschaftet.

Quartalsvergleich 2012 versus 2011

Die Konzernerträge beliefen sich im zweiten Quartal 2012 auf 8,0 Mrd € gegenüber 8,5 Mrd € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Dies entspricht einem Rückgang von 6 %, trotz positiver Effekte aus Wechselkursveränderungen. Die Erträge in Corporate Banking and Securities (CB&S) betragen 3,5 Mrd € im Vergleich zu 4,0 Mrd € im zweiten Quartal 2011 und gingen damit um 451 Mio € (11 %) zurück. Ursächlich hierfür waren vor allem der Bereich Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte), in dem einhergehend mit geringeren Handelsvolumina im kundenbezogenen Geschäft gezielt Risiken abgebaut wurden, sowie das Emissionsgeschäft (Equity). Hier wirkten sich die aktuellen Marktbedingungen, aber auch die hohe Anzahl von Börsengängen im zweiten Quartal 2011 aus. In Private & Business Clients (PBC) beliefen sich die Erträge im Berichtsquarter auf 2,4 Mrd € im Vergleich zu 2,6 Mrd € im Vorjahresquarter. Der Rückgang um 138 Mio € (5 %) resultierte größtenteils aus geringeren Erträgen bei der Postbank. Diese spiegelten den Wegfall positiver Effekte, die im zweiten Quartal 2011 erfasst worden waren, sowie das anhaltend niedrige Zinsniveau wider. Diese Effekte wurden teilweise durch den Wegfall einer im zweiten Quartal 2011 vorgenommenen Abschreibung auf griechische Staatsanleihen ausgeglichen. Geringere Marktaktivitäten und eine erhöhte Marktvolatilität führten zu rückläufigen Erträgen im Beratungs-/Brokeragegeschäft, da die Privatkunden weiterhin eine geringe Investitionsbereitschaft zeigten. Die Erträge im Bereich Asset and Wealth Management (AWM) sanken um 85 Mio € (9 %) auf 891 Mio €. Dies war auf signifikante positive Effekte aus der Neuausrichtung von Sal. Oppenheim in 2011, sowie auf geringe Mittelzuflüsse infolge negativer Markteinflüsse zurückzuführen. Die vorgenannten Ertragsrückgänge wurden durch einen Anstieg der Erträge in Global Transaction Banking (GTB) um 87 Mio € (10 %) auf 972 Mio € teilweise ausgeglichen, worin sich eine trotz des niedrigen Zinsniveaus weiterhin starke Geschäftsdynamik zeigte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Berichtsquartal auf 419 Mio €, was einem Rückgang von 10 % nach 464 Mio € im Vergleichsquartal 2011 entspricht. Dieser war hauptsächlich auf eine geringere Risikovorsorge bei der Postbank zurückzuführen und wurde durch eine höhere Risikovorsorge in GTB und CB&S teilweise ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 6,6 Mrd € im zweiten Quartal 2012 lagen um 345 Mio € über dem Vergleichswert des Vorjahres. Sowohl der Personal- als auch der Sachaufwand wurden durch Wechselkursveränderungen negativ beeinflusst. Der Personalaufwand blieb im Vergleich zum Vorjahresquartal nahezu unverändert. Niedrigeren Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen standen höhere Abfindungszahlungen, gestiegene Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungen aus Vorjahren und höhere Grundgehälter gegenüber. Der um 399 Mio € gestiegene Sachaufwand beinhaltete neben den Effekten aus Wechselkursveränderungen im Wesentlichen höhere Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten und operativen Risiken, sowie IT- und Beratungsaufwendungen.

Das Ergebnis vor Steuern betrug im Berichtsquartal 960 Mio € nach 1,8 Mrd € im zweiten Quartal 2011. Der Rückgang um 818 Mio € (46 %) spiegelt die vorgenannten rückläufigen Erträge in einem schwierigeren Marktumfeld sowie den höheren Sachaufwand wider.

Der Gewinn nach Steuern belief sich im zweiten Quartal 2012 auf 661 Mio € gegenüber 1,2 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Ertragsteueraufwand belief sich auf 299 Mio € gegenüber 545 Mio € im Vorjahresquartal. Die effektive Steuerquote des zweiten Quartals 2012 und die des Vorjahresquartals betrug jeweils 31 %. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) betrug 0,68 € nach 1,24 € im Vorjahresquartal.

Halbjahresvergleich 2012 versus 2011

Die Erträge beliefen sich im ersten Halbjahr 2012 auf 17,2 Mrd € gegenüber 19,0 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres, obwohl im Rückgang positive Effekte aus Wechselkursveränderungen enthalten waren. In CB&S lagen die Erträge bei 8,7 Mrd € nach 9,8 Mrd € im ersten Halbjahr 2011 und sanken damit um 1,1 Mrd € (11 %). Dies ist vor allem auf niedrigere Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) infolge eines weniger günstigen makroökonomischen Umfelds, eines umsichtigen Risikomanagements und geringerer Kundenaktivitäten zurückzuführen. PBC verzeichnete im ersten Halbjahr 2012 Erträge von 4,9 Mrd € im Vergleich zu 5,6 Mrd € im Vorjahreszeitraum, ein Rückgang um 709 Mio € (13 %). Dieser resultierte im Wesentlichen aus geringeren Erträgen bei der Postbank infolge der vorgenannten Entwicklungen sowie einem positiven Sondereffekt von 263 Mio € im ersten Quartal 2011 aus der Bilanzierung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank. Diese Effekte wurden teilweise durch niedrigere Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen ausgeglichen. In AWM sanken die Erträge um 204 Mio € (10 %) auf 1,8 Mrd € gegenüber 2,0 Mrd € im Vergleichszeitraum 2011. Dies war im Wesentlichen auf die vorgenannten positiven Effekte aus der Neuausrichtung von Sal. Oppenheim in 2011, eine gesunkene Kundenaktivität, sowie geringere Mittelzuflüsse infolge negativer Markteinflüsse zurückzuführen. Im Gegensatz dazu steigerte der Bereich GTB seine Erträge um 201 Mio € (12 %) auf 1,9 Mrd € und erzielte damit trotz des niedrigen Zinsniveaus ein sehr gutes Ergebnis.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag im ersten Halbjahr 2012 bei 733 Mio € und damit um 104 Mio € (12 %) unter dem Vorjahreswert von 837 Mio €. Dieser Rückgang beinhaltete eine um 156 Mio € niedrigere Risikovorsorge bei der Postbank, die teilweise durch eine höhere Risikovorsorge in CIB ausgeglichen wurde.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Halbjahr 2012 mit 13,6 Mrd € um 265 Mio € (2 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Sowohl der Personal- als auch der Sachaufwand wurden durch Wechselkursveränderungen negativ beeinflusst. Der Personalaufwand reduzierte sich im Vergleich zum ersten Halbjahr 2011 um 595 Mio €. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf niedrigere Aufwendungen für leistungsabhängige

Vergütungen infolge gesunkener operativer Ergebnisse zurückzuführen. Des Weiteren beinhaltete der Personalaufwand eine geringere Belastung aus aufgeschobenen Vergütungen für Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung aufgrund der für sie geltenden Planbedingungen unverfallbar waren. Der Sachaufwand stieg um 846 Mio €. Hintergrund für diese Erhöhung waren auch hier die im Quartalsvergleich genannten Gründe.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im ersten Halbjahr 2012 auf 2,8 Mrd € und lag damit um 2,0 Mrd € (41 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahreszeitraums von 4,8 Mrd €. Hauptursache hierfür waren die vorgenannten rückläufigen Erträge.

Das Ergebnis nach Steuern belief sich im ersten Halbjahr 2012 auf 2,1 Mrd € gegenüber 3,4 Mrd € im Vergleichszeitraum. Die effektive Steuerquote für die ersten sechs Monate 2012 belief sich auf 27 % gegenüber 30 % in der ersten Jahreshälfte 2011. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) betrug 2,12 € nach 3,35 € im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Segmentüberblick

Konzernbereich Corporate & Investment Bank (CIB)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in %	Jan. – Jun.		Veränderung in %
	2012	2011		2012	2011	
Erträge insgesamt	4.499	4.863	-7	10.685	11.559	-8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	159	127	25	277	160	73
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.670	3.455	6	7.675	7.546	2
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	3	5	-36	9	16	-41
Ergebnis vor Steuern	666	1.275	-48	2.724	3.836	-29

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in %	Jan. – Jun.		Veränderung in %
	2012	2011		2012	2011	
Erträge:						
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.177	2.348	-7	5.567	6.039	-8
Sales & Trading (Equity)	546	555	-2	1.272	1.499	-15
Emissionsgeschäft (Debt)	284	318	-11	662	696	-5
Emissionsgeschäft (Equity)	89	244	-64	227	425	-46
Beratung	136	152	-10	258	311	-17
Kreditgeschäft	303	284	6	606	737	-18
Sonstige Produkte	-8	75	N/A	154	114	35
Erträge insgesamt	3.526	3.977	-11	8.746	9.820	-11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	112	96	16	196	108	82
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.054	2.907	5	6.466	6.440	0
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	3	5	-36	9	16	-41
Ergebnis vor Steuern	357	969	-63	2.074	3.257	-36

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2012 versus 2011

Das Ergebnis im Berichtsquartal wurde durch das anhaltend unsichere makroökonomische Umfeld, in deren Folge sich branchenweit die Kundenaktivitäten und in vielen Produktbereichen die Volumina verringerten, belastet. Während des Quartals wurde die Deutsche Bank von Euromoney zur „Best Global Investment

Bank“ und zum „Best Global Risk Management House“ ausgezeichnet. Bei den jährlichen Awards gewannen wir diesen Titel bereits zum zweiten Mal innerhalb der letzten drei Jahre.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen im Berichtsquartal mit 2,2 Mrd € um 172 Mio € (7 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Die Erträge im Handel mit Kreditprodukten blieben gegenüber dem Vorjahresquartal unverändert. Ursache dafür war eine gute Performance im kundenbezogenen und strukturierten Geschäft. Im Geldmarktgeschäft und im Anleihegeschäft mit Schwellenländern waren die Erträge im Vergleich zum Vergleichsquartal des Vorjahres konstant. Die gegenüber dem zweiten Quartal 2011 höheren Erträge im Zinsgeschäft sind auf eine gute Performance in Europa zurückzuführen. Die Erträge im Devisengeschäft waren trotz Rekordvolumina im aktuellen Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal niedriger. Dieser Rückgang war auf einen wachsenden Preisdruck zurückzuführen. Die Deutsche Bank belegte in der jährlichen Devisenmarktumfrage von Euromoney zum achten Mal in Folge den ersten Platz. Die Erträge im Handel mit Rohstoffen und aus verbrieften Wohnungsbaukrediten (RMBS) waren wegen einer geringeren Kundenaktivität erheblich niedriger als im Vorjahresquartal. Die Deutsche Bank wurde von Euromoney zum „Best Global Commodities House“ ausgezeichnet und stieg im jährlichen Ranking des Magazins Institutional Investor von Platz drei im Vorjahr zur Nummer eins auf. Die Deutsche Bank belegte im Juli Position eins im US-amerikanischen Fixed Income-Geschäft (Quelle: Greenwich Associates).

Sales & Trading (Equity) erwirtschaftete im zweiten Quartal 2012 mit 546 Mio € Erträge auf dem Niveau des Vorjahresquartals. Dies spiegelt die, insbesondere in Europa anhaltend schwierigen Marktbedingungen wider. Trotz der weiterhin schwachen Marktaktivität waren die Erträge im Aktienhandel wesentlich höher als im Vorjahresquartal, was auf ein verbessertes Bestandsmanagement zurückzuführen ist. Die Erträge im Aktien-derivategeschäft blieben aufgrund reduzierter Kundenvolumina in einem herausfordernden Marktumfeld unter dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Der Bereich Prime Finance erzielte Erträge, die weitestgehend dem Vergleichswert des Vorjahresquartals entsprechen. Die Deutsche Bank wurde für ihr Prime Finance-Geschäft zum besten Global Prime Broker von Euromoney gewählt.

Im Berichtsquartal gingen die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft gegenüber dem zweiten Quartal 2011 um 205 Mio € (29 %) auf 509 Mio € zurück. Ursächlich dafür war eine branchenweit geringere Kundenaktivität. Im Beratungsgeschäft lagen die Erträge mit 136 Mio € um 10 % unter dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Dieser Rückgang spiegelt das schwierigere M&A-Umfeld wider. Die Erträge aus dem Emissionsgeschäft (Debt) fielen gegenüber dem starken Vorjahresquartal um 11 % auf 284 Mio €. Dieser Rückgang ist auf geringere Leveraged Loans und geringere Emissionsaktivitäten von Hochzinsanleihen zurückzuführen. Die Erträge aus dem Emissionsgeschäft (Equity) von 89 Mio € waren erheblich niedriger als im Vergleichsquartal des Vorjahres, was die aktuellen Marktbedingungen und einen Anstieg der Börsengänge im Vorjahresquartal widerspiegelte.

Im Kreditgeschäft wurden im zweiten Quartal 2012 Erträge von 303 Mio € erzielt, was einem Anstieg um 19 Mio € gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres entspricht.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten gingen im Berichtsquartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 83 Mio € auf negative 8 Mio € zurück. Der Rückgang resultiert aus Marktwertverlusten bei Investments, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken. Dieser Effekt wird durch gegenläufige Beträge in den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im zweiten Quartal 2012 auf 112 Mio € gegenüber 96 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im zweiten Quartal 2012 mit 3,1 Mrd € um 147 Mio € (5 %) über dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Dies war insbesondere auf die nachteiligen Wechselkursbewegungen sowie höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und betriebliche Belastungen im Berichtsquartal zurückzuführen. Der Anstieg wurde teilweise durch geringere Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen aufgrund gesunkener operativer Ergebnisse und die vorgenannten Effekte in Bezug auf Abbey Life kompensiert.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im Berichtsquartal auf 357 Mio € gegenüber 969 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres.

Halbjahresvergleich 2012 versus 2011

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen im ersten Halbjahr 2012 mit 5,6 Mrd € um 472 Mio € (8 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahreszeitraums. Viele Geschäftsaktivitäten wurden durch die anhaltenden Unsicherheiten im makroökonomischen Umfeld und die geringere Marktaktivität beeinträchtigt. Die Erträge aus dem Kredit- und Rohstoffgeschäft waren rückläufig und die Erträge aus dem Geschäft mit verbrieften Wohnungsbaukrediten (RMBS) waren erheblich niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies spiegelt den Einfluss des makroökonomischen Umfelds auf die Kundenaktivität, die Preisgestaltung und das Risikoprofil wider. Dieser Rückgang wurde teilweise durch die gegenüber dem Vorjahr höheren Erträge aus dem Geldmarkt- und Zinsgeschäft ausgeglichen. Die Erträge im Devisengeschäft sowie im Anleihegeschäft mit Schwellenländern entsprachen dem Vergleichswert des Vorjahresquartals.

Die Erträge in Sales & Trading (Equity) lagen im ersten Halbjahr 2012 mit 1,3 Mrd € um 227 Mio € (15 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahreszeitraums. Der Rückgang spiegelt niedrigere Erträge im Aktienhandel und Aktienderivategeschäft infolge der branchenweit schwachen Kundenaktivität sowie den Wegfall des Ertrags aus dem Verkauf unserer Beteiligung an der russischen Börse RTS im Vorjahreszeitraum wider. In Prime Finance blieben die Erträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahezu unverändert.

Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft gingen im ersten Halbjahr 2012 um 285 Mio € (20 %) auf 1,1 Mrd € zurück und lagen damit unter dem Vergleichswert des Vorjahreszeitraums. Bezogen auf das Provisionsaufkommen in Corporate Finance belegte die Deutsche Bank weltweit Platz fünf und in Europa Platz eins. Im Beratungsgeschäft fielen die Erträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 53 Mio € (17 %) auf 258 Mio €. Die Deutsche Bank belegte hier weltweit Rang fünf und in Europa Rang zwei. Die Erträge aus dem Emissionsgeschäft (Debt) blieben mit 662 Mio € gegenüber dem Vorjahreszeitraum unverändert. Im Bereich Investment-Grade-Anleihen erreichte die Deutsche Bank Platz drei in der Kategorie All International Bonds und Platz drei bei den All Bonds in Euros (Quelle: Thomson Reuters). Im Emissionsgeschäft (Equity) fielen die Erträge deutlich um 46 % auf 227 Mio €, was auf einen branchenweiten Rückgang von Börsengängen zurückzuführen ist. Die Deutsche Bank belegte im Emissionsgeschäft (Equity) weltweit Platz sechs und Platz drei in Europa (alle Ranglistenpositionen gemäß Dealogic, sofern nicht anders angegeben).

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft beliefen sich im ersten Halbjahr 2012 auf 606 Mio € und waren damit um 131 Mio € (18 %) niedriger als im Vorjahreszeitraum. Ursächlich hierfür war das Zusammenspiel mehrerer Faktoren wie reduzierte Bestände, negative Marktwertanpassungen sowie Nettoeffekte aus Veränderungen der Kreditrisikoprämien.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten beliefen sich im ersten Halbjahr 2012 auf 154 Mio € und stiegen damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 40 Mio €. Dies resultierte aus Marktwertgewinnen bei Investments, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken. Der Effekt wird durch gegenläufige Beträge in den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Halbjahr 2012 auf 196 Mio € gegenüber 108 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Anstieg war auf eine höhere Risikovorsorge für unser gemäß IAS 39 umgewidmetes Kreditportfolio zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen blieben im ersten Halbjahr 2012 mit 6,5 Mrd € gegenüber dem Vorjahreszeitraum unverändert. Dies war insbesondere auf nachteilige Wechselkursbewegungen sowie höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und betriebliche Belastungen im Berichtsquartal zurückzuführen. Demgegenüber standen niedrigere Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen aufgrund gesunkener operativer Ergebnisse sowie für aufgeschobene Vergütungen an Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung aufgrund der geltenden Planbedingungen unverfallbar waren.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im ersten Halbjahr 2012 auf 2,1 Mrd € gegenüber 3,3 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in %	Jan. – Jun.		Veränderung in %
	2012	2011		2012	2011	
Erträge insgesamt	972	886	10	1.939	1.739	12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	47	31	54	81	52	54
Zinsunabhängige Aufwendungen	616	549	12	1.209	1.107	9
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	–	–	N/A	–	–	N/A
Ergebnis vor Steuern	309	306	1	649	580	12

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2012 versus 2011

Die Erträge im Unternehmensbereich GTB lagen im zweiten Quartal 2012 mit 972 Mio € um 87 Mio € (10 %) über dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Der Anstieg war auf höhere Provisions- und Zinserträge zurückzuführen. Diese reflektierten die weiterhin steigenden Volumina im Kundengeschäft in einem anhaltend niedrigen Zinsumfeld. Während die Zinssätze in den USA auf einem historisch niedrigen Niveau blieben, sanken jene in der Eurozone weiter. In Trade Finance stiegen die Erträge aufgrund einer weiterhin starken Nachfrage nach Finanzierungsprodukten, insbesondere in Asien und Europa, sowie guter Ergebnisse im Bereich der strukturierten Exportfinanzierungen. Trust & Security Services erwirtschaftete ebenfalls höhere Erträge. Dies war zurückzuführen auf höhere Volumina und steigende Provisionseinnahmen, insbesondere im Corporate Trust- und Alternative Funds-Geschäft in den USA und Großbritannien. Cash Management profitierte weiterhin von dem „Flight to Quality“-Trend, der sich in höheren Einlagenvolumina positiv niederschlug.

In GTB belief sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im zweiten Quartal 2012 auf 47 Mio € gegenüber 31 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. In beiden Zeiträumen standen die Aufwendungen hauptsächlich im Zusammenhang mit dem in 2010 in den Niederlanden erworbenen Firmenkundengeschäft.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 616 Mio € im zweiten Quartal 2012 lagen um 67 Mio € (12 %) über dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Diese Entwicklung resultierte hauptsächlich aus Aufwendungen, die im Zusammenhang mit den gestiegenen Geschäftsaktivitäten entstanden, beispielsweise transaktionsbezogenen Versicherungsaufwendungen, sowie Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen und Integrationskosten.

Das Ergebnis vor Steuern betrug im Berichtsquartal 309 Mio € und lag damit um 3 Mio € (1 %) über dem Vergleichswert des Vorjahresquartals.

Halbjahresvergleich 2012 versus 2011

Die Erträge aus GTB lagen im ersten Halbjahr 2012 mit 1,9 Mrd € um 201 Mio € (12 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Dieser Anstieg ist auf höhere Erträge in allen Hauptproduktbereichen zurückzuführen. Trade Finance profitierte von einer starken Nachfrage nach Finanzierungsprodukten, insbesondere in Asien und Europa. Trust & Security Services erwirtschaftete ebenfalls höhere Erträge. Zum einen war die Entwicklung bei den Zinserträgen auf höhere Volumina zurückzuführen, zum anderen reflektierten gestiegene Provisionseinnahmen im Corporate Trust- und Alternative Funds-Geschäft eine gute Entwicklungsdynamik, insbesondere in den USA und Großbritannien. Cash Management profitierte weiterhin von dem „Flight to Quality“-Trend, der sich in höheren Einlagenvolumina ausdrückte, sowie in aktivem Liquiditätsmanagement.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft von GTB belief sich im ersten Halbjahr 2012 auf 81 Mio € nach 52 Mio € im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In beiden Zeiträumen standen die Aufwendungen hauptsächlich im Zusammenhang mit dem in 2010 in den Niederlanden erworbenen Firmenkundengeschäft. Die übrigen Geschäftseinheiten in GTB verzeichneten sowohl im ersten Halbjahr 2012 als auch im Vergleichszeitraum eine Nettoauflösung.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Halbjahr 2012 mit 1,2 Mrd € um 103 Mio € (9 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Dieser Anstieg resultierte sowohl aus Aufwendungen, die im Zusammenhang mit wachsenden Geschäftsaktivitäten entstanden, als auch aus Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen und Integrationskosten.

Das Ergebnis vor Steuern lag im ersten Halbjahr 2012 mit 649 Mio € um 69 Mio € (12 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in %	Jan. – Jun.		Veränderung in %
	2012	2011		2012	2011	
Erträge insgesamt	3.316	3.539	-6	6.700	7.613	-12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	257	333	-23	451	671	-33
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.614	2.473	6	5.218	5.152	1
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	12	49	-76	42	127	-67
Ergebnis vor Steuern	433	684	-37	988	1.662	-41

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in %	Jan. – Jun.		Veränderung in %
	2012	2011		2012	2011	
Erträge:						
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management (AM)	400	441	-9	784	857	-9
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management (PWM)	104	103	1	206	213	-4
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management insgesamt	504	544	-7	990	1.070	-8
Beratungs-/Brokeragegeschäft (PWM)	204	209	-2	403	439	-8
Kreditgeschäft (PWM)	101	96	6	203	190	7
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr (PWM)	57	38	52	125	73	71
Sonstige Produkte (AM)	-4	11	N/A	-8	37	N/A
Sonstige Produkte (PWM)	28	78	-64	62	169	-63
Sonstige Produkte insgesamt	24	90	-73	54	206	-74
Erträge insgesamt	891	976	-9	1.774	1.978	-10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14	13	3	14	32	-56
Zinsunabhängige Aufwendungen	843	737	14	1.582	1.528	4
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-1	-1	-15	0	0	31
Ergebnis vor Steuern	35	227	-85	177	417	-57

Aufgliederung von AWM nach Geschäftsbereich

Asset Management:						
Erträge insgesamt	396	453	-13	775	894	-13
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	0	-62	0	0	-83
Zinsunabhängige Aufwendungen	366	328	12	692	694	-0
Ergebnis vor Steuern	30	124	-76	84	199	-58
Private Wealth Management:						
Erträge insgesamt	495	523	-5	998	1.084	-8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14	13	4	14	32	-56
Zinsunabhängige Aufwendungen	477	408	17	891	835	7
Ergebnis vor Steuern	5	102	-95	93	218	-57

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2012 versus 2011

Im zweiten Quartal 2012 beliefen sich die Erträge im Unternehmensbereich AWM auf 891 Mio €. Dies entspricht einem Rückgang um 85 Mio € (9 %) gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Der größte Teil dieses Rückgangs entfiel auf Erträge aus Sonstigen Produkten, die gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 65 Mio € (von 90 Mio € auf 24 Mio €, oder 73 %) sanken. Davon entfielen 50 Mio € (64 %) auf den Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) und waren auf signifikante positive Effekte aus der Neuausrichtung von Sal. Oppenheim in 2011 zurückzuführen. Darüber hinaus trug der Geschäftsbereich Asset Management (AM) mit 15 Mio € zum Rückgang der Erträge aus Sonstigen Produkten bei. Dies war hauptsächlich auf Gewinne aus dem Verkauf von RREEF-Infrastruktur-Investments im zweiten Quartal 2011 zurückzuführen. In AWM sanken die Erträge im Diskretionären Portfolio Management/Fund Management um 40 Mio € (7 %), vor allem in AM. Ursache hierfür waren negative Markteinflüsse, die zu geringeren Nettomittelzuflüssen und geringeren erfolgsabhängigen Provisionseinnahmen führten. Die Erträge im Beratungs-/ Brokeragegeschäft waren im Vergleich zum Vorjahresquartal nahezu unverändert. Bei den Erträgen aus dem Kreditgeschäft verzeichnete PWM einen Zuwachs von 6 Mio € (6 %) gegenüber dem zweiten Quartal 2011, hauptsächlich infolge eines höheren Kreditvolumens in der Region Asien/Pazifik sowie in Nord- und Südamerika. Die Erträge im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr stiegen gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres um 20 Mio € (52 %). Diese Zunahme resultierte im Wesentlichen aus gezielten Initiativen für Produkte der längerfristigen Refinanzierung.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb mit 14 Mio € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum weitgehend unverändert.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im zweiten Quartal 2012 bei 843 Mio € und damit um 106 Mio € (14 %) über dem Wert des Vergleichsquartals des Vorjahres. In PWM stiegen die Zinsunabhängigen Aufwendungen im Wesentlichen aufgrund von nicht operativen, signifikanten Sondereffekten aus geschäftsbezogenen Steuern und Rechtsstreitigkeiten, die im zweiten Quartal 2012 erfasst wurden, um 68 Mio €. In AM lagen die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 38 Mio € über dem Wert des Vorjahresquartals. Dieser Anstieg war vor allem auf Kosten im Zusammenhang mit der strategischen Überprüfung des Geschäftsbereichs, die in 2011 bekanntgegeben wurde, zurückzuführen.

AWM verzeichnete im zweiten Quartal 2012 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 35 Mio €, nach 227 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres. Das Ergebnis vor Steuern ging in PWM um 97 Mio € und in AM um 94 Mio € zurück.

In AWM stiegen die Invested Assets im zweiten Quartal 2012 um 11 Mrd € auf 831 Mrd €. In PWM beliefen sich die Invested Assets auf 284 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 6 Mrd € gegenüber dem Wert zum 31. März 2012. Der Anstieg beinhaltete Nettomittelzuflüsse von 6 Mrd €, vor allem in Deutschland, der Region Asien/Pazifik und bei Sal. Oppenheim, sowie positive Währungseffekte von 4 Mrd €, denen 5 Mrd € aufgrund negativer Marktwertentwicklungen gegenüberstanden. In AM stiegen die Invested Assets um 5 Mrd €. Nettomittelabflüsse von 6 Mrd €, vor allem bei Geldmarkt- und Aktienfonds, sowie negative Marktwertentwicklungen von 2 Mrd € wurden durch Währungseffekte von 13 Mrd € mehr als ausgeglichen.

Halbjahresvergleich 2012 versus 2011

Im ersten Halbjahr 2012 lagen die Erträge in AWM bei 1,8 Mrd € und damit um 204 Mio € (10 %) unter dem Wert des ersten Halbjahres 2011. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf Erträge aus Sonstigen Produkten zurückzuführen, die gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 152 Mio € (von 206 Mio € auf 54 Mio €, oder 74 %) sanken. Davon entfielen 107 Mio € (63 %) auf den Geschäftsbereich PWM, in dem im ersten Halbjahr 2011 signifikante positive Effekte aus der Neuausrichtung von Sal. Oppenheim zu verzeichnen waren. 46 Mio € des Rückgangs entfielen auf AM und waren auf geringere Gewinne aus dem Verkauf von Investments zurückzuführen. In AWM gingen die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management um 81 Mio € (8 %) zurück. Von diesem Rückgang entfielen 73 Mio € auf AM und 8 Mio € auf PWM. In beiden Geschäftsbereichen war diese Entwicklung auf negative Markteinflüsse zurückzuführen, die zu geringeren Mittelzuflüssen und niedrigeren erfolgsabhängigen Provisionseinnahmen führten. Die Erträge aus dem Beratungs-/Brokeragegeschäft betrugen 403 Mio € und sanken um 36 Mio € (8 %) gegenüber dem ersten Halbjahr 2011. Ursache hierfür war vor allem die gesunkene Kundenaktivität aufgrund der Unsicherheit auf Seiten der Investoren. Bei den Erträgen aus dem Kreditgeschäft wurde ein Zuwachs um 13 Mio € (7 %) auf 203 Mio € verzeichnet, hauptsächlich infolge eines höheren Kreditvolumens in der Region Asien/Pazifik sowie in Nord- und Südamerika. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr stiegen die Erträge um 52 Mio € (71 %) auf 125 Mio €, im Wesentlichen aufgrund der vorgenannten Produktinitiativen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Halbjahr 2012 auf 14 Mio € und lag 18 Mio € unter dem Wert des Vergleichszeitraums 2011. Dieser Rückgang war vor allem auf Sal. Oppenheim zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Halbjahr 2012 bei 1,6 Mrd € und waren damit um 54 Mio € (4 %) höher als im Vorjahreszeitraum. Zu diesem Anstieg trug vor allem der Geschäftsbereich PWM bei, der im zweiten Quartal 2012 durch die oben genannten signifikanten Sondereffekte sowie durch gestiegene operative Aufwendungen beeinflusst wurde. Dagegen gingen in AM die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 2 Mio € zurück. Ursächlich hierfür waren niedrigere operative Aufwendungen, denen zusätzliche Kosten infolge der strategischen Überprüfung des Geschäftsbereichs gegenüberstanden.

AWM verzeichnete im ersten Halbjahr 2012 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 177 Mio € nach 417 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies entspricht einem Rückgang um 240 Mio €, von dem 125 Mio € auf PWM und 114 Mio € auf AM entfielen.

In der ersten Jahreshälfte 2012 stiegen die Invested Assets in AWM um 18 Mrd € auf 831 Mrd €. In PWM erhöhten sich die Invested Assets um 15 Mrd € auf 284 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte hauptsächlich aus Nettomittelzuflüssen von 8 Mrd €, insbesondere in Deutschland, der Region Asien/Pazifik und bei Sal. Oppenheim, positiven Marktwertentwicklungen von 5 Mrd € sowie 2 Mrd. € aus Währungseffekten. In AM stiegen die Invested Assets um 3 Mrd € auf 547 Mrd €. Grund hierfür waren positive Marktwertentwicklungen in Höhe von 14 Mrd € sowie Währungseffekte von 6 Mrd €, denen Nettomittelabflüsse von 15 Mrd € in verschiedenen Produktkategorien gegenüberstanden.

Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in %	Jan. – Jun.		Veränderung in %
	2012	2011		2012	2011	
Erträge:						
Diskretionäres Portfolio						
Management/Fund Management	53	69	-24	106	142	-25
Beratungs-/Brokeragegeschäft	181	234	-23	438	524	-16
Kreditgeschäft	554	537	3	1.099	1.084	1
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	523	532	-2	1.073	1.051	2
Sonstige Produkte	1.114	1.191	-6	2.210	2.834	-22
Erträge insgesamt	2.425	2.563	-5	4.926	5.635	-13
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	243	320	-24	437	639	-32
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.771	1.736	2	3.636	3.624	0
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	13	50	-75	42	127	-67
Ergebnis vor Steuern	398	458	-13	811	1.245	-35
Aufgliederung von PBC nach Geschäftsbereich						
Advisory Banking Germany:						
Erträge insgesamt	944	926	2	1.976	1.964	1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	59	83	-29	64	133	-52
Zinsunabhängige Aufwendungen	761	719	6	1.596	1.477	8
Ergebnis vor Steuern	125	124	1	316	355	-11
Advisory Banking International:						
Erträge insgesamt	488	464	5	985	1.171	-16
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	77	55	41	141	118	19
Zinsunabhängige Aufwendungen	302	304	-1	608	650	-6
Ergebnis vor Steuern	109	105	4	236	403	-41
Consumer Banking Germany:¹						
Erträge insgesamt	993	1.173	-15	1.965	2.500	-21
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	108	182	-41	233	388	-40
Zinsunabhängige Aufwendungen	708	712	-1	1.431	1.497	-4
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	13	50	-75	42	127	-67
Ergebnis vor Steuern	165	229	-28	259	487	-47

¹ Postbank (inklusive Kaufpreisallokation, Anteile ohne beherrschenden Einfluss und anderer transaktionsbezogener Komponenten).

Quartalsvergleich 2012 versus 2011

Die Erträge im zweiten Quartal 2012 beliefen sich auf 2,4 Mrd € und lagen um 138 Mio € (5 %) unter dem zweiten Quartal 2011. Ursächlich dafür war vor allem der Rückgang der Erträge aus Sonstigen Produkten um 77 Mio €. Diese Entwicklung spiegelte einen um 181 Mio € geringeren Beitrag der Postbank wider, der hauptsächlich auf geringere Erträge durch ein reduziertes Investmentportfolio sowie auf geringere Effekte der Kaufpreisallokation zurückzuführen ist. Das niedrigere Zinsniveau sowie geringere Auflösungen von vor der Konsolidierung gebildeter Risikovorsorge (als Zinsüberschuss ausgewiesen) haben ebenso zu diesem Rückgang beigetragen. Dem Rückgang der Erträge aus Sonstigen Produkten in PBC wirkt teilweise der Wegfall von Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen in Höhe von 155 Mio €, die im Vorjahresquartal vorgenommen wurden, entgegen. Im Beratungs-/Brokeragegeschäft sanken die Erträge um 53 Mio € (23 %), und das sowohl im Advisory Banking Germany als auch im Advisory Banking International. Die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management verringerten sich um 17 Mio € (24 %), hauptsächlich in Advisory Banking Germany. Beide Produktkategorien wurden durch die ungünstigeren Marktbedingungen im zweiten

Quartal 2012 beeinträchtigt, die zu einer anhaltenden niedrigen Investitionsbereitschaft von Privatkunden führten. Die Erträge im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr lagen mit 523 Mio € um 9 Mio € (2 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahresquartals. Dabei wurden Ertragsrückgänge aufgrund niedrigerer Margen in beiden Advisory Banking-Bereichen durch gestiegene Erträge infolge höherer Volumina teilweise ausgeglichen. Im Kreditgeschäft stiegen die Erträge im Vergleich zum Vorjahresquartal um 17 Mio € (3 %). Ursächlich dafür waren im Wesentlichen höhere Volumina im Baufinanzierungsgeschäft im Advisory Banking Germany.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Berichtsquartal 243 Mio € gegenüber 320 Mio € im Vergleichs-
quartal des Vorjahres. Davon entfielen 108 Mio € im zweiten Quartal 2012 und 182 Mio € im Vergleichs-
quartal 2011 auf die Postbank. Dieser Rückgang um 75 Mio € war hauptsächlich auf Auflösungen von nach der Kon-
solidierung gebildeten Wertberichtigungen für Kreditausfälle im Retail Portfolio zurückzuführen. Im Berichts-
quartal wurden Auflösungen von vor der Konsolidierung gebildeter Risikovorsorge von 18 Mio € (gegenüber
82 Mio € im zweiten Quartal 2011) im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft
ohne Berücksichtigung der Postbank ging im Vergleich zum Vorjahresquartal um 2 Mio € zurück.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im zweiten Quartal 2012 mit 1,8 Mrd € um 35 Mio € (2 %) über
dem zweiten Quartal 2011. Der Anstieg beinhaltete 17 Mio € für höhere Integrationskosten im Zusammenhang
mit der Postbank, welche die niedrigeren operativen Kosten überkompensierten. Ohne Berücksichtigung der
Postbank (und der damit zusammenhängenden integrationsbezogenen Aufwendungen, die in Advisory Ban-
king Germany ausgewiesen werden) erhöhten sich die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 18 Mio €. Dies
war in erster Linie auf höhere Sachaufwendungen zurückzuführen.

Das Ergebnis vor Steuern betrug im Berichtsquartal 398 Mio € und lag damit um 60 Mio € (13 %) unter dem
Wert im zweiten Quartal 2011. Zu dieser Entwicklung trug im Wesentlichen Consumer Banking Germany bei,
wo die Erträge von 229 Mio € im zweiten Quartal 2011 auf 165 Mio € im Berichtsquartal zurückgingen. In
Advisory Banking Germany und Advisory Banking International war das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem
zweiten Quartal 2011 nahezu unverändert.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. Juni 2012 auf 301 Mrd € und sanken damit gegenüber dem
31. März 2012 um 7 Mrd €. Der Rückgang beinhaltete 4 Mrd € aufgrund von negativen Marktwertentwick-
lungen und 3 Mrd € infolge von Nettomittelabflüssen.

Die Anzahl der von PBC betreuten Kunden belief sich auf insgesamt 28,5 Millionen, davon waren 14 Millionen
Kunden der Postbank. Die Anzahl der Kunden von PBC war zum 30. Juni 2012 gegenüber dem 31. März 2012
nahezu konstant.

Halbjahresvergleich 2012 versus 2011

Die Erträge im ersten Halbjahr 2012 in Höhe von 4,9 Mrd € lagen um 709 Mio € (13 %) unter denen des ersten
Halbjahrs 2011. Ursächlich dafür war vor allem der Rückgang der Erträge aus Sonstigen Produkten um
625 Mio €, der einen um 535 Mio € geringeren Beitrag der Postbank widerspiegelte. Dieser Rückgang war vor
allem auf geringere Erträge durch ein reduziertes Investmentportfolio sowie auf geringere Effekte der Kauf-
preisallokation zurückzuführen. Das niedrigere Zinsniveau sowie geringere Auflösungen von vor der Konsoli-
dierung gebildeter Risikovorsorge (als Zinsüberschuss ausgewiesen) haben ebenso zu diesem Rückgang
beigetragen. Desweiteren wurden die Erträge in PBC im ersten Halbjahr 2011 durch einen einmaligen positi-
ven Effekt von 263 Mio € aus der Bilanzierung der Beteiligung an der Hua Xia Bank beeinflusst. In der ersten
Jahreshälfte 2011 wurden die Erträge durch Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen in Höhe von
155 Mio € beeinträchtigt, gegenüber 33 Mio € in der ersten Jahreshälfte 2012. Im Beratungs-/Brokerage-
geschäft sanken die Erträge um 86 Mio € (16 %), und das sowohl in Advisory Banking Germany als auch in

Advisory Banking International. Die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management verringerten sich um 36 Mio € (25 %), hauptsächlich in Advisory Banking Germany. Beide Produktkategorien wurden durch die ungünstigeren Marktbedingungen beeinträchtigt. Dies führte zu einer anhaltend niedrigen Investitionsbereitschaft von Privatkunden. Im Kreditgeschäft stiegen die Erträge gegenüber dem ersten Halbjahr 2011 aufgrund höherer Volumina leicht an. Die Erträge im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr lagen mit 1,1 Mrd € um 22 Mio € (2 %) über dem Wert des ersten Halbjahrs 2011. Dies war vor allem auf höhere Sichteinlagenvolumina in beiden Advisory Banking-Bereichen zurückzuführen.

Im ersten Halbjahr 2012 betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 437 Mio € gegenüber 639 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Davon entfielen 233 Mio € beziehungsweise 388 Mio € im zweiten Halbjahr 2011 auf die Postbank. Zum Rückgang der Risikovorsorge der Postbank um 156 Mio € trugen hauptsächlich Auflösungen von nach der Konsolidierung gebildeten Wertberichtigungen für Kreditausfälle im Retail Portfolio bei. Die im ersten Halbjahr 2012 im Zinsüberschuss ausgewiesenen Auflösungen von vor der Konsolidierung gebildeter Risikovorsorge betragen 54 Mio € (gegenüber 200 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres). Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ohne Berücksichtigung der Postbank ging im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr um 46 Mio € zurück. Ursächlich dafür war in erster Linie ein verbessertes Ergebnis im Konsumentenkreditgeschäft. Darüber hinaus ist der Rückgang auf einen höheren positiven Effekt aus dem Verkauf von Portfolien notleidender Kredite von 51 Mio € im ersten Halbjahr 2012 gegenüber 33 Mio € in den ersten sechs Monaten des Vorjahres zurückzuführen.

Im ersten Halbjahr 2012 waren die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 3,6 Mrd € gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres im Wesentlichen unverändert. Bei der Postbank gingen die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 37 Mio € zurück. Ursächlich dafür waren vor allem gesunkene operative Kosten und der Wegfall von Aufwendungen für Maßnahmen zur Effizienzsteigerung im Vorjahreshalbjahr. Ohne Berücksichtigung der Postbank (und der damit zusammenhängenden integrationsbezogenen Aufwendungen, die in Advisory Banking Germany ausgewiesen werden) erhöhten sich die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 49 Mio €. Dies war in erster Linie auf eine Belastung im Zusammenhang mit einem Rückkaufangebot für Anleger eines bestimmten geschlossenen Fonds im ersten Halbjahr 2012 zurückzuführen.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im ersten Halbjahr 2012 auf 811 Mio € und lag damit um 434 Mio € (35 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahreszeitraums. Advisory Banking International verzeichnete im Berichtsjahr ein Ergebnis vor Steuern von 236 Mio € gegenüber 403 Mio € im Vorjahr, in dem der vorgenannte positive Effekt aus unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank enthalten war. Advisory Banking Germany erzielte im Berichtsjahr ein Ergebnis vor Steuern von 316 Mio € nach 355 Mio € im Vorjahr. In Consumer Banking Germany betrug das Ergebnis vor Steuern 259 Mio € nach 487 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. Juni 2012 auf 301 Mrd € und sanken damit gegenüber dem 31. Dezember 2011 um 2 Mrd €. Zu diesem Rückgang trugen vor allem Nettomittelabflüsse von 4 Mrd € bei, die durch positive Marktwertentwicklungen von 2 Mrd € teilweise kompensiert wurden.

Die Anzahl der von PBC betreuten Kunden belief sich auf insgesamt 28,5 Millionen, davon waren 14 Millionen Kunden der Postbank. Die Anzahl der Kunden von PBC war zum 30. Juni 2012 gegenüber dem 31. Dezember 2011 nahezu unverändert.

Konzernbereich Corporate Investments (CI)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in %	Jan. – Jun.		Veränderung in %
	2012	2011		2012	2011	
Erträge insgesamt	262	194	35	266	374	-29
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2	4	-43	4	6	-27
Zinsunabhängige Aufwendungen	330	329	0	642	673	-5
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-0	-1	-92	-7	-1	N/A
Ergebnis vor Steuern	-70	-139	-50	-373	-304	23

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2012 versus 2011

Die Erträge in CI beliefen sich im zweiten Quartal 2012 auf 262 Mio € gegenüber 194 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Sie enthalten im Wesentlichen die laufenden Erträge der BHF-BANK und der konsolidierten Beteiligungen an The Cosmopolitan of Las Vegas und Maher Terminals. Der Ertragsanstieg in CI um 69 Mio € im Quartalsvergleich war hauptsächlich auf eine positive Geschäftsentwicklung bei diesen konsolidierten Beteiligungen zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 330 Mio € im zweiten Quartal 2012 waren gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres nahezu unverändert. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen operative Kosten der BHF-BANK und unserer konsolidierten Beteiligungen an The Cosmopolitan of Las Vegas und Maher Terminals.

CI verringerte im zweiten Quartal 2012 seinen Verlust vor Steuern auf 70 Mio € nach 139 Mio € im Vergleichs-quarteral des Vorjahres.

Halbjahresvergleich 2012 versus 2011

Die Erträge beliefen sich im ersten Halbjahr 2012 auf 266 Mio € im Vergleich zu 374 Mio € im Vorjahreszeitraum. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf eine im ersten Quartal 2012 verbuchte Abschreibung von 257 Mio € auf Actavis zurückzuführen. Teilweise wurde der Rückgang durch höhere Erträge infolge einer positiven Geschäftsentwicklung bei unseren konsolidierten Beteiligungen kompensiert.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im ersten Halbjahr 2012 auf 642 Mio € nach 673 Mio € im Vorjahreszeitraum. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf eine im ersten Quartal 2011 verbuchte Sonderbelastung zurückzuführen, die mit dem damals beabsichtigten Verkauf der Konzernzentrale in Frankfurt am Main im Zusammenhang stand.

CI verzeichnete im ersten Halbjahr 2012 einen Verlust vor Steuern in Höhe von 373 Mio € nach 304 Mio € im Vergleichszeitraum.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in %	Jan. – Jun.		Veränderung in %
	2012	2011		2012	2011	
Erträge insgesamt	-55	-56	-1	-437	-532	-18
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	-0	N/A	0	-0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	29	41	-29	108	7	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-15	-54	-72	-45	-142	-69
Ergebnis vor Steuern	-69	-43	61	-501	-396	26

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2012 versus 2011

Im zweiten Quartal 2012 verzeichnete Consolidation & Adjustments (C&A) einen Verlust vor Steuern von 69 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 43 Mio € im Vorjahresquartal. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf negative Effekte aus der Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften (verursacht durch gestiegene Terminzinssätze in den abgesicherten Währungen) auf unterschiedliche Bilanzierungsmethoden zwischen Managementberichterstattung und IFRS sowie auf die Eliminierung von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen. Letztere mindern das Ergebnis vor Steuern der Segmente und standen hauptsächlich im Zusammenhang mit der Postbank. Diese negativen Effekte wurden teilweise durch positive Beiträge aus steuerbezogenen Zinsen und aus einem positiven Effekt im Zusammenhang mit der Verfeinerung der erstmaligen Anwendung der britischen Bankenabgabe in 2011 ausgeglichen. Die Entwicklung der Risikoaufschläge auf bestimmte eigene Verbindlichkeiten hatte in beiden Quartalen keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis von C&A.

Halbjahresvergleich 2012 versus 2011

Im ersten Halbjahr 2012 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 501 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 396 Mio € im ersten Halbjahr 2011. Dieser höhere Verlust vor Steuern resultierte im Wesentlichen aus einer Reduzierung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Postbank. Des Weiteren trugen die bereits erwähnten Effekte aus der Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften zu dem höheren Verlust bei. Diese Effekte wurden teilweise durch vorgenannte Zinserträge ausgeglichen.

Vermögenslage

Die folgende Tabelle zeigt Informationen zur Entwicklung der Vermögenslage.

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Barreserve	20.258	15.928
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	145.152	162.000
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	80.130	57.110
Handelsaktiva	247.848	240.924
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	848.493	859.582
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte ¹	199.390	180.293
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	410.219	412.514
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	170.070	122.810
Übrige Aktiva	119.614	112.942
Summe der Aktiva	2.241.174	2.164.103
Einlagen	605.414	601.730
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	83.390	43.401
Handelsspassiva	66.809	63.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	829.275	838.817
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen ²	114.337	118.318
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	63.532	65.356
Langfristige Verbindlichkeiten	159.755	163.416
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	190.086	139.733
Übrige Passiva	72.218	74.786
Summe der Verbindlichkeiten	2.184.816	2.109.443
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	56.358	54.660

¹ Beinhaltet zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) in Höhe von 127.142 Mio € zum 30. Juni 2012 (31. Dezember 2011: 117.284 Mio €) und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Forderungen aus Wertpapierleihen in Höhe von 38.173 Mio € zum 30. Juni 2012 (31. Dezember 2011: 27.261 Mio €).

² Beinhaltet zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) in Höhe von 79.348 Mio € zum 30. Juni 2012 (31. Dezember 2011: 93.606 Mio €).

Entwicklung der Aktiva

Die Summe der Aktiva zum 30. Juni 2012 betrug 2.241 Mrd €. Der Anstieg um 77 Mrd € (4 %) gegenüber dem 31. Dezember 2011 war hauptsächlich auf einen Anstieg von Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung sowie von Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen zurückzuführen. Währungskursbewegungen, insbesondere zwischen US-Dollar und Euro, trugen 21 Mrd € zum Anstieg unseres Bilanzvolumens im ersten Halbjahr 2012 bei.

Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung erhöhten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2011 um 47 Mrd € im Jahresverlauf gegenüber typischerweise niedrigeren Niveaus zum Jahresende. Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen stiegen in der ersten Jahreshälfte 2012 um 23 Mrd € an und spiegelten ein erhöhtes Geschäftsvolumen im Vergleich zu dem eher niedrigen Jahresendniveau wider. Weiterhin stiegen innerhalb der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerte die Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen um 21 Mrd € aus dem gleichen Grund an. Darüber hinaus war ein Anstieg bei nichtderivativen Handelsaktiva um 7 Mrd €, hauptsächlich in festverzinslichen Wertpapieren, zu verzeichnen. Diese Erhöhungen wurden teilweise von Rückgängen bei verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten um 17 Mrd € sowie bei positiven Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten um 11 Mrd €, insbesondere aufgrund flacher werdender Zinsstrukturkurven, höherer Risikoaufschläge sowie einem gegenüber dem Euro stärkeren US-Dollar, ausgeglichen.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten erhöhte sich zum 30. Juni 2012 um 75 Mrd € (4 %) auf 2.185 Mrd €.

Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung erhöhten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2011 um 50 Mrd €, Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen trugen weitere 40 Mrd € zum Gesamtanstieg bei. Demgegenüber verringerten sich negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 10 Mrd €. Diese Veränderungen wurden grundsätzlich durch die gleichen Faktoren wie bei den korrespondierenden Aktivpositionen getrieben, wie bereits dort ausgeführt.

Eigenkapital

Das Eigenkapital stieg zum 30. Juni 2012 auf 56,4 Mrd € und lag damit um 1,7 Mrd € (3 %) über dem Wert zum 31. Dezember 2011 von 54,7 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis von 2,0 Mrd €, unrealisierten Nettoerträgen im kumulierten sonstigen Ergebnis von 701 Mio € und einem positiven Effekt von 406 Mio € auf unseren Bestand in Eigenen Aktien, die vom Eigenkapital abgezogen werden. Diese positive Entwicklung wurde durch Dividendenzahlungen an Deutsche-Bank-Aktionäre von 689 Mio € und einen Rückgang der Anteile ohne beherrschenden Einfluss um 657 Mio € teilweise aufgehoben. Der Anstieg der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung war vorwiegend auf unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten von 370 Mio € sowie auf positive Effekte aus Wechselkursveränderungen in Höhe von 316 Mio € zurückzuführen. Der Rückgang der Anteile ohne beherrschenden Einfluss war überwiegend durch die Ausübung der Verkaufsoption auf Postbank-Aktien durch die Deutsche Post im Februar 2012 und den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Postbank im zweiten Quartal 2012 bedingt. Für eine detaillierte Darstellung zu den Auswirkungen des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags verweisen wir auf die „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Seit dem 31. Dezember 2011 werden bei der Ermittlung der Kapitalquoten des Konzerns die veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und in Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“) berücksichtigt.

Das Tier-1-Kapital betrug 50,6 Mrd € zum Ende des zweiten Quartals 2012 und lag damit 1,6 Mrd € über dem Wert am Jahresende 2011. Die Tier-1-Kapitalquote belief sich zum 30. Juni 2012 auf 13,6 % und lag damit über den 12,9 % zum Jahresende 2011. Das Tier-1-Kapital ohne Berücksichtigung hybrider Kapitalbestandteile erhöhte sich im ersten Halbjahr 2012 um 1,5 Mrd € oder 4,2 % auf 37,8 Mrd €. Die Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung hybrider Kapitalbestandteile betrug zum Ende des Berichtsquartals 10,2 %, verglichen mit 9,5 % zum Jahresende 2011.

Der Anstieg im Tier-1-Kapital und Tier-1-Kapital ohne Berücksichtigung hybrider Kapitalbestandteile ging im Wesentlichen auf das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis in Höhe von 2,0 Mrd € zurück, teilweise kompensiert durch die Dividendenabgrenzung von 349 Mio € sowie Effekte aus dem Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Postbank von 338 Mio €. Des Weiteren wurden die Kapitalquoten durch die Reduzierung der Risikoaktiva positiv beeinflusst.

Die risikogewichteten Aktiva beliefen sich zum Quartalsende auf 373 Mrd €, rund 8,6 Mrd € weniger als zum Jahresende 2011. Dieser Rückgang reflektierte im Wesentlichen Reduzierungen im Kreditrisiko und, zu einem geringeren Anteil, im Marktrisiko. Die risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko reduzierten sich um 6,7 Mrd € vorwiegend infolge von Portfoliooptimierungen sowie Modell- und Datenverbesserungen. Ergänzend sanken die risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko um 3,1 Mrd € vorwiegend aufgrund niedrigerer Volatilität und eines verringerten Handelsbuchvolumens. Die risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko erhöhten sich auf 51,8 Mrd € zum 30. Juni 2012 im Vergleich zu 50,7 Mrd € zum Jahresende 2011, im Wesentlichen aufgrund der Einbeziehung der BHF-BANK in das Advanced Measurement Approach („AMA“) Model im ersten Quartal 2012 sowie einer Modellverfeinerung im zweiten Quartal 2012.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Umgewidmet wurde jeweils, wenn nach Einschätzung der Bank zum Umwidmungsstichtag die erwartete Rückzahlung der Vermögenswerte den aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten niedrigen beizulegenden Zeitwert der umgewidmeten Vermögenswerte überstieg und durch ein Halten der Position die Rendite optimiert wurde. Da zum Umwidmungsstichtag eine eindeutig geänderte Zweckbestimmung der Vermögenswerte vorlag sowie weder eine Beschränkung der Haltefähigkeit noch der Refinanzierung für diese Vermögenswerte bestand, spiegelt die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck dieser Vermögenswerte besser wider.

Am 30. Juni 2012 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 22,0 Mrd € (31. Dezember 2011: 22,9 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 19,6 Mrd € per 30. Juni 2012 (31. Dezember 2011: 20,2 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden hauptsächlich vom Bereich CB&S gehalten.

Für zusätzliche Informationen wird auf den Abschnitt „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“, auf Seite 67 verwiesen.

Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung bestimmter Risikopositionen an den Kreditmärkten (einschließlich erworbener Monolineabsicherungen) in jenen CB&S-Geschäftsbereichen, für die wir bereits in Vorperioden zusätzliche Risikoangaben gemacht haben. Seit dem 31. Dezember 2011 gab es keine wesentlichen Entwicklungen in den gehaltenen Commercial Papers von Ocala oder den Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten, die im Lagebericht des Finanzberichts 2011 im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung“ beschrieben werden. Unsere US-amerikanischen Bruttoreisikopositionen in Subprime, Alt-A RMBS und forderungsbesicherten Schuldverschreibungen gingen von 2,4 Mrd € zum 31. Dezember 2011 auf 2,2 Mrd € zum 30. Juni 2012 zurück. Nach Sicherungsgeschäften und sonstigen erworbenen Absicherungen hielten wir dafür zum 30. Juni 2012 negative Nettorisikopositionen in Höhe von 207 Mio € (31. Dezember 2011: 146 Mio €), damit würde im Falle eines Ausfalls aller Bruttoreisikopositionen ein Gewinn ausgewiesen, unter der Voraussetzung, dass alle Sicherungsgeschäfte effektiv sind und ausgeübt wurden sowie dass keine Verwertungsgewinne erzielt werden können.

Die nachfolgenden Tabellen beinhalten einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung erworbener Monolineabsicherungen.

Risikoposition gegenüber
Monolineversicherern,
bezogen auf US-
amerikanische
Wohnungsbaukredite^{1,2}

in Mio €	30.6.2012				31.3.2012			
	Nominalwert	Beizulegender Zeitwert vor Bewertungs- anpassungen ³	Bewertungs- anpassungen ³	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen ³	Nominalwert	Beizulegender Zeitwert vor Bewertungs- anpassungen ³	Bewertungs- anpassungen ³	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen ³
AA Monolines: ⁴								
Sonstige Subprime	122	68	- 18	50	118	63	- 17	46
Alt-A	3.377	1.523	- 293	1.230	3.335	1.519	- 255	1.264
AA Monolines insgesamt	3.499	1.591	- 311	1.280	3.453	1.582	- 272	1.310

¹ Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 49 Mio € zum 30. Juni 2012 (31. März 2012: 48 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf diese Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

² Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps (CDS) mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

³ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten CDS werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS-basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt, einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Monoline-Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen wird vierteljährlich vom Management überprüft.

⁴ Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung zum 30. Juni 2012 beziehungsweise zum 31. März 2012.

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern ^{1,2}		30.6.2012				31.3.2012			
		Nominalwert	Beizulegender Zeitwert vor Bewertungs- anpassungen ³	Bewertungs- anpassungen ³	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen ³	Nominalwert	Beizulegender Zeitwert vor Bewertungs- anpassungen ³	Bewertungs- anpassungen ³	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen ³
in Mio €									
AA Monolines:⁴									
TPS-CLO	2.668	754	- 157	597	2.629	727	- 180	547	
CMBS	1.135	15	- 1	14	1.082	11	- 1	10	
Studentenkredite	309	26	- 5	21	294	23	- 4	19	
Sonstige	938	301	- 129	172	901	255	- 100	155	
AA Monolines insgesamt	5.050	1.096	- 292	804	4.906	1.016	- 285	731	
Nicht-Investment Grade Monolines:⁴									
TPS-CLO	522	194	- 68	126	514	179	- 70	109	
CMBS	3.505	175	- 32	143	3.468	167	- 26	141	
Corporate Single Name/Corporate CDO	19	1	-	1	1.008	2	-	2	
Studentenkredite	1.342	620	- 190	430	1.284	580	- 168	412	
Sonstige	1.089	202	- 82	120	1.054	165	- 57	108	
Nicht-Investment Grade Monolines insgesamt	6.477	1.192	- 372	820	7.328	1.093	- 321	772	
Insgesamt	11.527	2.288	- 664	1.624	12.234	2.108	- 605	1.503	

¹ Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 45 Mio € zum 30. Juni 2012 (31. März 2012: 43 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

² Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

³ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten CDS werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS-basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt, einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Monoline Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen wird vierteljährlich vom Management überprüft.

⁴ Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung zum 30. Juni 2012 beziehungsweise zum 31. März 2012.

Zweckgesellschaften

Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzen wir unter anderem sogenannte Zweckgesellschaften, die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. Zweckgesellschaften dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten und Risiken zu ermöglichen und ihnen durch die Verbriefung von finanziellen Vermögenswerten Marktliquidität bereitzustellen. Zweckgesellschaften können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden.

Wir konsolidieren bestimmte Zweckgesellschaften sowohl für Zwecke der Finanzberichterstattung als auch des deutschen Aufsichtsrechts. In allen anderen Fällen unterlegen wir Zweckgesellschaft-bezogene Transaktionen wie Derivategeschäfte, Kreditzusagen oder Garantien und die mit ihnen verbundenen Risiken mit regulatorischem Eigenkapital. Bislang hatten die Risikopositionen gegenüber nicht konsolidierten Zweckgesellschaften keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalkennziffern, Bonitätsbeurteilungen oder Dividenden.

Der folgende Abschnitt beinhaltet Informationen zu Veränderungen von Vermögenswerten, die von konsolidierten Zweckgesellschaften gehalten werden, sowie zu Veränderungen der Risikopositionen mit nicht konsolidierten Zweckgesellschaften. Dieser Abschnitt sollte zusammen mit dem Abschnitt „Zweckgesellschaften“ im Lagebericht und der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ im Finanzbericht 2011 gelesen werden.

Vermögenswerte von konsolidierten Zweckgesellschaften

Die nachfolgenden Tabellen zeigen Details zu den Vermögenswerten (nach Konsolidierungsbuchungen) der von uns konsolidierten Zweckgesellschaften.

30.6.2012		Art des Vermögenswerts				
in Mio €	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	–	30	9.749	1	29	9.809
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	2.151	404	1.126	2	– 14	3.669
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	1.047	–	491	14	154	1.706
Repackaging und Investmentprodukte	4.659	970	145	810	367	6.951
Investmentfonds ²	4.823	–	–	2.103	111	7.037
Strukturierte Transaktionen	2.490	115	3.736	16	249	6.606
Operative Einheiten	2.562	3.898	3.225	75	3.361	13.121
Sonstige	174	273	541	86	670	1.744
Insgesamt	17.906	5.690	19.013	3.107	4.927	50.643

¹ Der beizulegende Zeitwert der Derivatepositionen betrug 629 Mio €.

² Der Anstieg wurde hauptsächlich durch Liquiditätszuflüsse in der Berichtsperiode verursacht.

31.3.2012		Art des Vermögenswerts				
in Mio €	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	–	32	9.881	1	30	9.944
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	2.120	441	1.157	3	46	3.767
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	1.891	–	487	13	143	2.534
Repackaging und Investmentprodukte	4.429	1.012	196	882	371	6.890
Investmentfonds	4.797	–	–	1.078	16	5.891
Strukturierte Transaktionen	2.421	118	3.748	22	350	6.659
Operative Einheiten	2.292	3.816	3.158	75	3.269	12.610
Sonstige	162	267	543	170	585	1.727
Insgesamt	18.112	5.686	19.170	2.244	4.810	50.022

¹ Der beizulegende Zeitwert der Derivatepositionen betrug 649 Mio €.

Risikopositionen mit nicht konsolidierten Zweckgesellschaften

Diese Tabelle führt die maximal verbleibenden zu finanzierenden Risikopositionen gegenüber bestimmten nicht konsolidierten Zweckgesellschaften auf.

Maximal verbleibende zu finanzierende Risikoposition in Mrd €	30.6.2012	31.3.2012
Kategorie:		
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	1,1	1,1
ABCP-Conduits Dritter	1,9	1,9
Von Dritten gesponserte Verbriefungen		
US-amerikanische	1,5	1,4
Nicht US-amerikanische	1,4	1,3
Garantierte Investmentfonds ¹	10,8	10,3
Immobilienleasingfonds	0,7	0,7

¹ Der Anstieg ist auf Liquiditätszuflüsse während der Berichtsperiode zurückzuführen.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu einigen Unternehmen, an denen wir bedeutenden Anteilsbesitz halten. Zudem haben wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Unternehmen, bei denen Mitglieder unseres Vorstands Mandate in Aufsichtsräten oder Non-Executive Boards wahrnehmen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen erbringen wir viele Finanzdienstleistungen, die wir üblicherweise unseren Kunden anbieten. Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Am 16. März 2012 wurden Dr. Stephan Leithner, Stuart Wilson Lewis und Henry Ritchotte mit Wirkung vom 1. Juni 2012 bis 31. Mai 2015 vom Aufsichtsrat zu Mitgliedern des Vorstands der Deutschen Bank AG bestellt.

Dr. Stephan Leithner als Chief Executive Officer (CEO) Europa (ohne Deutschland und Großbritannien) verantwortet Human Resources, Legal & Compliance und Government & Regulatory Affairs. Stuart Wilson Lewis verantwortet als Chief Risk Officer (CRO) Markt-, Kredit- und operationelle Risiken. Technology, Operations und Strategy werden von Henry Ritchotte als Chief Operating Officer (COO) verantwortet.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 sind Dr. Josef Ackermann und mit Ablauf des 31. Mai 2012 Dr. Hugo Bänziger und Herrmann-Josef Lamberti aus dem Vorstand der Bank ausgeschieden.

Jürgen Fitschen und Anshuman Jain sind seit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 Co-Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank AG.

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig, Dr. Theo Siegert und Maurice Lévy sind mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 aus dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank AG ausgeschieden. Dr. Paul Achleitner, Mitglied des Vorstands der Allianz SE (bis 31. Mai 2012), Peter Löscher, Vorsitzender des Vorstands der Siemens AG, und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler, Mitglied des Vorstands der Haniel & Cie. GmbH (bis 30. April 2012), wurden von der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 für eine Amtszeit von fünf Jahren in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank AG gewählt. Gerd Herzberg hat sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats zum 31. Mai 2012 niedergelegt. Rudolf Stockem, von den Arbeitnehmervertretern am 8. Mai 2008 als Ersatzmitglied gewählt, ist am 1. Juni 2012 für den Rest der Amtszeit des Aufsichtsrats als Mitglied des Aufsichtsrats nachgerückt.

Der Aufsichtsrat wählte Dr. Paul Achleitner in seiner anschließenden Sitzung zu seinem Vorsitzenden.

Wesentliche Transaktionen

Nach der Zustimmung durch die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG ("Postbank") am 5. Juni 2012 und der Eintragung ins Handelsregister am 20. Juni 2012 trat der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag („der Vertrag“) zwischen der Postbank als beherrschtem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH (einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG) als herrschendem Unternehmen im zweiten Quartal 2012 in Kraft.

Der Vertrag sieht vor, dass den Minderheitsaktionären der Postbank entweder eine Barabfindung in Höhe von 25,18 € je Aktie der Postbank, die bis zum 20. August 2012 angedient werden, oder eine Ausgleichszahlung in Höhe von gegenwärtig 1,66 € je Aktie der Postbank (nach Unternehmenssteuern, vor individueller Steuerbelastung des Aktionärs) für jedes volle Geschäftsjahr zusteht.

Mit Abschluss des Vertrags im zweiten Quartal 2012 ordnete der Konzern nunmehr das Ergebnis der Postbank vollständig den Aktionären der Deutschen Bank zu.

Für eine detaillierte Darstellung verweisen wir auf die „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Juni 2012 haben wir einen Prozess zur Überprüfung unserer Strategie gestartet. Detaillierte Ergebnisse werden wir dazu im September zur Verfügung stellen. Als Zwischenergebnis dieses fortlaufenden Prozesses haben wir Kosteneinsparungen identifiziert, die im Abschnitt „Ausblick“ im Lagebericht erläutert werden.

Risikobericht

Risiko- und Kapitalmanagement

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir handeln als integrierter Konzern durch unsere Konzern- und Geschäftsbereiche sowie die Infrastrukturfunktionen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen und Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzern- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Weitere Informationen zu unserem Risiko- und Kapitalmanagement, das prinzipiell unverändert ist, sind in unserem Finanzbericht 2011 enthalten.

Die Postbank führt ihre Risikomanagementaktivitäten eigenverantwortlich durch. Wir beraten die Postbank in bestimmten Bereichen des Risikomanagements.

Risikomanagement – Überblick

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements im ersten Halbjahr 2012 weiterhin darauf, unser Risikoprofil im Rahmen unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen zu unterstützen. Dieser Ansatz spiegelt sich wie folgt in den unterschiedlichen, unten dargestellten Risikometriken wider.

Kreditrisiko

- In unserem Bemühen, erfolgreich im volatilen makroökonomischen Umfeld zu bestehen, haben wir unsere zentralen Kreditprinzipien des proaktiven und umsichtigen Risikomanagements bei der Eingehung von Risiken, ein aktives Management von Konzentrationsrisiken sowie unsere Risikoreduzierungsstrategie eingehalten.
- Trotz der Verunsicherungen durch die europäische Staatsschuldenkrise haben uns die wirtschaftlich relativ stabilen Länder Deutschland und die Vereinigten Staaten, unser diversifiziertes und überwiegend Investment-Grade ausgerichtetes Portfolio sowie eine aktive Risikoreduzierung von eher anfälligen Vermögenswerten erlaubt, Kreditverluste zu begrenzen.
- Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich in den ersten sechs Monaten 2012 auf 733 Mio € gegenüber 837 Mio € in der Vergleichsperiode 2011. Die Reduzierung lässt sich hauptsächlich auf die Postbank zurückführen, deren Beitrag zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft des Konzerns sich auf 233 Mio € im Vergleich zu 388 Mio € in den ersten sechs Monaten 2011 verringerte. Ohne Berücksichtigung der Postbank reduzierte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Bereich PCAM um 64 Mio €. Haupttreiber hierfür waren der Verkauf leistungsgestörter Kredite in Deutschland im ersten Quartal 2012 sowie eine stabile Performance des Deutschen Retail Portfolios. Der Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in PCAM in Höhe von 220 Mio € verglichen zur ersten Jahreshälfte 2011 wurde teilweise kompensiert durch einen Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in CIB um 117 Mio € auf 277 Mio € im ersten Halbjahr 2012. Der Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in CIB ist durch wenige Einzelkunden getrieben.
- Das bilanzielle Kreditvolumen hat sich im ersten Halbjahr 2012 um 2,3 Mrd € (0,6 %) reduziert, im Wesentlichen aufgrund der Reklassifizierung eines Engagements in die Zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte. Wir haben weiterhin unsere strengen Risiko-Ertrags-Anforderungen eingehalten.
- Der Anteil der Kredite mit Investment Grade Rating in unserem Firmenkundenkreditbuch blieb zum 30. Juni 2012 mit 72 % trotz eines schwierigen makroökonomischen Umfeldes unverändert gegenüber dem 31. Dezember 2011.

- Unser Kreditrisikoprofil gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf für das Kreditrisiko ist materiell stabil geblieben und erhöhte sich auf 13,1 Mrd € zum 30. Juni 2012 verglichen mit 12,8 Mrd € am Jahresende 2011. Die Erhöhung um 286 Mio € reflektiert vornehmlich Effekte aus der regelmäßigen Überprüfung der Risikoparameter und Änderungen in der Methodik.

Marktrisiko

- Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisikopositionen betrug 7,1 Mrd € zum 30. Juni 2012 und lag damit um 135 Mio € (2 %) unter dem Ökonomischen Kapitalbedarf am Jahresende 2011.
- Der Ökonomische Kapitalbedarf für das handelsbezogene Marktrisiko betrug 4,6 Mrd € zum 30. Juni 2012, verglichen mit 4,7 Mrd € am Jahresende 2011.
- Der durchschnittliche Value-at-Risk der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank betrug 55,7 Mio € während der ersten sechs Monate des Jahres 2012, verglichen mit 71,8 Mio € im Gesamtjahr 2011.

Operationelle Risiken

- Unser ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 30. Juni 2012 auf 5,1 Mrd € im Vergleich zu 4,8 Mrd € am Jahresende 2011. Ein Treiber der Erhöhung ist eine Modellverfeinerung im zweiten Quartal 2012.

Liquiditätsrisiken

- Die Liquiditätsreserven (exklusive Postbank) überstiegen ein Volumen von 200 Mrd € zum 30. Juni 2012, die eine komfortable netto Liquiditätsposition unter Stress unterstützen.
- Die Emissionsaktivitäten (exklusive Postbank) im ersten Halbjahr 2012 betragen 10,5 Mrd € basierend auf einem geplanten Gesamtvolumen für das Jahr 2012 in Höhe von 15 Mrd €.
- 57 % der Gesamtrefinanzierung der Bank basierte auf den Refinanzierungsquellen, die wir als die stabilsten einstufen, und beinhaltete langfristige Kapitalmarktmissionen sowie Einlagen aus dem Privatkunden- und Transaction Banking Geschäft.

Kapitalmanagement

- Die Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung hybrider Kapitalbestandteile lag zum Halbjahresende 2012 bei 10,2 %, oberhalb der 9 %-Schwelle der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority – EBA). Zum Jahresende 2011 lag die Quote bei 9,5 %.
- Die risikogewichteten Aktiva reduzierten sich um 8,6 Mrd € auf 373 Mrd € zum 30. Juni 2012, hauptsächlich durch eine Reduzierung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko um 6,7 Mrd € vorwiegend infolge von Portfoliooptimierungen sowie Modell- und Datenverbesserungen.
- Die Interne Kapitaladäquanzquote zeigt an, ob die über Risikopositionen intern ermittelte Kapitalanforderung von unserem internen Kapitalangebot überdeckt wird. Die Quote stieg auf 163 % zum 30. Juni 2012 im Vergleich mit 159 % zum 31. Dezember 2011.

Bilanzmanagement

- Zum 30. Juni 2012 war unsere Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition mit 22 nahezu unverändert gegenüber dem Jahresende 2011 und lag unterhalb unserer Zielgröße von 25.

Kreditrisikoengagement

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.
- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Kredite an Selbständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.

Firmenkreditengagement

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Firmenkreditengagement-Kategorien nach den Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner.

30.6.2012

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
AAA-AA	50.733	21.116	7.800	28.174	29.040	136.863
A	42.893	41.630	21.002	15.858	8.571	129.954
BBB	58.148	38.495	19.862	13.047	4.908	134.460
BB	51.025	23.468	12.517	7.273	2.007	96.290
B	19.200	9.986	5.981	3.027	236	38.430
CCC und schlechter	15.615	1.996	1.889	1.342	240	21.082
Insgesamt	237.614	136.691	69.051	68.721	45.002	557.079

¹ Beinhaltet vor allem in der Kategorie „CCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 6,2 Mrd € zum 30. Juni 2012.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,4 Mrd € zum 30. Juni 2012 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

31.12.2011

in Mio €	Kredite ¹	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
AAA-AA	51.321	21.152	6.535	37.569	22.753	139.330
A	45.085	37.894	24.410	17.039	8.581	133.009
BBB	59.496	36.659	21.002	12.899	5.109	135.165
BB	50.236	21.067	13.986	7.478	2.303	95.070
B	17.650	9.152	6.051	3.007	263	36.123
CCC und schlechter	18.148	2.071	1.669	1.632	371	23.891
Insgesamt	241.936	127.995	73.653	79.624	39.380	562.588

¹ Beinhaltet vor allem in der Kategorie „CCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 6,0 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die Übersicht zeigt einen Rückgang unseres Firmenkreditbuchs in den ersten sechs Monaten 2012 um 5,5 Mrd € (1,0%), der vornehmlich auf Reduzierungen der außerbörslichen Derivate um 10,9 Mrd €, der Kredite um 4,3 Mrd € und der Eventualverbindlichkeiten um 4,6 Mrd € zurückzuführen ist, der durch einen Anstieg der unwiderruflichen Kreditzusagen um 8,7 Mrd € und der Zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapiere um 5,6 Mrd € teilweise kompensiert wurde, jeweils hauptsächlich im Investment-Grade-

Bereich. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Reklassifizierung eines Engagements in die Zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte sowie Währungskursbewegungen zurückzuführen.

Kreditengagement gegenüber Geschäftspartnern in verschiedenen europäischen Ländern

In den nachstehenden Tabellen wird aufgrund des erhöhten Ausfallrisikos von Staaten ein Überblick über ausgewählte europäische Länder gegeben. Das erhöhte Ausfallrisiko wird verursacht durch die weitreichende Schuldenkrise europäischer Staaten. Das erhöhte Risiko wird getrieben durch eine Reihe von Faktoren, die das jeweils hohe Niveau staatlicher oder öffentlicher Schulden betreffen, den eingeschränkten Zugang zum Kapitalmarkt, hohe Prämien für Kreditabsicherungen (Credit Default Swap Spreads), die Annäherung von Rückzahlungsterminen, schwache ökonomische Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigen Wachstums des Bruttoinlandsproduktes, hoher Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit zur Umsetzung verschiedener Sparmaßnahmen) sowie durch die Tatsache, dass einige dieser Länder Rettungspakete angenommen haben. Wir beobachten auch weitere europäische Länder eng auf ihr verbundenes Engagement mit diesen Ländern sowie mit Blick auf deren kürzliche Bonitätsherabstufungen, wobei aber deren beobachtete Risikofaktoren eine Einbeziehung in diese Darstellung nicht rechtfertigen.

Die folgende Tabelle zeigt unser zusammengefasstes Nettoengagement aus Sicht des Risikomanagements unter Berücksichtigung des Sitzlandes der Konzernmutter, wodurch das Prinzip der Kreditnehmereinheit reflektiert wird. Das Nettoengagement berücksichtigt neben Sicherungsgeschäften und Kreditsicherheiten auch das Netting von Risiken aus Derivatetransaktionen. Auch weist das Risikomanagement das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften auf der Basis des Sitzlandes der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht auf Basis des Sitzlandes der Zweckgesellschaft zu.

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Griechenland	580	840
Irland	1.598	1.570
Italien	17.787	18.064
Portugal	1.116	1.733
Spanien	12.227	12.750
Insgesamt	33.308	34.957

Das Nettoengagement reduzierte sich gegenüber dem Jahresende um 1,6 Mrd € überwiegend durch Rückgänge im Postbank-Portfolio bei Engagements mit Finanzinstitutionen in Italien, Portugal und Spanien sowie in Griechenland aufgrund der Teilnahme an der Restrukturierung der griechischen Staatsanleihen im März 2012.

Das oben dargestellte Engagement besteht hauptsächlich mit stark diversifizierten, risikoarmen Retail Portfolios und kleinen und mittleren Unternehmen in Italien und Spanien, sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, wobei der überwiegende Teil unseres Engagements mit spanischen Finanzinstituten aus Pfandbriefen besteht. Das Engagement gegenüber Staaten ist moderat, besteht überwiegend gegenüber Italien und Spanien, insbesondere im Derivate- und Marktpflegegeschäft.

Im Gegensatz zu der obigen Darstellung berücksichtigen wir aus Sicht der Rechnungslegung das Kreditrisikoengagement gegenüber Geschäftspartnern mit Sitz in diesen europäischen Ländern beziehungsweise für Kreditabsicherungen mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf diese Länder. Damit beziehen wir auch Geschäftspartner ein, deren Konzernmütter ihren Sitz außerhalb dieser Länder haben, sowie Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Einheiten in anderen Ländern stammen.

Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt unsere Bruttosition, die darin enthaltenen nicht gezogenen Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber diesen europäischen Ländern. Die Bruttosition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung von gekaufter Besicherung über Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltene Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden, insbesondere für die Kategorie Retail, aber auch für Finanzinstitute vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate sowie für Unternehmen gehalten. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. In einigen Fällen ist die Möglichkeit der Geschäftspartner für Ziehungen unter den verfügbaren Fazilitäten durch die spezifischen Vertragsvereinbarungen eingeschränkt.

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt ²	
	30.6. 2012	31.12. 2011 ¹	30.6. 2012	31.12. 2011	30.6. 2012	31.12. 2011	30.6. 2012	31.12. 2011	30.6. 2012	31.12. 2011	30.6. 2012	31.12. 2011
Griechenland												
Brutto	35	448	597	576	1.288	1.287	9	8	-	-	1.929	2.319
nicht gezogen	-	-	12	5	70	121	2	2	-	-	84	128
Netto	35	448	112	105	184	324	2	2	-	-	333	879
Irland												
Brutto	572	420	1.963	3.472	7.720	8.436	55	61	6.142 ³	6.484 ³	16.452	18.873
nicht gezogen	-	-	7	4	1.512	1.130	2	3	230 ³	340 ³	1.751	1.477
Netto	338	181	1.385	1.755	6.033	6.593	8	9	4.771 ³	5.084 ³	12.535	13.622
Italien												
Brutto	2.581	1.811	5.413	5.198	8.654	9.449	20.366	19.842	338	373	37.352	36.673
nicht gezogen	1	2	829	637	3.214	3.581	255	308	-	-	4.299	4.528
Netto	2.516	1.767	1.833	2.296	5.964	6.670	8.474	8.480	134	173	18.921	19.386
Portugal												
Brutto	250	165	623	880	1.613	1.502	2.435	2.415	46	36	4.967	4.998
nicht gezogen	-	-	68	33	142	130	34	30	-	-	244	193
Netto	143	-45	338	519	785	727	541	364	46	36	1.853	1.601
Spanien												
Brutto	873	1.322	7.622	7.198	9.607	10.199	11.378	11.487	240	182	29.720	30.388
nicht gezogen	-	-	571	313	2.702	3.257	591	593	-	-	3.864	4.163
Netto	873	1.318	4.494	5.740	6.413	7.152	1.946	2.018	166	93	13.892	16.321
Brutto insgesamt	4.311	4.166	16.218	17.324	28.882	30.873	34.243	33.813	6.766	7.075	90.420	93.251
nicht gezogen	1	2	1.487	992	7.640	8.219	884	936	230	340	10.242	10.489
Netto insgesamt⁴	3.905	3.669	8.162	10.415	19.379	21.466	10.971	10.873	5.117	5.386	47.534	51.809

¹ Beinhaltet wertgeminderte Wertpapierpositionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern in Griechenland zum 31. Dezember 2011, die als zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte klassifiziert sind. Weitere wertgeminderte Positionen gegenüber staatlichen Kreditnehmern sind nicht enthalten.

² Ungefähr 60 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

³ Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

⁴ Das Nettoengagement insgesamt berücksichtigt nicht Bewertungsanpassungen beim Ausfallrisiko von Derivaten in Höhe von 325 Mio € zum 30. Juni 2012 und 240 Mio € zum 31. Dezember 2011.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten europäischen Ländern reduzierte sich in der ersten Jahreshälfte 2012 um 4,3 Mrd € hauptsächlich durch Rückgänge im Engagement gegenüber Spanien, insbesondere bei Finanzinstitutionen, aber auch gegenüber Unternehmen und dem Staat. Weitere Engagementsrückgänge entfielen auf Finanzinstitutionen in Irland.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über unser aggregiertes Nettokreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten europäischen Staaten beziehungsweise für Kreditabsicherungen mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf diese Länder. Die Engagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen, jedoch ohne die nominale Nettosition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Kreditengagements, die zu fortgeführten Anschaffungswerten geführt werden, werden vor und nach bestehenden Wertberichtigungen gezeigt.

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		30.6.2012
	Kredite vor Wertberich- tigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberich- tigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögens- werte ²	Derivate	Sonstige	
Griechenland	149	132	24	25	105	105	391
Irland	4.241	4.231	2.580	1.298	2.274	3.530	13.913
Italien	12.470	11.847	3.725	1.355	3.474	-2.531	17.870
Portugal	1.213	1.182	303	172	522	476	2.655
Spanien	7.059	6.610	2.931	3.082	826	1.195	14.644
Insgesamt	25.132	24.002	9.563	5.932	7.201	2.775	49.473

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über unser Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten. Die Tabelle gibt die Nominalbeträge gekaufter beziehungsweise verkaufter Sicherungen auf Bruttobasis sowie die nominale Nettoposition und den beizulegenden Zeitwert wieder. Eine detaillierte Darstellung unseres Einsatzes von Kreditderivaten im Kreditrisikomanagement ist in unserem Finanzbericht 2011 enthalten.

in Mio €	Nominalbeträge			30.6.2012
	Eigene Verkäufer- position	Eigene Käufer- position	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	1.984	-2.042	-58	-20
Irland	10.482	-11.860	-1.378	62
Italien	63.085	-62.033	1.052	114
Portugal	11.626	-12.426	-800	22
Spanien	34.875	-35.628	-753	29
Insgesamt	122.052	-123.989	-1.937	207

Kreditengagement gegenüber den Staaten verschiedener europäischer Länder

Nach der Euro Gipfelerklärung am 26. Oktober 2011 und der Erklärung der Eurogruppe am 21. Februar 2012 unterbreitete die griechische Regierung am 24. Februar 2012 den Gläubigern des privaten Sektors den Vorschlag, sich mit ihren von der griechischen Regierung emittierten oder garantierten Staatsanleihen an einem Schuldentauschangebot und/oder Einholung der Zustimmungserklärung zu beteiligen, was als Einbeziehung des privaten Sektors bezeichnet wurde. Die zur Beteiligung aufgeforderten Anleihen hatten einen aggregierten Nominalwert in Höhe von circa 206 Mrd. €. Das Schuldentauschangebot und die Einholung der Zustimmungserklärung hatten die größtmögliche Einbeziehung des privaten Sektors in das angebotene gesamte Unterstützungspaket für Griechenland zum Ziel, um in Verbindung mit der vom öffentlichen Bereich (IWF, EU, EZB) angebotenen Unterstützung die Wahrscheinlichkeit eines Forderungsausfalls griechischer Anleihen zu reduzieren.

Im März 2012 haben wir an dem Schuldentauschangebot und der Einholung der Zustimmungserklärung mit sämtlichen unserer qualifizierten griechischen Staatsanleihen teilgenommen. Mit der Einbeziehung des privaten Sektors erhielten die Inhaber griechischer Staatsanleihen im Austausch (i) neu emittierte Anleihen der griechischen Regierung mit einem Nennwert in Höhe von 31,5 % des Nennwerts der ausgetauschten Anleihen, (ii) Forderungen gegenüber der European Financial Stability Facility (EFSF) mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren mit einem Nennwert in Höhe von 15 % des Nennwerts der ausgetauschten Anleihen und (iii) separierbare Schuldverschreibungen der griechischen Regierung mit einem Nominalbetrag in Höhe des Nominalbetrags der neuen Anleihen jedes Anleihegläubigers, die an das Brutto sozialprodukt Griechenlands gekoppelt sind. Die griechische Regierung stellte auch kurzlaufende EFSF-Schuldverschreibungen zur Verfügung, um sämtliche bis zum 24. Februar 2012 unbezahlte Zinsbeträge auf die ausgetauschten Anleihen abzulösen.

Die von uns in den Schuldentausch eingebrachten Anleihen wurden aus der Bilanz ausgebucht und die neuen Instrumente entweder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte angesetzt.

Die nachfolgenden Informationen zu Staaten beinhalten zum 30. Juni 2012 die griechischen Staatsanleihen, die wir infolge der Restrukturierung erhalten haben.

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick über unser Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder.

in Mio €	30.6.2012				31.12.2011			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	35	–	35	–	433	15	448	– 50
Irland	301	37	338	– 20	208	– 27	181	– 21
Italien	309	2.206	2.516	138	176	1.591	1.767	1
Portugal	250	– 107	143	11	116	– 161	– 45	16
Spanien	871	3	873	– 18	1.026	292	1.318	– 13
Insgesamt	1.766	2.139	3.905	111	1.959	1.710	3.669	– 67

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen und als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Die obige Darstellung reflektiert eine „Netto-Bilanzsicht“ für das Kreditengagement gegenüber Staaten. Mit Ausnahme von Griechenland und Spanien reflektiert der Anstieg im Vergleich zum Jahresende 2011 überwiegend Marktpflegeaktivitäten sowie Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Marktpreisbewegungen in den ersten sechs Monaten 2012. Der Engagementsrückgang gegenüber Griechenland reflektiert unsere Beteiligung an dem zuvor erwähnten Schuldentausch. Der Engagementsrückgang gegenüber Spanien reflektiert eine reduzierte Nettoposition aus Kreditderivaten mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf den Staat.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete staatliche Kredite, die sich zum 30. Juni 2012 für Italien auf 681 Mio € und für Spanien auf 756 Mio € beliefen. Zum 31. Dezember 2011 betrug sie für Italien 546 Mio € und für Spanien 752 Mio €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick über in der Bilanzposition Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen enthaltene direkte Kreditengagements gegenüber den Staaten ausgewählter europäischer Länder.

in Mio €	30.6.2012			31.12.2011		
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten gegenüber Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten gegenüber Staaten (Nettoposition) ¹	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt
Griechenland	11	-	11	197	25	222
Irland	- 11	47	35	- 32	7	- 25
Italien ²	- 3.740	2.697	- 1.043	- 3.325	2.332	- 993
Portugal	31	181	212	81	4	85
Spanien	- 110	30	- 80	52	28	80
Insgesamt	- 3.819	2.955	- 865	- 3.027	2.396	- 631

¹ Beinhaltet die Effekte von Aufrechnungsrahmen- und Sicherheitenvereinbarungen.

² Verkaufspositionen im Engagement gegenüber Italien bezogen sich hauptsächlich auf strukturierte Handelsgeschäfte mit zugehörigen Kreditderivaten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick über in der Bilanzposition Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthaltene Kreditengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern.

in Mio €	30.6.2012			31.12.2011		
	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert ¹	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungsverluste	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert ¹	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungsverluste
Griechenland	25	53 ²	- ³	211	494	- 368
Irland	266	213	-	232	213	-
Italien	666	722	-	625	724	-
Portugal	38	46	-	31	46	-
Spanien	182	194	-	193	194	-
Insgesamt	1.177	1.228	-	1.292	1.671	- 368

¹ Für die im Rahmen der Akquisition der Postbank am 3. Dezember 2010 erworbenen Positionen reflektiert der ursprüngliche Bilanzwert die zum beizulegenden Zeitwert zu bewertenden Positionen zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung.

² Für die von der Griechenland-Umschuldung am 12. März 2012 betroffenen Positionen reflektiert der ursprüngliche Bilanzwert deren beizulegenden Zeitwert zum Zeitpunkt der Erstverbuchung.

³ Die gegenüber Griechenland im Gewinn nach Steuern berücksichtigten kumulierten Wertminderungsverluste reflektieren nach der Umschuldung von Griechenland am 12. März 2012 eingetretene Verluste. Die vor der Umschuldung von Griechenland im Gewinn nach Steuern berücksichtigten kumulierten Wertminderungsverluste beliefen sich unter Berücksichtigung der Effekte aus der Ausbuchung der zuvor gehaltenen Positionen und der erstmaligen Verbuchung der neuen Positionen auf 389 Mio €.

Konsumentenkreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt unser Konsumentenkreditengagement insgesamt, die sich mindestens 90 Tage in Zahlungsverzug befindlichen Konsumentenkredite sowie die Nettokreditkosten des Konzerns. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt.

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in %		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ¹	
	30.6.2012	31.12.2011	30.6.2012	31.12.2011	30.6.2012	31.12.2011
Konsumentencreditengagement						
Deutschland	136.821	135.069	0,88 %	0,95 %	0,31 %	0,49 %
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.000	19.805	1,35 %	1,88 %	1,18 %	1,55 %
Immobilienfinanzierungen	116.821	115.264	0,80 %	0,79 %	0,16 %	0,31 %
Konsumentencreditengagement außerhalb						
Deutschlands	40.157	39.672	4,15 %	3,93 %	0,61 %	0,61 %
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.814	13.878	7,98 %	7,22 %	1,44 %	1,31 %
Immobilienfinanzierungen	26.343	25.794	2,14 %	2,15 %	0,17 %	0,23 %
Konsumentencreditengagement insgesamt²	176.978	174.741	1,62 %	1,63 %	0,38 %	0,52 %

¹ Auflösungen von vor der Konsolidierung bei den konsolidierten Gesellschaften gebildeten Wertberichtigungen sind in den Quoten bis 31. Dezember 2011 nicht einbezogen, sondern werden im Zinsüberschuss vereinnahmt (eine detaillierte Darstellung findet sich im folgenden Abschnitt „Wertminderungsverluste und Risikovorsorge im Kreditgeschäft“). Unter Berücksichtigung solcher Beträge würde die Quote der Nettokreditkosten in Prozent des Gesamtengagements 0,42 % zum 31. Dezember 2011 betragen. In 2012 sind die Auflösungen bei den konsolidierten Gesellschaften in den Nettokreditkosten enthalten.

² Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,6 Mrd € zum 30. Juni 2012 und 3,4 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

Das Gesamtvolumen unseres Konsumentencreditengagements erhöhte sich zum 30. Juni 2012 um 2,2 Mrd € (1,3 %) gegenüber dem Jahresende 2011. In diesem Anstieg waren Nettoengagementerhöhungen der Postbank von 348 Mio €, hauptsächlich im Konsumentencreditgeschäft in Deutschland, enthalten. Der Anstieg unseres Konsumentencreditengagements ohne Postbank zum 30. Juni 2012 um 1,9 Mrd € (1,9 %) gegenüber dem Jahresende 2011 war hauptsächlich auf den Anstieg der Immobilienfinanzierungen in Deutschland um 1,5 Mrd € und in Polen um 407 Mio € zurückzuführen.

Insgesamt ist die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite nahezu unverändert geblieben. Der Rückgang der Quote in Deutschland im ersten Halbjahr 2012 ist im Wesentlichen auf den Verkauf von leistungsgestörten Krediten zurückzuführen. Der Anstieg der Quote in unserem Konsumentencreditengagement außerhalb Deutschlands ist auf eine Änderung der Abschreibungskriterien für einige Portfolios in 2009 zurückzuführen, wodurch der Zeitraum bis zur vollständigen Abschreibung für bestimmte Kriterien verlängert wird. Unter der Annahme einer unveränderten Kredit-Performance wird der Effekt unserer veränderten Abschreibungspraxis weiterhin zu einer Steigerung der Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite führen, bis das Portfolio circa fünf Jahre nach Änderung der Abschreibungskriterien wieder einen neuen stabilen Zustand erreicht haben wird.

Die Reduzierung der Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements ist hauptsächlich auf den vorgenannten Verkauf leistungsgestörter Kredite in Deutschland zurückzuführen, aber auch ohne diesen Verkauf wären die Nettokreditkosten gesunken.

Wertminderungsverluste und Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Wir betrachten einen Kredit als wertgemindert, wenn wir objektive Hinweise erkennen, dass eine Wertminderung eingetreten ist. Wir beurteilen zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu

einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

Im Rahmen von Akquisitionen haben wir auch Kredite erworben, für die zuvor eine einzeln ermittelte Wertberichtigung von den akquirierten Gesellschaften gebildet worden war. Diese Kredite haben wir zum beizulegenden Zeitwert in unsere Bilanz übernommen, der über die erwarteten Zahlungsströme bestimmt wurde und die Kreditqualität zum Zeitpunkt ihrer Konsolidierung reflektierte. Wertberichtigungen für Kreditausfälle, die für gekaufte Kredite vor deren Konsolidierung gebildet wurden, sind nicht in unseren Wertberichtigungsbestand konsolidiert worden. Vielmehr wurden diese Wertberichtigungen bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts, der die Bemessungsgrundlage der neu konsolidierten Kredite repräsentiert, berücksichtigt.

Solange sich unsere Erwartung für die Zahlungsströme dieser Kredite seit ihrer Akquisition nicht verschlechtert hat, beurteilen wir diese nicht als wertgeminderte Kredite. Spätere Verbesserungen in der Kreditqualität dieser Kredite werden als Wertaufholung in ihrem Buchwert reflektiert, wobei der korrespondierende Gewinn im Zinsüberschuss ausgewiesen wird. Wertberichtigungen für Kreditausfälle, die nach Konsolidierung für gekaufte Kredite gebildet wurden, sind dagegen in den Wertberichtigungen für Kreditausfälle und dem Wertberichtigungsbestand des Konzerns enthalten. Eine Verschlechterung der Kreditqualität der gekauften Kredite bei der gekauften Gesellschaft führt dazu, dass wir den Kredit auf Konzernebene insgesamt als wertgemindert betrachten, wobei jedoch die Wertberichtigung nur für die zusätzliche Verschlechterung der Kreditqualität gebildet wird. Verbesserungen in der Kreditqualität oder Abschreibungen von Krediten, für die eine Wertberichtigung für Kreditausfälle vor ihrer Konsolidierung gebildet wurde, kompensieren dagegen nicht die zuvor genannten Erhöhungen.

Die bei der Postbank verwendete Methodik zur Wertberichtigungsermittlung ähnelt unserer Vorgehensweise. Ausnahmen bestehen darin, dass die Postbank direkte Abschreibungen ohne vorherige Wertberichtigungsbildung vornimmt und dass die Wertberichtigungen im Hypothekengeschäft mit Privatkunden für Kredite, die 180 Tage oder länger überfällig sind, einzeln ermittelt werden. In unseren konsolidierten Ergebnissen, einschließlich Postbank, wurden die Auswirkungen der genannten Unterschiede für Berichtszwecke unseren Grundsätzen angeglichen.

Wertgeminderte Kredite

Die nachfolgenden beiden Tabellen zeigen unsere IFRS-wertgeminderten Kredite nach Regionen und Branchen.

in Mio €	30.6.2012			31.12.2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Deutschland	1.772	1.445	3.217	1.750	1.474	3.224
Westeuropa (ohne Deutschland)	3.107	1.985	5.092	2.910	1.675	4.585
Osteuropa	136	204	340	52	189	241
Nordamerika	938	3	941	999	75	1.074
Mittel- und Südamerika	18	–	18	40	0	40
Asien/Pazifik	192	2	194	267	3	270
Afrika	–	1	1	0	0	0
Sonstige	1	–	1	–	0	0
Insgesamt	6.164	3.640	9.804	6.018	3.416	9.434

in Mio €	30.6.2012			31.12.2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Banken und Versicherungen	130	-	130	91	0	91
Fondsmanagement	490	1	491	917	0	917
Verarbeitendes Gewerbe	591	180	771	616	162	778
Handel	290	163	453	324	138	462
Private Haushalte	531	2.718	3.249	394	2.616	3.010
Gewerbliche Immobilien	2.925	250	3.175	2.582	224	2.806
Öffentliche Haushalte	8	-	8	-	0	0
Sonstige	1.199	328	1.527	1.094	276	1.370
Insgesamt	6.164	3.640	9.804	6.018	3.416	9.434

Die Gesamtsumme unser wertgeminderten Kredite erhöhte sich während der ersten sechs Monate des Jahres 2012 um 370 Mio € (4 %) auf 9,8 Mrd € durch einen Bruttoanstieg von 962 Mio € und durch Währungseffekte von 35 Mio €, die teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 627 Mio € kompensiert wurden.

Unsere einzeln ermittelten wertgeminderten Kredite erhöhten sich um 146 Mio € (2 %) auf 6,2 Mrd € sowohl aufgrund eines Bruttoanstiegs in Höhe von 513 Mio € als auch durch Währungseffekte von 18 Mio €, die teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 385 Mio € ausgeglichen wurden. Der Gesamtanstieg war weitgehend auf die gemäß IAS 39 reklassifizierten Kredite zurückzuführen.

Unsere kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite beliefen sich auf 3,6 Mrd € und verzeichneten einen Anstieg um 224 Mio € (7 %) aufgrund eines Bruttoanstiegs von 449 Mio € und darüber hinaus durch Währungseffekte von 17 Mio €, die teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 242 Mio € kompensiert wurden.

Im ersten Halbjahr 2012 erhöhten sich die wertgeminderten Kredite der Postbank aus Konzernsicht um 147 Mio € auf 2,2 Mrd €. Dies spiegelt einen geringeren Anstieg der wertgeminderten Kredite als im vorangegangenen Berichtszeitraum wider, da der Bruttoanstieg der wertgeminderten Kredite teilweise durch Rückgänge aus einer verbesserten Kreditwürdigkeit von Krediten, die nach der Konsolidierung notleidend geworden sind, kompensiert wurde.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 1,8 Mrd € an gemäß IAS 39 reklassifizierten Krediten und Forderungen. Für diese Kredite verzeichneten wir einen Anstieg in Höhe von 288 Mio € durch einen Bruttoanstieg in Höhe von 332 Mio €, weitgehend aus dem Bereich gewerblicher Immobilien-Aktivitäten und 17 Mio € aufgrund von Währungseffekten, kompensiert teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 61 Mio €.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft besteht aus den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sowie den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	Jan. – Jun. 2012			Jan. – Jun. 2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.011	2.150	4.162	1.643	1.653	3.296
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	449	294	743	412	434	846
Nettoabschreibungen	- 365	- 135	- 500	- 350	- 195	- 545
Abschreibungen	- 385	- 242	- 627	- 366	- 273	- 639
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	20	107	127	16	78	94
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 32	2	- 30	- 71	- 35	- 106
Bestand am Periodenende	2.063	2.311	4.374	1.633	1.857	3.491

Die nachstehende Tabelle enthält die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, die Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen umfassen.

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	Jan. – Jun. 2012			Jan. – Jun. 2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	127	98	225	108	110	218
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 12	2	- 10	2	- 11	- 9
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen	-	1	1	- 1	- 6	- 7
Bestand am Periodenende	115	101	216	109	93	202

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 auf 733 Mio € gegenüber 837 Mio € in der ersten sechs Monaten des Vorjahres 2011. In PCAM belief sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf 451 Mio € gegenüber 671 Mio € verglichen mit der Vorjahresperiode.

Die Risikovorsorge der Postbank reduzierte sich um 156 Mio € auf 233 Mio € gegenüber 388 Mio € in der Vergleichsperiode 2011. Die Risikovorsorge der Postbank beinhaltetete in der Berichtsperiode keine Auflösungen für Wertberichtigungen für Kreditausfälle, welche vor der Konsolidierung gebildet wurden. Diese betragen 54 Mio € und wurden im Zinsüberschuss vereinnahmt. Unter Einbeziehung dieser als Zinsüberschüsse verbuchten Auflösungen ist die Risikovorsorge der Postbank über den Zeitraum stabil. Ohne Berücksichtigung der Postbank, belief sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Bereich PCAM auf 219 Mio €, eine Reduzierung um 64 Mio € verglichen mit der Vergleichsperiode des Vorjahres, und ist auf Portfolioverkäufe leistungsgestörter Kredite in Deutschland sowie eine stabile Performance des Deutschen Retail Portfolios zurückzuführen.

In CIB belief sich die Nettoszuführung auf 277 Mio € gegenüber 160 Mio € in der ersten Jahreshälfte 2011. Der Grund für den Anstieg in CIB waren höhere Neubildungen für Kunden in unterschiedlichen Regionen und Industriesegmenten. Der Anstieg beinhaltetete 154 Mio € für Aktiva, die in Übereinstimmung mit IAS 39 in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden, gegenüber 100 Mio € in den ersten sechs Monaten 2011, die überwiegend für Kunden im Immobilienbereich gebildet wurden.

Marktrisiko der Handelsportfolios (ohne Postbank)

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer eintägigen Haltedauer ohne den Value-at-Risk der Postbank, da dieser derzeit noch nicht in den Value-at-Risk des Deutsche Bank-Konzerns konsolidiert wird. Unser handelsbezogenes Marktrisiko außerhalb dieser Handelsbereiche ohne Berücksichtigung der Postbank ist unwesentlich. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem beliebigen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk einfach die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen addieren, so müsste davon ausgegangen werden, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

Value-at-Risk der Handelsbereiche ohne Postbank in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Durchschnitt ¹	55,7	71,8	-60,0	-66,3	56,1	70,8	14,4	20,5	26,7	32,5	18,6	14,2
Maximum ¹	76,2	94,3	-84,8	-88,6	70,3	109,0	24,2	37,6	43,4	64,9	24,8	24,3
Minimum ¹	43,0	44,9	-41,8	-41,9	46,8	45,6	11,0	12,7	13,8	14,3	9,1	7,0
Periodenende ²	54,6	50,0	-84,8	-64,1	57,1	53,8	15,2	13,6	43,4	25,7	23,7	21,0

¹ Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte in den ersten sechs Monaten 2012 beziehungsweise im Gesamtjahr 2011 bewegten.

² Angaben für 2012 zum 30. Juni 2012 und Angaben für 2011 zum 31. Dezember 2011.

Der durchschnittliche Value-at-Risk innerhalb des ersten Halbjahres 2012 betrug 55,7 Mio € und war geringfügig höher als im ersten Quartal 2012, jedoch deutlich verringert gegenüber dem Durchschnitt von 71,8 Mio € über das Jahr 2011 aufgrund verminderter Risikonahmen innerhalb des ersten Halbjahres 2012. Im Vergleich zum Jahresende 2011 erhöhte sich der Value-at-Risk zum Quartalsende um 4,6 Mio € auf 54,6 Mio € aufgrund höherer Risikoniveaus in allen Aktivaklassen, insbesondere Fremdwährungen, die größtenteils von höheren Diversifikationseffekten kompensiert wurden.

In den ersten sechs Monaten 2012 erzielten unsere Handelsbereiche an 95 % der Handelstage einen positiven Ertrag gegenüber 88 % im Kalenderjahr 2011.

Neue aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko gemäß „Basel 2.5“

Die folgende Tabelle zeigt den Krisen-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank.

Krisen Value-at-Risk der Handelsbereiche ohne Postbank in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Durchschnitt ¹	115,9	124,4	-103,5	-109,4	131,3	130,8	18,7	22,5	37,9	51,3	31,4	29,2
Maximum ¹	148,5	169,5	-151,7	-152,3	178,9	163,5	37,4	64,7	68,0	105,4	44,6	35,8
Minimum ¹	90,4	103,8	-74,9	-77,8	110,2	106,2	10,4	15,2	19,7	23,0	11,1	19,6
Periodenende ²	109,3	111,7	-151,7	-114,5	136,3	117,3	18,7	23,0	68,0	51,8	38,0	34,2

¹ Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte in den ersten sechs Monaten 2012 beziehungsweise in den letzten drei Monaten 2011 bewegten.

² Angaben für 2012 zum 30. Juni 2012 und Angaben für 2011 zum 31. Dezember 2011.

Die folgende Tabelle zeigt den inkrementellen Risikoaufschlag (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche ohne Postbank in Mio €	Insgesamt		Global Finance and Foreign Exchange		Global Rates		Global Credit Trading		Emerging Markets - Debt		Sonstige	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Durchschnitt ¹	742,3	758,0	105,8	48,0	347,3	318,6	133,0	302,7	150,4	90,0	5,8	-1,3
Maximum ¹	853,4	846,3	196,9	83,8	487,1	358,4	231,3	423,3	212,3	140,9	13,7	2,2
Minimum ¹	680,0	697,1	52,9	6,5	266,5	284,7	77,9	221,9	60,6	23,9	0,3	-5,5
Periodenende ²	715,4	738,0	52,9	83,8	366,6	292,7	97,2	222,0	193,9	140,9	4,8	-1,4

¹ Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte in den ersten sechs Monaten 2012 beziehungsweise in den letzten drei Monaten 2011 bewegten.
² Angaben für 2012 zum 30. Juni 2012 und Angaben für 2011 zum 31. Dezember 2011.

Die folgende Tabelle zeigt den umfassenden Risikoansatz (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank.

in Mio €	2012	2011
Durchschnitt ¹	760,7	937,9
Maximum ¹	884,2	1.007,5
Minimum ¹	647,0	848,3
Periodenende ²	822,2	855,7

¹ Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte in den ersten sechs Monaten 2012 beziehungsweise in den letzten drei Monaten 2011 bewegten.
² Angaben für 2012 zum 30. Juni 2012 und Angaben für 2011 zum 31. Dezember 2011.

Zum 30. Juni 2012 führten Verbriefungspositionen und nth-to-default-Kreditderivate, die dem spezifischen Marktrisikostandardansatz zugeordnet sind, zu risikogewichteten Aktiva in Höhe von 6,4 Mrd € sowie zu Kapitalabzugspositionen in Höhe von 2,0 Mrd €. Diese betragen 5,0 Mrd € beziehungsweise 2,2 Mrd € zum 31. Dezember 2011.

Die Kapitalabzugsposition für das Langlebigkeitsrisiko betrug 14,0 Mio € zum 30. Juni 2012 und die entsprechenden risikogewichteten Aktiva betragen 174 Mio €. Zum 31. Dezember 2011 beliefen sich diese Werte auf 32,1 Mio € beziehungsweise 401 Mio €.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

Die nachfolgende Tabelle stellt den separat berechneten Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer eintägigen Haltedauer dar.

Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisisiko	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Durchschnitt ¹	4,6	3,2	-0,2	-0,2	4,6	3,2	0,1	0,1	0,1	0,1	-	-
Maximum ¹	5,9	8,2	-0,0	-0,0	6,0	8,1	0,2	0,4	0,7	0,5	-	-
Minimum ¹	3,3	1,1	-0,8	-0,8	3,3	1,1	-	0,0	0,0	0,0	-	-
Periodenende ²	4,0	3,9	-0,4	-0,0	4,1	3,9	0,2	-	0,1	0,0	-	-

¹ Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte in den ersten sechs Monaten 2012 beziehungsweise im Gesamtjahr 2011 bewegten.
² Angaben für 2012 zum 30. Juni 2012 und Angaben für 2011 zum 31. Dezember 2011.

Liquiditätsrisiko

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen, zum 30. Juni 2012 und zum 31. Dezember 2011. Sie sind jeweils in Milliarden Euro sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt dargestellt.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2012		31.12.2011	
Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital	214	18 %	213	19 %
Privatkunden	283	24 %	279	24 %
Transaction Banking	175	15 %	173	15 %
Sonstige Kunden ¹	116	10 %	110	10 %
Diskretionäre Wholesalerefinanzierung	122	10 %	133	12 %
Besicherte Refinanzierung und Shortpositionen	240	21 %	202	18 %
Finanzierungsvehikel ²	25	2 %	23	2 %
Externe Finanzierungsquellen insgesamt	1.175	100 %	1.133	100 %

¹ Sonstige Kunden enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Zum Abgleich zur Bilanzsumme sind zu berücksichtigen: Derivate- und Abwicklungssalden 935 Mrd € (899 Mrd €), Nettingeffekte für Margin & Prime Brokerage Barsalden (auf Nettobasis) 74 Mrd € (73 Mrd €) und sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 57 Mrd € (59 Mrd €), jeweils zum 30. Juni 2012 und zum 31. Dezember 2011.

Der Anstieg der besicherten Refinanzierung und Shortpositionen um 38 Mrd € während der ersten sechs Monate in 2012 spiegelt ein erhöhtes Geschäftsvolumen im Vergleich zu dem eher niedrigen Jahresendniveau wider. Der Anstieg in Sonstige Kunden um 6 Mrd € während des ersten Halbjahres 2012 resultierte unter anderem aus höheren Netto-Cash-Margen, die die Bank erhalten hat. Das niedrigere Volumen an diskretionärer Wholesalerefinanzierung am Ende des zweiten Quartals 2012 (verringert um 11 Mrd €) geht einher mit einer niedrigeren Barreserve, die die Bank über das Quartalsende gehalten hat.

Regelmäßige Stresstestanalysen stellen sicher, dass wir zu jeder Zeit ausreichende Barreserven und liquide Aktiva zur Verfügung haben, um eine potenzielle Finanzierungslücke schließen zu können, die in einem kombinierten idiosynkratischen und marktbezogenen Stressszenario auftreten kann. Zu diesem Zweck hält die Bank Liquiditätsreserven vor, die die verfügbaren Barsalden und deren Äquivalente, hochliquide Wertpapiere sowie andere unbelastete zentralbankfähige Aktiva umfassen. Zum 30. Juni 2012 überstiegen die Liquiditätsreserven der Bank 200 Mrd €. Das Volumen der Liquiditätsreserven ist eine Funktion der erwarteten Stressergebnisse. Diese Reserven werden verteilt über die Hauptwährungen und Lokationen gehalten.

In 2012 haben wir einen moderaten Refinanzierungsbedarf von 15 Mrd €. Per 30. Juni 2012 haben wir bereits etwa 10,5 Mrd € emittiert, die die Emission von 1,1 Mrd € in Pfandbriefen beinhalten. Der durchschnittliche Emissionsaufschlag während der ersten sechs Monate des Jahres über dem relevanten variablen Index (zum Beispiel Libor) betrug 80 Basispunkte bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 4,7 Jahren. Hinsichtlich unserer Möglichkeiten, Mittel über die privaten Refinanzierungsmärkte durch eine Vielzahl von Kanälen darstellen zu können, sind wir weiterhin zuversichtlich und verhindern somit die Abhängigkeit von einem einzelnen Marktsegment.

Kapitalmanagement

Die ordentliche Hauptversammlung 2011 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 92,9 Millionen Aktien bis Ende November 2015 zurückzukaufen. Davon können 46,5 Millionen über den Einsatz von Derivaten erworben werden.

Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2011 (26. Mai 2011) bis zur Hauptversammlung 2012 (31. Mai 2012) wurden insgesamt 42,3 Millionen Aktien zurückgekauft, keine davon über den Einsatz von Derivaten. 38,9 Millionen Aktien der gekauften Aktien wurden zu Aktienvergütungszwecken und 3,4 Millionen Ak-

tien zur Erhöhung unseres Treasury-Bestands für zukünftige aktienbasierte Vergütungspläne verwendet. 14,9 Millionen Aktien wurden im Zeitraum vom 1. Januar 2012 bis 31. Mai 2012 gekauft, keine davon über den Einsatz von Derivaten. Im ersten Halbjahr 2012 wurden zusätzlich 13,9 Millionen physisch abzuwickelnde Kaufoptionen gekauft, um bestehende Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung abzusichern. Diese Kaufoptionen wurden unter der oben genannten Ermächtigung der Hauptversammlung gekauft und haben eine verbleibende Laufzeit von mehr als 18 Monaten. Zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2012 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien in Treasury 10,9 Millionen.

Die ordentliche Hauptversammlung 2012 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 92,9 Millionen Aktien bis Ende November 2016 zurückzukaufen. Davon können 46,5 Millionen über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Ermächtigungen der ordentlichen Hauptversammlung 2011. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2012 bis zum 30. Juni 2012 haben wir 0,6 Millionen Aktien zurückgekauft, davon keine über den Einsatz von Derivaten. Zum 30. Juni 2012 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien in Treasury 11,5 Millionen.

Die ordentliche Hauptversammlung 2012 erteilte dem Vorstand weiterhin die Ermächtigung zur Schaffung von bedingtem Kapital durch Ausgabe von bis zu 90,0 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber von Options- beziehungsweise Wandelgenussscheinen sowie Options- und Wandelschuldverschreibungen, die bis zum 30. April 2017 begeben werden.

Das insgesamt ausstehende hybride Tier-1-Kapital (im Wesentlichen nicht kumulative Vorzugsanteile, „Noncumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 30. Juni 2012 auf 12,8 Mrd €, verglichen mit 12,7 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf Währungskurseffekte auf unser in US-Dollar begebenes hybrides Tier-1-Kapital zurückzuführen. In den ersten sechs Monaten 2012 haben wir hybrides Tier-1-Kapital weder begeben noch zurückgekauft.

In den ersten sechs Monaten 2012 haben wir kein nachrangiges Tier-2-Kapital (anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten) begeben. Wir haben Marktopportunitäten für selektive Rückkäufe von nachrangigem Tier-2-Kapital genutzt. Die anrechenbaren nachrangigen Verbindlichkeiten beliefen sich am 30. Juni 2012 auf 8,3 Mrd €, verglichen mit 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Das Genussscheinkapital betrug zum 30. Juni 2012 insgesamt 1,1 Mrd €, die kumulativen Vorzugsanteile betragen zum gleichen Zeitpunkt 292 Mio €.

Seit dem ersten Quartal 2012 nutzen wir eine veränderte Methode zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente sowie auf Consolidation & Adjustments. Der anzurechnende Gesamtbetrag wird weiterhin nach dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf bestimmt. Jetzt leiten wir den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital aus einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9 % ab, was die erhöhten regulatorischen Kapitalanforderungen widerspiegelt (zuvor errechnete sich der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital aus einer Tier-1-Kapitalquote von 10 %). Dadurch erhöhte sich der Kapitalbetrag, der auf die Segmente allokiert wird.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf konsolidierter Gruppenebene (exklusive Postbank) und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen auf lokaler Basis. Bei der Allokation von Finanzressourcen steht die Unterstützung profitabler Geschäftsbereiche, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen, im Vordergrund. Unsere Bilanzmanagementfunktion hat das Mandat zur Überwachung und Analyse von Bilanzentwicklungen sowie zur Beobachtung bestimmter vom Markt wahrgenommener Bilanzkennzahlen. Auf dieser Basis initiieren wir Diskussionen und Managemententscheidungen

des Capital and Risk Committee. Wir beobachten die Entwicklungen der Bilanz nach IFRS, fokussieren unser Bilanzmanagement jedoch in erster Linie auf angepasste Werte, auf deren Grundlage die Relation der angepassten Bilanzsumme zum angepassten Eigenkapital (Leverage Ratio) gemäß Zielgrößendefinition bestimmt wird.

Die Postbank betreibt ebenfalls ein auf die Geschäftsstrategie ausgerichtetes wertorientiertes Finanzmanagement, welches das Bilanzmanagement umfasst.

Leverage Ratio (Zielgrößendefinition)

Wir berechnen unsere Leverage Ratio als Finanzkennzahl außerhalb der Rechnungslegungsstandards aus der Division der Bilanzsumme durch das Eigenkapital. Wir veröffentlichen eine bereinigte Leverage Ratio, die auf der Grundlage einer Zielgrößendefinition errechnet wird und für die folgende Anpassungen der Bilanzsumme und des Eigenkapitals gemäß IFRS durchgeführt werden:

- Die Bilanzsumme gemäß IFRS wird unter Anwendung von zusätzlichen Nettingregeln zur Ermittlung der bereinigten Bilanzsumme angepasst. Gemäß den Aufrechnungsbestimmungen nach IFRS wird eine Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen vorgenommen, wenn die Gesellschaft (1) eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzen kann und (2) beabsichtigt, entweder die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder den Vermögenswert zu verwerten und gleichzeitig die Verbindlichkeit abzulösen. IFRS konzentriert sich insbesondere auf die Absicht, eine Abwicklung auf Nettobasis im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vorzunehmen, unabhängig von Rechten auf Ausgleich im Fall eines Ausfalls. Da für die meisten derivativen Finanzinstrumente innerhalb von Master Netting Agreements im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit die Abwicklung nicht auf Nettobasis erfolgt, ist unter IFRS ein Bruttoausweis vorzunehmen. Für Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft oder mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden, erfolgt ebenfalls ein Bruttoausweis, da sie im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nicht auf Nettobasis abgewickelt werden, auch wenn diese von bestehenden Master Netting Agreements abgedeckt werden. Es entspricht der amerikanischen Branchenpraxis, eine Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften vorzunehmen. Dies ist nach IFRS nicht gestattet. Wir führen die oben beschriebenen Bereinigungen bei der Berechnung der Zielgrößendefinition für die Leverage Ratio durch.
- Das Eigenkapital gemäß IFRS wird so angepasst, dass pro forma Gewinne und Verluste aus unseren zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten (nach Steuern; Schätzung aufgrund der Annahme, dass im Wesentlichen alle unsere eigenen Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden) berücksichtigt werden, um das bereinigte Eigenkapital zu erhalten. Diese Berechnung beruht auf einem Durchschnittssteuersatz von 35 %.

Wir wenden diese Bereinigungen für die Berechnung der Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition zur Erhöhung der Vergleichbarkeit mit Mitbewerbern an. Die Zielgrößendefinition für die Leverage Ratio wird im Konzern durchgängig zur Steuerung der Geschäftsbereiche eingesetzt. Es wird dennoch Unterschiede in der Ermittlungsweise der Leverage Ratio zwischen uns und Mitbewerbern geben. Daher sollte unsere bereinigte Leverage Ratio nicht mit der Leverage Ratio anderer Unternehmen verglichen werden, ohne die Unterschiede in der Berechnungsweise zu beachten. Die aus unserer Zielgrößendefinition ermittelte interne Leverage Ratio dürfte weder gegenwärtigen oder zukünftigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Leverage Ratio entsprechen noch zwangsläufig Rückschlüsse auf diese zulassen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die zur Berechnung der Leverage Ratio des Konzerns gemäß Zielgrößendefinition vorgenommenen Anpassungen.

Bilanzsumme und Eigenkapital in Mrd €	30.6.2012	31.12.2011
Bilanzsumme (IFRS)	2.241	2.164
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Derivate	- 782	- 782
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Wertpapierkassageschäfte	- 153	- 105
Anpassung wegen zusätzlichem Netting für Wertpapierpensionsgeschäfte	- 10	- 10
Bilanzsumme (bereinigt)	1.296	1.267
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (IFRS)	56,4	54,7
Bereinigung um pro forma Gewinne/Verluste (-) aus der Bewertung sämtlicher eigener Verbindlichkeiten des Konzerns zum beizulegenden Zeitwert (nach Steuern) ¹	3,8	4,5
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (bereinigt)	60,2	59,2
Leverage Ratio basierend auf dem Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		
Gemäß IFRS	40	40
Gemäß Zielgrößendefinition	22	21

¹ Der geschätzte kumulative Steuereffekt bezüglich der pro forma Gewinne/Verluste aus diesen zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten belief sich zum 30. Juni 2012 auf minus 2,1 Mrd € und zum 31. Dezember 2011 auf minus 2,4 Mrd €.

Per 30. Juni 2012 ist unsere Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition auf konsolidierter Basis mit 22 nahezu unverändert gegenüber dem Stand zum 31. Dezember 2011 geblieben, und liegt damit deutlich unter unserer Zielgröße von 25. Unsere Leverage Ratio berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 40 zum 30. Juni 2012, und lag damit auf gleichem Niveau wie zum Jahresende 2011.

Gesamtrisikoposition

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches wir durch einfache Addition hinzuzählen.

Ökonomischer Kapitalbedarf nach Risikoklasse in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Kreditrisiko	13.098	12.812
Marktrisiko	11.756	12.003
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.613	4.724
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	7.143	7.278
Operationelles Risiko	5.093	4.846
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	- 4.459	- 4.264
Ökonomischer Kapitalbedarf für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken	25.488	25.397
Geschäftsrisiko	845	980
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	26.333	26.377

Zum 30. Juni 2012 betrug unser Ökonomischer Kapitalbedarf 26,3 Mrd €, was leicht unter dem Ökonomischen Kapitalbedarf von 26,4 Mrd € zum 31. Dezember 2011 war. Der fast unveränderte Ökonomische Kapitalbedarf spiegelte die sich zwischen den Risikoklassen kompensierenden Veränderungen von Ökonomischen Kapitalanforderungen wider. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Kreditrisiko um 286 Mio € während der ersten sechs Monate 2012 resultierte hauptsächlich aus den Effekten regulärer Parameter- und Methodenadjustierungen. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Marktrisikopositionen reduzierte sich um 247 Mio €. Die Reduzierung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Nichthandelsbuchpositionen um 135 Mio €

war vorwiegend auf Parameteranpassungen zurückzuführen. Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Handelsbuchpositionen um 111 Mio € spiegelte hauptsächlich Positionsreduzierungen wider. Der Ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken erhöhte sich auf 5,1 Mrd € zum 30. Juni 2012 im Vergleich zu 4,8 Mrd € zum 31. Dezember 2011. Ein Treiber der Erhöhung ist eine Modellverfeinerung im zweiten Quartal 2012.

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2012	31.12.2011
Kapitalangebot		
Adjustiertes Active Book Equity ¹	55.586	52.818
Aktive latente Steuern	-8.042	-8.737
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts ²	-2.839	-3.323
Dividendenabgrenzungen	349	697
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ³	-	694
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	12.785	12.734
Tier-2-Kapitalinstrumente ⁴	11.660	12.044
Kapitalangebot	69.499	66.927
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	26.333	26.377
Immaterielle Vermögensgegenstände	16.265	15.802
Kapitalanforderung	42.598	42.179
Interne Kapitaladäquanzquote	163 %	159 %

¹ Active Book Equity adjustiert für unrealisierte Gewinne/Verluste auf zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, ohne anwendbare Steuern sowie Erträge auf den beizulegenden Zeitwert resultierend aus eigenen Krediteffekten für eigene Verbindlichkeiten.

² Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt.

³ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

⁴ Tier-2-Kapitalinstrumente ohne teilweise vom Tier-2-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten, unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet) und verschiedenen Abzugsbeträgen, die nur bei aufsichtsrechtlicher Kapitalbetrachtung anzuwenden sind.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 163 % zum 30. Juni 2012 im Vergleich mit 159 % zum 31. Dezember 2011, da sich der Anstieg des Kapitalangebots aufgrund eines höheren adjustierten Active Book Equity und reduzierter Abzugspositionen positiv auf die Quote ausgewirkt hat. Der Anstieg des adjustierten Active Book Equity um 2,8 Mrd € spiegelte hauptsächlich den Anstieg des Halbjahresgewinns und Anpassungen aus der Währungsumrechnung wider. Der Rückgang der Anteile ohne beherrschenden Einfluss um 694 Mio € im ersten Halbjahr 2012 war auf die Erhöhung des Aktienanteils an der Postbank sowie Effekte aus dem zuvor genannten Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Postbank zurückzuführen.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht des Finanzberichts für das Jahr 2011 gelesen werden, der unsere Erwartungen für 2012 und 2013 darlegt.

Wir erwarten, dass sich das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamt. Dazu tragen eine erneute Verschärfung der europäischen Staatsschuldenkrise, wachsende Unsicherheiten darüber, wie die USA mit einer automatischen Rücknahme von Steuervergünstigungen und Kürzungen der Staatsausgaben umgehen und wie sie den längerfristigen fiskalischen Herausforderungen begegnen, sowie eine konjunkturelle Eintrübung in den Schwellenländern bei. Für das Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2012 haben wir unsere Prognose im Vergleich zum ersten Quartal 2012 von 3,5 % auf 3,2 % gesenkt. Unsere Wachstumserwartung für die Eurozone und die USA haben wir etwas stärker zurückgenommen. Im Jahr 2012 dürfte die Wirtschaftsleistung der Eurozone wahrscheinlich um 0,5 % schrumpfen und die der USA um nur 2,3 % expandieren. In unserer vorherigen Prognose waren wir noch von einem Rückgang von 0,2 % für die Eurozone und einem Wachstum von 2,7 % für die USA ausgegangen. Für Deutschland haben wir unsere Prognose für das Gesamtjahr 2012 von 0,5 % auf 0,8 % leicht erhöht, die das im ersten Quartal 2012 relativ kräftige Wachstum von 0,5 % gegenüber dem Vorquartal reflektiert. Die deutlichste Anpassung haben wir für die Schwellenländer Asiens vorgenommen, welche wahrscheinlich nur noch mit 6,5 % expandieren dürften. Diese Prognose liegt 0,6 % unterhalb der Vorquartalseinschätzung. Für Japan haben wir angesichts temporärer Effekte infolge der Wiederaufbauprogramme unsere Prognose für 2012 um 0,3 % auf 3,1 % erhöht.

Aufgrund der Abschwächung der Weltkonjunktur ist der Ölpreis im Vergleich zum ersten Quartal deutlich gesunken und wir haben unsere Inflationsprognose für das laufende Jahr von 3,6 % auf 3,4 % gesenkt. Die erwartete Inflationsrate liegt damit deutlich unter den 4,5 % in 2011. In Deutschland dürfte die Inflationsrate wahrscheinlich bei 1,8 % im Jahr 2012 liegen, gegenüber 2,3 % im Vorjahr.

Für das Jahr 2013 erwarten wir eine leichte Erhöhung des globalen Wirtschaftswachstums auf 3,5 %, zu der auch der zuletzt gesunkene Ölpreis beitragen dürfte. Diese Wachstumsrate bleibt jedoch deutlich unter ihrem längerfristigen Trend von 4 % zurück und liegt mit 0,4 % unter unserer vorherigen Prognose. Die europäische Staatsschuldenkrise und Unsicherheiten über den Umgang mit fiskalischen Herausforderungen in den USA dürften weiter für Unsicherheit sorgen. Dies dürfte aufgrund enger finanzwirtschaftlicher und realer Verflechtungen negative Auswirkungen auf die Schwellen- und Entwicklungsländer haben. Ein Risiko für die Weltwirtschaft besteht nach wie vor in der angespannten Lage im Nahen Osten, da insbesondere die Reaktion des Irans auf das seit dem 1. Juli 2012 bestehende Ölembargo und auf weitere Sanktionen durch die Europäische Union und durch die USA schwer einschätzbar ist.

Die Bankenbranche

Für den Geschäftsverlauf in der Bankenbranche werden im weiteren Jahresverlauf vor allem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und mögliche Fortschritte bei der Bewältigung der europäischen Schuldenkrise entscheidend sein. In den USA könnte es zunehmend schwierig werden, die Profitabilität weiter zu steigern, da das Wachstum der Erträge moderat bleiben dürfte und sich die Risikovorsorge für mögliche Kreditausfälle bereits auf einem niedrigen Niveau befindet. In Europa wird voraussichtlich viel von einer Stabilisierung der Konjunktur gegen Jahresende abhängen. Diese könnte einen Rückgang des Kreditvolumens verhindern und Risikoaufschläge an den Finanzmärkten begrenzen. Gleichzeitig bleiben in vielen Ländern des Euroraums erhebliche Risiken bestehen. Die Banken selbst dürften sich unter anderem um eine weitere Erhöhung der Kapitalquoten bemühen und angesichts einer anhaltend schwierigen Ertragslage ihre Anstrengungen zur Kostenreduktion verstärken.

Daneben stehen den Banken in den nächsten Monaten weitere entscheidende Änderungen der regulatorischen Anforderungen bevor. In diesem Zusammenhang ist das Inkrafttreten des neuen Eigenkapital- und Liquiditätsstandards Basel 3, das für 2013 geplant ist, von größerer Bedeutung. Welche genauen Ergebnisse die anhaltenden Debatten über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in einigen EU-Ländern und über möglicherweise weitreichende Strukturveränderungen im Bankensystem bringen werden, ist zurzeit noch weitgehend unklar. Außerdem zeichnen sich zusätzliche Belastungen der Branche aus Rechtsstreitigkeiten ab, die zum Teil aus der Aufarbeitung von Geschäftspraktiken in den Jahren vor und während der Finanzkrise resultieren und die Wahrnehmung des Bankensektors in Politik und Öffentlichkeit beeinträchtigen.

Der Deutsche Bank-Konzern

Die gesamtwirtschaftlichen Unsicherheiten, insbesondere bezüglich der europäischen Staatsschuldenkrise und der Erholung in den USA, sowie Rechtsrisiken beeinflussen auch die Deutsche Bank. Das derzeitige wirtschaftliche Umfeld führt sowohl im Investmentbanking als auch in Teilen unseres Privatkundengeschäfts zu einer anhaltend niedrigen Kundenaktivität. Für die zweite Jahreshälfte erwarten wir, dass sich dieser Trend weiter fortsetzen wird. Angesichts dieses wirtschaftlichen Umfelds wollen wir unsere risikoarme Ausrichtung fortführen und die Kosten senken, während wir uns weiter darauf konzentrieren, unsere Kunden bestmöglich zu betreuen.

Wir bekennen uns zum Universalbankenmodell und zu unseren vier geschäftlichen Segmenten. In Asset and Wealth Management (AWM) werden wir einen starken Fokus auf die weitere Integration der Geschäftsbereiche Asset Management und Private Wealth Managements legen.

Im Juni 2012 haben wir einen Prozess zur Überprüfung unserer Strategie gestartet. Detaillierte Ergebnisse werden wir dazu im September zur Verfügung stellen. Als Zwischenergebnis dieses fortlaufenden Prozesses haben wir Kosteneinsparungen in Höhe von etwa 3 Mrd €, bezogen auf die dem ersten Halbjahr 2012 zugrunde liegende Basis unserer zinsunabhängigen Aufwendungen, identifiziert. Diese Einsparungen berücksichtigen keine Investitionen zur Unterstützung des künftigen geschäftlichen Wachstums und ihre Umsetzung wird zunächst signifikante Aufwendungen verursachen. Um die Einsparungen zu erzielen, werden wir unser Geschäfts- und Ertragsmodell anpassen sowie geschäftliche Aktivitäten in einigen Regionen und Ländern reduzieren. Des Weiteren werden wir ein Programm zur Erreichung einer im Wettbewerbsvergleich führenden operativen Effizienz umsetzen, das von Flexibilität, Qualität und robusten Kontrollen geprägt ist. Zudem beinhaltet dies die vollständige Umsetzung der bereits veröffentlichten Aktivitäten zur Integration der Postbank, die etwa 500 Mio € zu den genannten Einsparungen von 3 Mrd € beitragen werden. Im Rahmen der kontinuierlichen Überprüfung unserer Geschäftsplattform im Hinblick auf das wirtschaftliche Umfeld werden wir als sofortige Maßnahme die Anzahl unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 1.900 reduzieren, davon 1.500 in CB&S sowie in den zugehörigen Infrastrukturbereichen. Diese Reduzierung betrifft im Wesentlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außerhalb Deutschlands. Diese Maßnahmen dürften etwa 350 Mio € zu dem Gesamtziel von 3 Mrd € beitragen.

Wir bekräftigen unser Ziel, unser Kapital so zu managen, dass alle regulatorischen Schwellenwerte sogar in Stressszenarien komfortabel erfüllt werden. Die Stärkung der Tier-1-Kernkapitalquote wird weiterhin eine Priorität unseres Managements bleiben. Zum Beginn des Jahres 2013 erwarten wir eine Tier-1-Kernkapitalquote von etwa 9 % unter Anwendung der Übergangsregeln nach Basel 3, was einer Quote von 7,2 % nach vollständiger Anwendung der Basel-3-Vorschriften entspricht. Zum Ende des ersten Quartals 2013 streben wir eine Tier-1-Kernkapitalquote nach Basel 3 von etwa 10 % unter Anwendung der Übergangsregeln an, was mindestens einer Quote von 8 % nach vollständiger Anwendung der Basel-3-Vorschriften entspricht. Zusätzliche Maßnahmen zur Risikoreduzierung und zum organischen Wachstum des Kapitals, einschließlich des Abbaus von Rechtsrisiken und verstärkten Maßnahmen zur Reduzierung bestimmter Vermögenswerte mit unterdurchschnittlicher Performance, werden dies unterstützen.

Die Segmente

Für Corporate Banking & Securities (CB&S) dürfte das Umfeld im Investment Banking im zweiten Halbjahr 2012 weiterhin von anhaltender Unsicherheit bezüglich der europäischen Staatsschuldenkrise, einer möglichen Abschwächung des Wachstums in den Schwellenländern und einer potenziell nicht nachhaltigen Erholung in den USA negativ beeinflusst werden. Wir erwarten, dass diese Unsicherheit die Geschäftsaktivitäten und die Umsätze des Bereichs Sales & Trading beeinträchtigen wird und sich bis zum Jahr 2013 fortsetzen könnte. Insbesondere das kundenbezogene Geschäft mit Geldmarkt-, Zins- sowie Kreditprodukten und das Aktienkassageschäft dürften dadurch belastet werden. Das Corporate-Finance-Geschäft dürfte ebenfalls weiterhin von unsicheren Marktbedingungen beeinträchtigt werden. Bei den Aktienemissionen erwarten wir trotz solider Pipeline eine verhaltene Entwicklung, solange die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit weiterhin anhält. Während die Geschäftsbedingungen für Fusionen und Übernahmen aufgrund von niedrigen Bewertungen sowie hohen Liquiditätsbeständen grundsätzlich günstig sind, dürften sich die Unternehmen bei dem Eingehen von neuen Transaktionen angesichts derzeitiger wirtschaftlicher Unsicherheiten zurückhalten.

Im Bereich Global Transaction Banking dürfte das niedrige Zinsniveau kurz- und mittelfristig die Zinserträge beeinflussen und das derzeit schwierige Marktumfeld könnte die Erträge belasten. Anhaltend hohe Volumina der Handelsfinanzierungen und des Zahlungsverkehrs sollten diese Faktoren jedoch teilweise kompensieren können.

Im Bereich Asset and Wealth Management (AWM) sollte das Asset Management im Wesentlichen durch die Integration, eine Neuausrichtung der Geschäftsplattform, angestrebte Kosteneffizienz und die Entwicklung der Aktienmärkte beeinflusst sein. Im ersten Quartal erholten sich Aktienmärkte und zeigten Anzeichen einer Stabilisierung. Im zweiten Quartal zeichnete sich hingegen aufgrund erneuter wirtschaftlicher Unsicherheiten ein Abwärtstrend der Aktienmärkte ab. Die Verabschiedung und Umsetzung einer Vielzahl neuer regulatorischer Reformen tragen insbesondere aufgrund noch nicht einschätzbarer Auswirkungen zur Unsicherheit bei. Wir haben am 20. Juni 2012 mitgeteilt, dass wir die exklusiven Verhandlungen mit Guggenheim Partners über die mögliche Veräußerung unseres Asset Managements für alternative Anlagen (RREEF) ohne Einigung über einen Verkauf beendet haben. Die strategische Überprüfung des globalen Asset Management, welche im November 2011 angekündigt wurde, ist damit abgeschlossen. In Private Wealth Management (PWM) erwarten wir aufgrund eines anhaltend schwierigen Marktumfelds weiterhin eine angespannte Margensituation. Mit der guten Marktposition von PWM, der traditionell hohen Kundenbindung und dem umfassenden Produktportfolio verbleibt der Geschäftsausblick dennoch positiv.

Der Erfolg von Private & Business Clients (PBC) basiert auf einem stabilen Geschäftsmodell: Mit einer Kombination aus Advisory Banking und Consumer Banking hat PBC eine führende Stellung im Heimatmarkt Deutschland, die durch eine starke Positionierung in anderen wichtigen europäischen Märkten sowie Wachstumsinvestitionen in asiatischen Kernmärkten ergänzt wird. Die höhere Anteilsquote an der Postbank sowie der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag dürften das Erzielen von Synergien im Jahr 2012 und besonders im Jahr 2013 unterstützen. Für die Länder, in denen der Geschäftsbereich Private & Business Clients tätig ist, ist der wirtschaftliche Ausblick für 2012 und 2013 unterschiedlich. Während das BIP-Wachstum im Heimatmarkt Deutschland leicht positiv sein dürfte, könnte das Wirtschaftswachstum in den meisten europäischen Ländern, in denen PBC vertreten ist, gering oder leicht negativ ausfallen. Das Wirtschaftswachstum in Asien verlangsamt sich. PBC wird weiterhin Unsicherheiten in seinem Geschäftsumfeld ausgesetzt sein, da ein deutlicher Rückgang des Wirtschaftswachstums und eine infolgedessen höhere Arbeitslosenquote zu einer steigenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft und einem geringeren Geschäftswachstum führen könnten. Insbesondere die Entwicklung bei Anlageprodukten und ihren Erträgen ist von der weiteren Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise abhängig. Darüber hinaus könnten anhaltend niedrige Zinsen die Erträge in PBC beeinträchtigen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Konzernzwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernzwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 31. Juli 2012



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Stephan Leithner



Stuart Lewis



Rainer Neske



Henry Ritchotte

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2012, die Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden sind, sowie des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frankfurt am Main, den 31. Juli 2012

Dielehner
Wirtschaftsprüfer

Bose
Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Zinsen und ähnliche Erträge	9.236	9.839	17.612	18.207
Zinsaufwendungen	5.342	5.347	9.525	9.548
Zinsüberschuss	3.894	4.492	8.087	8.659
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	419	464	733	837
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.475	4.028	7.354	7.822
Provisionsüberschuss	2.799	3.047	5.649	6.128
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	959	710	3.358	3.362
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	100	- 14	53	401
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	57	68	- 92	36
Sonstige Erträge	213	237	159	428
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	4.128	4.048	9.127	10.355
Personalaufwand	3.391	3.365	7.048	7.643
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.256	2.857	6.440	5.594
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 4	76	145	141
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	10	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.643	6.298	13.643	13.378
Ergebnis vor Steuern	960	1.778	2.838	4.799
Ertragsteueraufwand	299	545	775	1.436
Gewinn nach Steuern	661	1.233	2.063	3.363
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	11	35	32	103
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	650	1.198	2.031	3.260

Ergebnis je Aktie

	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Ergebnis je Aktie:				
Unverwässert	0,70 €	1,28 €	2,18 €	3,47 €
Verwässert	0,68 €	1,24 €	2,12 €	3,35 €
Anzahl der Aktien in Millionen:				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	933,4	936,9	931,4	938,3
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert)	954,6	967,7	957,6	974,3

Konzern-Gesamtergebnisrechnung (nicht testiert)

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
In der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	661	1.233	2.063	3.363
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung				
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern ^{1,2}	180	92	–41	116
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	–142	203	605	434
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/ Verluste, vor Steuern	–65	37	8	–348
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern:				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	–50	–29	–3	3
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/ Verluste, vor Steuern	11	1	23	1
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, vor Steuern	–	–6	–	37
Anpassungen aus der Währungsumrechnung:				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	899	–354	242	–1.175
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/ Verluste, vor Steuern	–	–	–5	–
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	11	–17	–6	–74
Steuern auf Gewinne/Verluste (–) aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	16	–36	–10	–179
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	860	–109	813	–1.185
Gesamtergebnis, nach Steuern	1.521	1.124	2.876	2.178
Zurechenbar:				
den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	33	41	136	113
den Deutsche Bank-Aktionären	1.488	1.083	2.740	2.065

¹ Die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern, werden in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ab 2011 in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen. Die dazugehörigen latenten Steuern sind in den Steuern auf Gewinne/Verluste aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung mit ausgewiesen. In der Konzernbilanz werden die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern, in den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

² Die Annahmen hinsichtlich des Abzinsungssatzes nach IFRS für Pensionsverpflichtungen wurden verfeinert. Für weitere Informationen wird auf die Anhangangabe „Grundlage der Erstellung“ verwiesen.

Konzernbilanz (nicht testiert)

Aktiva

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Barreserve	20.258	15.928
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	145.152	162.000
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	48.614	25.773
Forderungen aus Wertpapierleihen	31.516	31.337
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	247.848	240.924
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	848.493	859.582
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	199.390	180.293
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.295.731	1.280.799
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	50.861	45.281
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	3.600	3.759
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	410.219	412.514
Sachanlagen	5.163	5.509
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	16.265	15.802
Sonstige Aktiva	203.834	154.794
Ertragsteuerforderungen ¹	9.961	10.607
Summe der Aktiva	2.241.174	2.164.103

Passiva

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Einlagen	605.414	601.730
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	77.294	35.311
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	6.096	8.089
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	66.809	63.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	829.275	838.817
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	114.337	118.318
Investmentverträge	7.333	7.426
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.017.754	1.028.447
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	63.532	65.356
Sonstige Passiva	236.400	187.816
Rückstellungen	2.569	2.621
Ertragsteuerverbindlichkeiten ¹	3.662	4.313
Langfristige Verbindlichkeiten	159.755	163.416
Hybride Kapitalinstrumente	12.340	12.344
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-
Summe der Verbindlichkeiten	2.184.816	2.109.443
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	2.380	2.380
Kapitalrücklage	23.593	23.695
Gewinnrücklagen	31.469	30.119
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 417	- 823
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	- 1.280	- 1.981
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	55.745	53.390
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	613	1.270
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	56.358	54.660
Summe der Passiva	2.241.174	2.164.103

¹ Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten umfassen latente und laufende Steuern.

² Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapitalrücklage	Gewinn- rücklagen ¹	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
Bestand zum 31. Dezember 2010	2.380	23.515	25.975	- 450	-
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	-	-	3.260	-	-
Begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 691	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern ³	-	-	56	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	97	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	665	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	12	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank Aktien	-	- 64	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 8.591	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	7.599	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	- 1	-	-	-
Sonstige	-	145	-	-	-
Bestand zum 30. Juni 2011	2.380	23.704	28.600	- 777	-
Bestand zum 31. Dezember 2011	2.380	23.695	30.119	- 823	-
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	-	-	2.031	-	-
Begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	- 689	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern ³	-	-	8	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	- 437	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	938	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	- 1
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	1
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank Aktien	-	- 64	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	- 7.855	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	7.323	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	39	-	-	-
Sonstige	-	360	-	-	-
Bestand zum 30. Juni 2012	2.380	23.593	31.469	- 417	-

¹ Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.

² Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

³ Die Annahmen hinsichtlich des Abzinsungssatzes nach IFRS für Pensionsverpflichtungen wurden verfeinert. Weitere Informationen enthält die Anhangangabe „Grundlage der Erstellung“.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern	Anpassungen aus der Währungs-umrechnung, nach Steuern	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
- 113	- 179	- 11	- 2.333	35	- 2.601	48.819	1.549	50.368
11	5	23	- 1.215	- 75	- 1.251	2.009	108	2.117
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 691	-	- 691
-	-	-	-	-	-	56	5	61
-	-	-	-	-	-	97	-	97
-	-	-	-	-	-	665	-	665
-	-	-	-	-	-	12	-	12
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 64	-	- 64
-	-	-	-	-	-	- 8.591	-	- 8.591
-	-	-	-	-	-	7.599	-	7.599
-	-	-	-	-	-	- 1	-	- 1
-	-	-	-	-	-	145	- 39	106
- 102	- 174	12	- 3.548	- 40	- 3.852	50.055	1.623	51.678
- 617	- 226	-	- 1.166	28	- 1.981	53.390	1.270	54.660
370	21	-	316	- 6	701	2.732	140	2.872
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 689	- 5	- 694
-	-	-	-	-	-	8	- 4	4
-	-	-	-	-	-	- 437	-	- 437
-	-	-	-	-	-	938	-	938
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	- 1	-	- 1
-	-	-	-	-	-	1	-	1
-	-	-	-	-	-	- 64	-	- 64
-	-	-	-	-	-	- 7.855	-	- 7.855
-	-	-	-	-	-	7.323	-	7.323
-	-	-	-	-	-	39	-	39
-	-	-	-	-	-	360	- 788	- 428
- 247	- 205	-	- 850	22	- 1.280	55.745	613	56.358

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Jan. – Jun.	
	2012	2011
Jahresüberschuss	2.063	3.363
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	733	837
Restrukturierungsaufwand	–	–
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	– 258	– 626
Latente Ertragsteuern, netto	442	572
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1.613	1.453
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 162	– 60
Jahresüberschuss, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	4.431	5.539
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	7.057	– 11.483
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	– 23.079	– 2.642
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	– 19.535	– 13.243
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	– 1.479	11.052
Sonstige Aktiva	– 48.528	– 46.604
Einlagen	3.328	14.720
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ¹	– 3.995	– 10.973
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	40.098	24.886
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	– 1.674	1.819
Sonstige Passiva	50.097	48.054
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ²	– 3.400	– 10.017
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	– 8.993	– 25.510
Sonstige, per Saldo	329	2.150
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	– 5.343	– 12.252
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	2.884	14.452
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	7.333	6.462
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	24	123
Verkauf von Sachanlagen	107	36
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	– 7.868	– 11.938
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 3	– 653
Sachanlagen	– 262	– 379
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	95	226
Sonstige, per Saldo	– 400	– 318
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	1.910	8.011
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	12	6
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	– 349	– 168
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	8	29
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	– 38	– 73
Kauf Eigener Aktien	– 7.855	– 8.591
Verkauf Eigener Aktien	7.339	7.615
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	– 5	– 3
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	– 76	109
Gezahlte Bardividende	– 689	– 691
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	– 1.653	– 1.767
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	– 120	– 1.336
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	– 5.206	– 7.344
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	81.946	66.353
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	76.740	59.009
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	572	551
Gezahlte Zinsen	9.217	9.004
Erhaltene Zinsen und Dividenden	17.930	17.873
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserve	20.258	20.741
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 88.670 Mio € per 30. Juni 2012 und von 53.804 Mio € per 30. Juni 2011)	56.482	38.268
Insgesamt	76.740	59.009

¹ Einschließlich Emissionen von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 5.848 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 6.043 Mio € bis zum 30. Juni 2012 (bis 30. Juni 2011: 5.064 Mio € und 4.253 Mio €).

² Einschließlich Emissionen in Höhe von 15.093 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 20.259 Mio € bis zum 30. Juni 2012 (bis 30. Juni 2011: 19.940 Mio € und 25.765 Mio €).

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu Sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2011 gelesen werden, der nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt wurde.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten, die Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, die Wertminderung sonstiger finanzieller und nicht finanzieller Vermögenswerte, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern und die Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewissen Steuerpositionen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2012 gewertet werden.

Seit dem zweiten Quartal 2011 hat der Konzern die Bewertung seiner wesentlichen besicherten Derivate auf die Overnight-Interest-Rate-Swap (OIS)-Kurve umgestellt, um die aus besicherten Derivaten resultierenden Zins- und Refinanzierungsrisiken im Einklang mit der Preisermittlung einheitlich zu steuern. Der geänderte Bewertungsansatz hatte im ersten Halbjahr 2012 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Im ersten und zweiten Quartal 2012 hat der Konzern die Annahmen zur Ableitung des Diskontierungszinssatzes für seine Pensionspläne in Deutschland angepasst. Weitere Angaben hierzu enthält der Abschnitt „Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung – Pensions- und sonstige Versorgungszusagen“.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Seit dem 1. Januar 2012 kamen keine neuen Rechnungslegungsvorschriften, die für den Konzern relevant sind, erstmalig zur Anwendung.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, IAS 19, „Employee Benefits“, IAS 32, „Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“, IFRS 7, „Disclosures – Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“, IFRS 10, „Consolidated Financial Statements“, IFRS 11, „Joint Arrangements“, IFRS 12, „Disclosures of Interests in Other Entities“ (einschließlich der im Juni 2012 veröffentlichten Änderungen zu den Übergangsvorschriften für IFRS 10-12), IFRS 13, „Fair Value Measurement“, IFRS 9 und IFRS 9 R, „Financial Instruments“ sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 30. Juni 2012 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung. IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“, der für das Geschäftsjahr bestimmte Angaben hinsichtlich der Übertragung finanzieller Vermögenswerte verlangt, trat für den Konzern zum 1. Januar 2012 in Kraft. Die mit der Anwendung der Vorschrift verbundenen Angaben werden erstmals im Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2012 bereitgestellt. Alle Standards sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber – mit Ausnahme von IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, IAS 19, „Employee Benefits“ und IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“ – noch der jeweiligen Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung dieser neuen Rechnungslegungsvorschriften auf den Konzernabschluss. Die Umsetzung der geänderten Vorschriften zu IAS 1 und IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“ wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Änderungen der IFRS 2009-2011 („Improvements to IFRS 2009-2011 Cycle“)

Im Mai 2012 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Die Anwendung dieser Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Im ersten Halbjahr 2012 gab es keine wesentlichen organisatorischen Änderungen, die sich auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente auswirkten. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden generell für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, wenn diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Die Staatsschuldenkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäfte refinanzieren können. Die Bank überprüfte daraufhin ihre interne Refinanzierungsmethodik. Als Ergebnis wurde der bestehende Ansatz mit Wirkung vom 1. Januar 2012 verfeinert, um die externen Finanzierungskosten und die Nutzung von Liquidität im Zusammenhang mit unbesicherten Finanzierungsquellen stärker zu berücksichtigen.

Nachfolgend sind die finanziellen Nettoauswirkungen dieser Verfeinerung auf die Geschäftsbereiche im ersten Halbjahr 2012 beschrieben:

- GTB (34 Mio €), AWM (24 Mio €), PBC (13 Mio €) und CI (2 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (73 Mio €) erhielt zusätzliche Belastungen.

Allokation des durchschnittlichen Active Equity

Im ersten Quartal 2011 änderte der Konzern die Methode zur Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente. Nach der neuen Methode wird das Ökonomische Kapital als Basis für die Allokation durch Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Kapitalabzugsposten ersetzt. Die übrigen Regelungen des Rahmenwerks zur Kapitalallokation blieben unverändert. Der zuzurechnende Gesamtbetrag wird weiterhin nach dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns bestimmt. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 %, um den gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Im

Ergebnis führte dies zu einer erhöhten Allokation von Kapital auf die Segmente, im Wesentlichen auf CIB. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf, so wird der Mehrbetrag Consolidation & Adjustments zugeordnet.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2012 und 2011.

2. Quartal 2012 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	3.526	972	4.499	891	2.425	3.316	262	- 55	8.022
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	112	47	159	14	243	257	2	0	419
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.054	616	3.670	843	1.771	2.614	330	29	6.643
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 4	-	- 4	0	-	0	-	-	- 4
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungs- aufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	3	-	3	- 1	13	12	- 0	- 15	-
Ergebnis vor Steuern	357	309	666	35	398	433	- 70	- 69	960
Aufwand-Ertrag-Relation	87 %	63 %	82 %	95 %	73 %	79 %	126 %	N/A	83 %
Aktiva ¹	1.790.315	91.205	1.861.218	60.217	346.034	406.226	23.412	10.602	2.241.174
Risikogewichtete Aktiva	221.664	25.670	247.334	15.655	95.222	110.877	11.660	2.764	372.635
Durchschnittliches Active Equity ²	27.324	3.004	30.327	5.803	13.528	19.331	1.242	4.419	55.319
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durch- schnittlichen Active Equity) ³	5 %	41 %	9 %	2 %	12 %	9 %	- 23 %	N/A	7 %

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

² Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem regulatorischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwert und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 % (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Für diese Änderung wurden die Vorperioden entsprechend angepasst.

³ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2011. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 7 %.

2. Quartal 2011 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	3.977	886	4.863	976	2.563	3.539	194	- 56	8.540
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	96	31	127	13	320	333	4	- 0	464
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.907	549	3.455	737	1.736	2.473	329	41	6.298
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	77	-	77	0	-	0	-	-	76
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	5	-	5	- 1	50	49	- 1	- 54	-
Ergebnis vor Steuern	969	306	1.275	227	458	684	- 139	- 43	1.778
Aufwand-Ertrag-Relation	73 %	62 %	71 %	75 %	68 %	70 %	N/A	N/A	74 %
Aktiva (zum 31.12.2011) ¹	1.727.156	96.404	1.796.954	58.601	335.516	394.094	25.203	11.154	2.164.103
Risikogewichtete Aktiva (zum 31.12.2011)	228.711	26.986	255.698	16.344	95.472	111.816	11.848	1.884	381.246
Durchschnittliches Active Equity ²	22.657	3.014	25.671	5.613	13.855	19.468	1.469	3.156	49.763
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ³	17 %	41 %	20 %	16 %	13 %	14 %	- 38 %	N/A	14 %

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

² Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwert und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 % (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Für diese Änderung wurden die Vorperioden entsprechend angepasst.

³ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2011. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 14 %.

Jan. – Jun. 2012 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	8.746	1.939	10.685	1.774	4.926	6.700	266¹	-437	17.214
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	196	81	277	14	437	451	4	0	733
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.466	1.209	7.675	1.582	3.636	5.218	642	108	13.643
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	145	-	145	0	-	0	-	-	145
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	10	10	-	-	10
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	9	-	9	0	42	42	-7	-45	-
Ergebnis vor Steuern	2.074	649	2.724	177	811	988	-373	-501	2.838
Aufwand-Ertrag-Relation	74 %	62 %	72 %	89 %	74 %	78 %	N/A	N/A	79 %
Aktiva ²	1.790.315	91.205	1.861.218	60.217	346.034	406.226	23.412	10.602	2.241.174
Risikogewichtete Aktiva	221.664	25.670	247.334	15.655	95.222	110.877	11.660	2.764	372.635
Durchschnittliches Active Equity ³	27.134	3.005	30.140	5.784	13.514	19.298	1.267	4.024	54.728
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durch- schnittlichen Active Equity) ⁴	15 %	43 %	18 %	6 %	12 %	10 %	-59 %	N/A	10 %

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Beinhaltet eine Abschreibung in Höhe von 257 Mio € im Zusammenhang mit dem Engagement bei Actavis.

² Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

³ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem regulatorischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwert und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 % (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Für diese Änderung wurden die Vorperioden entsprechend angepasst.

⁴ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2011. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 10 %.

Jan. – Jun. 2011 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	9.820	1.739	11.559	1.978	5.635¹	7.613	374	- 532	19.014
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	108	52	160	32	639	671	6	- 0	837
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.440	1.107	7.546	1.528	3.624	5.152	673	7	13.378
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	142	-	142	0	-	0	-	-	141
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	- 0	-	- 0	-	- 0	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	-	16	0	127	127	- 1	- 142	-
Ergebnis vor Steuern	3.257	580	3.836	417	1.245	1.662	- 304	- 396	4.799
Aufwand-Ertrag-Relation	66 %	64 %	65 %	77 %	64 %	68 %	180 %	N/A	70 %
Aktiva (zum 31.12.2011) ²	1.727.156	96.404	1.796.954	58.601	335.516	394.094	25.203	11.154	2.164.103
Risikogewichtete Aktiva (zum 31.12.2011)	228.711	26.986	255.698	16.344	95.472	111.816	11.848	1.884	381.246
Durchschnittliches Active Equity ³	23.009	3.053	26.063	5.733	13.820	19.552	1.424	2.311	49.349
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	28 %	38 %	29 %	15 %	18 %	17 %	- 43 %	N/A	19 %

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Beinhaltet einen positiven Effekt von 236 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank, die nach der Equitymethode bewertet wurde. Dieser Betrag basiert auf der Darstellung wie im ersten Quartal 2011. Er beinhaltet einen Bruttogewinn in Höhe von 263 Mio €, der zum Teil durch erwartete Kosten in Höhe von 26 Mio € vermindert wurde, die sich später im Jahr 2011 nicht materialisiert hatten. Dieser positive Effekt wurde für die Berechnung der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

² Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

³ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Seit 2011 wird das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem regulatorischen Risikoprofil zugewiesen, welches Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Abzugsposten vom Kapital, Geschäfts- oder Firmenwert und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögensgegenstände beinhaltet. Seit 2012 bestimmt der Konzern seinen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital auf Grundlage einer Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 9,0 % (vormals basierte diese Berechnung auf einer Tier-1-Kapitalquote von 10,0 %). Für diese Änderung wurden die Vorperioden entsprechend angepasst.

⁴ Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Anhangangabe 05 „Segmentberichterstattung“ im Finanzbericht 2011. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 19 %.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Im zweiten Quartal 2012 verzeichnete Consolidation & Adjustments (C&A) einen Verlust vor Steuern von 69 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 43 Mio € im Vorjahresquartal. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf negative Effekte aus der Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften, verursacht durch gestiegene Terminzinssätze in den abgesicherten Währungen, unterschiedliche Bilanzierungsmethoden zwischen Managementberichterstattung und IFRS sowie die Eliminierung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen. Letztere mindern das Ergebnis vor Steuern der Segmente und standen hauptsächlich im Zusammenhang mit der Postbank. Diese negativen Effekte wurden teilweise durch positive Beiträge aus steuerbezogenen Zinsen und aus einem positiven Effekt im Zusammenhang mit der Verfeinerung der erstmaligen Anwendung der britischen Bankenabgabe in 2011 ausgeglichen. Die Entwicklung der Risikoaufschläge auf bestimmte eigene Verbindlichkeiten hatte in beiden Quartalen keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis von C&A.

Im ersten Halbjahr 2012 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 501 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 396 Mio € im ersten Halbjahr 2011. Dieser höhere Verlust vor Steuern resultierte im Wesentlichen aus einer Reduzierung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, hauptsächlich im Zusammenhang mit der Postbank. Des Weiteren trugen die bereits erwähnten Effekte aus der Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften zu dem höheren Verlust bei. Diese Effekte wurden teilweise durch vorgenannte Zinserträge ausgeglichen.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2012 und 2011.

in Mio €	Corporate & Investment Bank			
	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.177	2.348	5.567	6.039
Sales & Trading (Equity)	546	555	1.272	1.499
Sales & Trading insgesamt	2.723	2.904	6.839	7.538
Emissionsgeschäft (Debt)	284	318	662	696
Emissionsgeschäft (Equity)	89	244	227	425
Emissionsgeschäft insgesamt	372	562	889	1.121
Beratung	136	152	258	311
Kreditgeschäft	303	284	606	737
Transaction Services	972	886	1.939	1.739
Sonstige Produkte	-8	75	154	114
Insgesamt¹	4.499	4.863	10.685	11.559

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

in Mio €	Private Clients and Asset Management			
	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	557	614	1.096	1.212
Beratungs-/Brokeragegeschäft	385	443	841	963
Kreditgeschäft	655	633	1.302	1.274
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	580	570	1.197	1.124
Sonstige Produkte ¹	1.138	1.280	2.264	3.040
Insgesamt²	3.316	3.539	6.700	7.613

¹ Sonstige Produkte beinhaltet Postbank.

² Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Zinsüberschuss	3.894	4.492	8.087	8.659
Handelsergebnis ¹	156	514	2.404	3.280
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	803	196	954	82
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	959	710	3.358	3.362
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.853	5.202	11.445	12.021
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:				
Sales & Trading (Equity)	373	405	896	1.052
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	1.950	2.121	5.193	5.601
Sales & Trading insgesamt	2.322	2.526	6.089	6.653
Kreditgeschäft ³	142	19	196	265
Transaction Services	419	438	881	845
Übrige Produkte ⁴	95	233	294	393
Corporate & Investment Bank insgesamt	2.978	3.215	7.460	8.157
Private Clients and Asset Management	1.772	1.945	3.646	3.889
Corporate Investments	-4	30	33	73
Consolidation & Adjustments	107	12	305	-98
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.853	5.202	11.445	12.021

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Beinhaltet Gewinne von 7 Mio € für das zweite Quartal 2012 (zweites Quartal 2011: Gewinne von 53 Mio €) und Gewinne von 39 Mio € für das erste Halbjahr 2012 (erstes Halbjahr 2011: Verluste von 95 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von 17 Mio € für das zweite Quartal 2012 (zweites Quartal 2011: negative 130 Mio €) und negative 7 Mio € für das erste Halbjahr 2012 (erstes Halbjahr 2011: 177 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

³ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

⁴ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie Sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	843	939	1.659	1.774
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	835	1.028	1.703	2.146
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	1.121	1.080	2.287	2.208
Provisionsüberschuss insgesamt	2.799	3.047	5.649	6.128

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Aufwendungen für Pensionspläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	63	66	129	133
Zinsaufwand	155	150	308	300
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 144	- 132	- 287	- 265
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	1	3	2	8
Pensionspläne insgesamt	75	87	152	176
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	1	1	2	2
Zinsaufwand	1	2	3	4
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-	-	-	-
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	2	3	5	6
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	77	90	157	182
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	94	78	200	184
Pensionsaufwendungen insgesamt	171	168	357	366
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	56	59	118	116

Die derzeit erwarteten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2012 voraussichtlich 125 Mio € betragen. Rückübertragungen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2012 werden nicht erwartet.

Für die bedeutendsten Pensionspläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum jeweiligen Bewertungsstichtag über einen Zinsstrukturkurvenansatz hochrangiger Unternehmensanleihen ermittelt, der den tatsächlichen Zeitpunkt erwarteter zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Bei der Bestimmung des zum 31. März 2012 für Deutschland angewandten Diskontierungszinssatzes entschied der Konzern, die zugrunde liegende Grundgesamtheit für Anleihen so zu erweitern, dass nun auch hochrangige gedeckte Bankschuldverschreibungen einbezogen werden. Diese Neukalibrierung hatte einen Anstieg im Diskontierungszinssatz von 30 Basispunkten und damit einen versicherungsmathematischen Gewinn von ungefähr 308 Mio € vor Steuern im ersten Quartal 2012 zur Folge. Des Weiteren entschied der Konzern, bei der Bestimmung desselben Zinssatzes zum 30. Juni 2012 im Bereich der Kurvenextrapolation eine Anpassung der berücksichtigten Anleihen vorzunehmen, die zur Stabilität der Methode beitragen soll. Dies hatte einen Anstieg des Diskontierungszinssatzes von 40 Basispunkten und damit einen versicherungsmathematischen Gewinn von ungefähr 395 Mio € vor Steuern im zweiten Quartal 2012 zur Folge. Der sich aus diesen Änderungen ergebende Diskontierungszinssatz zur Bestimmung des Barwerts der Pensionsverpflichtung in Deutschland, der zum 30. Juni 2012 Anwendung fand, beträgt 4,6 %.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2012		2011	
	2. Quartal	Jan. – Jun.	2. Quartal	Jan. – Jun.
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:				
EDV-Aufwendungen	626	1.214	540	1.101
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	519	1.046	463	945
Aufwendungen für Beratungsleistungen	471	873	387	757
Kommunikation und Datenadministration	223	455	206	425
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	145	269	133	259
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	176	307	124	249
Marketingaufwendungen	97	182	107	201
Konsolidierte Beteiligungen	191	367	158	319
Sonstige Aufwendungen ¹	808	1.727	739	1.338
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	3.256	6.440	2.857	5.594

¹ In den sonstigen Aufwendungen sind Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 256 Mio € für das zweite Quartal 2012 enthalten (zweites Quartal 2011: 121 Mio €).

Angaben zur Bilanz (nicht testiert)

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	220.567	214.087
Sonstige Handelsaktiva ¹	27.281	26.837
Handelsaktiva insgesamt	247.848	240.924
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	848.493	859.582
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	127.142	117.284
Forderungen aus Wertpapierleihen	38.173	27.261
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	22.721	24.220
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	11.354	11.528
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	199.390	180.293
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.295.731	1.280.799

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 16.298 Mio € zum 30. Juni 2012 (31. Dezember 2011: 18.039 Mio €).

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Handelspassiva:		
Wertpapiere	62.523	60.005
Sonstige Handelspassiva	4.286	3.881
Handelspassiva insgesamt	66.809	63.886
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	829.275	838.817
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	79.348	93.606
Kreditzusagen	959	1.192
Langfristige Verbindlichkeiten	15.340	13.889
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	18.690	9.631
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	114.337	118.318
Investmentverträge ¹	7.333	7.426
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.017.754	1.028.447

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufwerte den beizulegenden Zeitwerten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Festverzinsliche Wertpapiere	45.002	39.381
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.611	1.868
Sonstiger Anteilsbesitz	1.002	1.116
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.246	2.916
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	50.861	45.281

Im März 2012 hat die Deutsche Bank an dem Schuldentauschangebot und der Einholung der Zustimmungserklärung bezüglich der Griechenland-Umschuldung, mit sämtlichen ihrer qualifizierenden griechischen Staatsanleihen teilgenommen. Die von der Deutschen Bank in den Schuldentausch eingebrachten Anleihen wurden aus der Bilanz ausgebucht und die neuen Instrumente entweder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Die festverzinslichen Wertpapiere beinhalteten aus der Umschuldung resultierende griechische Staatsanleihen mit einem beizulegenden Zeitwert von 25 Mio € zum 30. Juni 2012 (Der beizulegende Zeitwert der griechischen Staatsanleihen zum 31. Dezember 2011, also vor der Umschuldung, betrug 211 Mio €).

Für weitere Informationen zu finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Zusammenhang mit bestimmten europäischen Ländern wird auf Seite 32 dieses Berichts verwiesen.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden nach IAS 39 und IFRS 7 qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hat. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte, die unrealisierten Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, welche direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden, die Bandbreiten der Effektivzinssätze, basierend auf gewichteten Durchschnittssätzen einzelner Geschäftsbereiche, sowie die erwarteten erzielbaren Zahlungsströme jeweils zum Umwidmungsstichtag.

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finan- zielle Vermögens- werte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	-	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte zum 30. Juni 2012 und zum 31. Dezember 2011 aller in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte.

in Mio €	30.6.2012		31.12.2011	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte ¹	6.366	5.225	6.733	5.501
Schuldtitle	831	801	859	823
Kredite	7.674	6.934	7.754	7.117
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	14.871	12.960	15.346	13.441
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte ¹	5.783	5.148	6.220	5.359
Kredite	1.353	1.483	1.337	1.427
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	7.136	6.631	7.557	6.786
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	22.007	19.591	22.903	20.227

¹ Verbriefte Vermögenswerte beinhalten Mortgage-backed Securities und Asset-backed Securities.

Verkäufe umgewidmeter Vermögenswerte unterliegen einem Steuerungs- und Genehmigungsprozess, in dessen Rahmen entschieden wird, ob der Verkauf die aus Sicht der Bank beste Option hinsichtlich Profitabilität, Kapitalposition und Erfüllung aufsichtsrechtlicher Vorgaben ist. In den ersten sechs Monaten 2012 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 487 Mio €. Von den in der Berichtsperiode verkauften Vermögenswerten waren 406 Mio € aus den Handelsaktiva umgewidmet worden, einschließlich 237 Mio € Mortgage-backed Securities. Die Verkäufe haben im Berichtszeitraum zu einem Nettoverlust von 27 Mio € geführt, von denen 22 Mio € aus verkauften Vermögenswerten, die aus den Handelsaktiva umgewidmet worden waren, resultierten. Der genannte Steuerungs- und Genehmigungsprozess bedingt, dass die verkauften Vermögenswerte aufgrund von zum Zeitpunkt der Umwidmung nicht vorhersehbaren Ereignissen verkauft wurden, einschließlich geänderter Kapitalvorschriften, die zu einem signifikant höheren Kapitalbedarf für den Konzern führten.

Zusätzlich zu den zuvor genannten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert umgewidmeter Vermögenswerte aufgrund von Rückzahlungen und Endfälligkeiten um 227 Mio € bei Vermögenswerten, die aus den Handelsaktiva umgewidmet worden waren, und 395 Mio € bei Vermögenswerten, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet wurden. Die in der Periode verbuchte Risikovorsorge im Kreditgeschäft resultierte hauptsächlich aus verbrieften Vermögenswerten, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet wurden.

Die folgende Tabelle zeigt die unrealisierten Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, hätte keine Umwidmung stattgefunden.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 268	241	- 82	442
Wertminderungen (–) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	2	1	- 3	1
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	100	134	198	283

Nach der Umwidmung haben die umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zu dem Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Zinserträge	172	192	328	387
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 16	- 79	- 58	- 100
Sonstige Erträge ¹	- 6	5	- 19	24
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	150	118	251	311
Zinserträge	58	35	96	70
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 84	-	- 96	-
Sonstige Erträge ¹	- 1	-	- 3	-
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	- 27	35	- 3	70

¹ Dies ist hauptsächlich auf die Verluste aus den Verkäufen umgewidmeter Vermögenswerte zurückzuführen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Inventar des Konzerns zu bewertende ist.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen hochliquide Schatzanweisungen sowie Derivate, Eigenkapitaltitel und Anleihen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige Credit Default Swaps (CDSs), eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset-backed Securities (ABS), illiquide forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, Private Equity Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in Abschnitt 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ im Finanzbericht 2011 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

in Mio €	30.6.2012			31.12.2011		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands	99.791	110.329	10.446	99.487	103.327	11.272
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	13.748	815.883	18.862	15.947	822.009	21.626
Sonstige Handelsaktiva	797	22.217	4.268	847	20.773	5.218
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	10.159	184.648	4.583	6.907	168.224	5.162
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	16.653	29.728	4.480	9.888 ¹	31.098 ¹	4.295
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	-	6.787 ²	-	-	7.511 ²	-
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	141.148	1.169.592	42.639	133.076¹	1.152.942¹	47.573
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands	41.260	21.114	149	35.033	24.625	347
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	11.625	808.186	9.464	12.815	814.696	11.306
Sonstige Handelspassiva	59	4.227	-	22	3.845	14
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	31	112.637	1.669	116	116.198	2.004
Investmentverträge ⁴	-	7.333	-	-	7.426	-
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-	4.695 ²	-198 ³	-	4.159 ²	-250 ³
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	52.975	958.192	11.084	47.986	970.949	13.421

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst, um 5.928 Mio € Zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte korrekt als Level 1 in der Hierarchie der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente auszuweisen.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt bewertet wird. Die getrennt bewerteten eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt bewerteten eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt bewertete eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

⁴ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 40 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Finanzbericht 2011 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte reduzierten sich im Sechsmonatszeitraum 2012 um 4,9 Mrd €. Der Rückgang ist primär auf die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen. Diese verringerten sich hauptsächlich wegen Umgliederungen aus Level 3 in Level 2 der Hierarchie der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente infolge besser beobachtbarer Eingangsdaten und Veränderungen des Marktwerts.

Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen reduzierten sich im Sechsmonatszeitraum 2012 um 2,3 Mrd €. Der Rückgang ist primär auf die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen. Diese verringerten sich hauptsächlich wegen Umgliederungen aus Level 3 in Level 2 der Hierarchie der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente infolge besser beobachtbarer Eingangsdaten.

Es gab in der Berichtsperiode keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	Jan. – Jun. 2012			Jan. – Jun. 2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.011	2.150	4.162	1.643	1.653	3.296
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	449	294	743	412	434	846
Nettoabschreibungen	- 365	- 135	- 500	- 350	- 195	- 545
Abschreibungen	- 385	- 242	- 627	- 366	- 273	- 639
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	20	107	127	16	78	94
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/ Sonstige	- 32	2	- 30	- 71	- 35	- 106
Bestand am Periodenende	2.063	2.311	4.374	1.633	1.857	3.491

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	Jan. – Jun. 2012			Jan. – Jun. 2011		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	127	98	225	108	110	218
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 12	2	- 10	2	- 11	- 9
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen	-	1	1	- 1	- 6	- 7
Bestand am Periodenende	115	101	216	109	93	202

Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	69.116	63.772
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	7.614	9.652
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.774	3.479
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	86.567	45.907
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	170.070	122.810
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.238	3.598
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	4.124	2.366
Sonstige	26.401	26.020
Sonstige Aktiva insgesamt	203.834	154.794

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	62.641	58.419
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	33.215	32.255
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.955	2.823
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	90.275	46.236
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	190.086	139.733
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	4.009	3.665
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	-	1.669
Sonstige	42.305	42.749
Sonstige Passiva insgesamt	236.400	187.816

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	108.563	104.906
mit variabler Verzinsung	39.703	46.735
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	6.685	6.781
mit variabler Verzinsung	4.804	4.994
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	159.755	163.416

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	30.6.2012	31.12.2011
Ausgegebene Stammaktien	929,5	929,5
Eigene Aktien im Bestand	11,9	24,9
– davon Aktienrückkaufprogramm	11,5	24,1
– davon sonstige Bestände	0,4	0,8
Ausstehende Stammaktien	917,6	904,6

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Ab dem 31. Dezember 2011 werden bei der Ermittlung des Kapitals sowie der Kapitalquoten des Konzerns die veränderten Kapitalanforderungen für Risiken im Handelsbuch und in Verbriefungspositionen nach Maßgabe der Capital Requirements Directive 3 (auch „Basel 2.5“) berücksichtigt, die in das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung Eingang gefunden haben. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Risikoaktiva, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital sowie die Kapitaladäquanzquoten des für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Konzerns ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2012	31.12.2011
Kreditrisiko	255.799	262.460
Marktrisiko	65.004	68.091
Operationelles Risiko	51.832	50.695
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	372.635	381.246
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	37.833	36.313
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.785	12.734
Tier-1-Kapital	50.618	49.047
Tier-2-Kapital	5.406	6.179
Tier-3-Kapital	-	-
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	56.024	55.226
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	10,2 %	9,5 %
Tier-1-Kapitalquote	13,6 %	12,9 %
Gesamtkapitalquote	15,0 %	14,5 %

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals des Konzerns ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente:		
Stammaktien	2.380	2.380
Kapitalrücklage	23.593	23.695
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile ohne beherrschenden Einfluss	30.815	29.400
Vollständig vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (2a) KWG in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	- 14.551	- 14.459
Teilweise vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten:		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	- 1.434	- 1.332
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	- 2.493	- 2.863
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	- 477	- 508
Teilweise vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	- 4.404	- 4.703
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	37.833	36.313
Zusätzliches Tier-1-Kapital:		
Nicht kumulative Vorzugsanteile ¹	12.785	12.734
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.785	12.734
Tier-1-Kapital insgesamt	50.618	49.047
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	65	70
Genussscheinkapital	1.150	1.150
Kumulative Vorzugsanteile	292	294
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	8.303	9.368
Teilweise vom Tier-1-Kapital gemäß § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	- 4.404	- 4.703
Tier-2-Kapital insgesamt	5.406	6.179

¹ Enthielt 20 Mio € stille Beteiligungen zum 30. Juni 2012 und zum 31. Dezember 2011.

Basel 2.5 verlangt den Abzug des Geschäfts- oder Firmenwerts vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Komponenten des Geschäfts- oder Firmenwerts sind zwar nicht im oben gezeigten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, der Konzern nutzt jedoch diese Übergangsregelung für die Meldung seiner Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Zum 30. Juni 2012 betrug der Übergangsposten 274 Mio € gegenüber 319 Mio € zum 31. Dezember 2011. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die risikogewichteten Aktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich zum Ende des Berichtsquartals die gemeldete Tier-1-Kapitalquote und die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 13,6% beziehungsweise 15,1% gegenüber 12,9% beziehungsweise 14,6% zum 31. Dezember 2011.

Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt der Konzern im Auftrag seiner Kunden regelmäßig unwiderrufliche Kreditzusagen sowie aus Bürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen bestehende ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten. Im Rahmen dieser Verträge ist es für den Konzern erforderlich, gemäß einer verpflichtenden Vereinbarung zu handeln oder Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Für diese Haftungsverhältnisse ist dem Konzern im Einzelnen nicht bekannt, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme erfolgen wird. Der Konzern berücksichtigt diese Haftungsverhältnisse in der Überwachung des Kreditrisikos und vereinbart gegebenenfalls Sicherheiten zur Reduzierung inhärenter Kreditrisiken. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die gesamten potenziellen Zahlungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz berücksichtigten Rückstellungen. Sie zeigt die Maximalbeträge der möglichen Auswirkungen auf den Konzern für den Fall, dass sämtliche dieser eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele ohne Inanspruchnahme auslaufen, entstehende Inanspruchnahmen durch die Auftraggeber ausgeglichen werden oder solche Inanspruchnahmen durch Erlöse aus Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden können.

in Mio €	30.6.2012	31.12.2011
Unwiderrufliche Kreditzusagen	136.691	127.995
Eventualverbindlichkeiten	69.051	73.653
Insgesamt	205.742	201.648

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Rechtsstreitigkeiten

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Die wesentlichen Eventualverbindlichkeiten des Konzerns, bei denen mögliche Verluste mehr als unwahrscheinlich sind, beziehen sich auf rechtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren, die nachfolgend beschrieben werden und die teilweise mehrere Ansprüche umfassen. In Bezug auf einige dieser Verfahren wurden auch Rückstellungen gebildet. Etwaige Rückstellungen oder die für diese Verfahren geschätzten Verluste, soweit eine Schätzung möglich ist, wurden nicht für einzelne Verfahren ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass diese Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde. Die Anhangangabe 28 „Rückstellungen“ unseres Finanzberichts 2011 beschreibt, wie der Konzern Rückstellungen und erwartete Verluste in Bezug auf Eventualverbindlichkeiten schätzt und welche Ungewissheiten sowie Einschränkungen in dem Prozess immanent sind. Für die Verfahren, bei denen eine Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 30. Juni 2012 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt mehr als unwahrscheinlich ist, insgesamt auf € 2,5 Milliarden zusätzlich zu den dafür gebildeten Rückstellungen belaufen.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Dies kann insbesondere geschehen, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, aufsichtsrechtliche Folgen oder Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass durchgreifende Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien ihre Verluste auch in Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer und forderte circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. Am 22. Februar 2011 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Gegen die Entscheidung hat Dr. Kirch Berufung eingelegt. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Berufungsgericht hat das Verfahren mit einer noch andauernden Beweisaufnahme fortgesetzt und angeregt, dass die Parteien alle Rechtsstreitigkeiten zwischen der Deutschen Bank und Dr. Kirch sowie ihm nahestehenden Dritten vergleichen. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche keine Grundlage und weder die Kausalität der Interviewäußerung für irgendeinen Schaden noch die Höhe des geltend gemachten Schadens sind ausreichend dargelegt. Herr Dr. Kirch ist im Juli 2011 verstorben. Sein Tod hat keine Auswirkungen auf die Verfahren. Am 1. März 2012 hat die Deutsche Bank nach sorgfältiger Abwägung den Vorschlag für einen außergerichtlichen Vergleich nicht angenommen.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftsersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei Ausreichung, Erwerb, Verbriefung, dem Verkauf von und Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherte Wertpapiere (Residential Mortgage-backed Securities – RMBS), besicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), andere Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftsersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren hinsichtlich ihrer Rolle als Emittent und Platzeur von RMBS benannt. Zu diesen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere sowie Klagen von Versicherungsgesellschaften, die Zahlungen von Kapital und Zinsen einzelner Tranchen der angebotenen Wertpapiere garantiert haben. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig oder dass verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

In Bezug auf zwei Emissionen von RMBS durch die Deutsche Bank wurde diese und einige derzeitige und ehemalige Mitarbeiter als Beklagte in einem am 27. Juni 2008 begonnenen und als Sammelklage bezeichneten Verfahren benannt. Im Nachgang zu einer Mediation hat das Gericht einen Vergleich in dieser Sache genehmigt.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle zusammen mit anderen Finanzinstituten als Platzeure bestimmter von Dritten und deren verbundenen Unternehmen einschließlich Countrywide Financial Corporation, IndyMac MBS, Inc., Novastar Mortgage Corporation und Residential Accredit Loans, Inc. begebenen RMBS beziehen. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery). Am 29. März 2012 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren gegen Novastar Mortgage Corporation ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen, wogegen die Kläger Rechtsmittel eingelegt haben.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen, einschließlich Allstate Insurance Company, Asset Management Fund, Assured Guaranty Municipal Corporation, Bayerische Landesbank, Cambridge Place Investments Management Inc., der Federal Deposit Insurance Corporation (als Verwalterin für Franklin Bank S.S.B., Citizens National Bank and Strategica Capital Bank), der Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of San Francisco, Federal Home Loan Bank of Seattle, der Federal Housing Finance Agency (als Verwalterin für Fannie Mae und Freddie Mac), John Hancock, Mass Mutual Life Insurance Company, Moneygram Payment Systems, Inc., Phoenix Light SF Limited, RMBS Recovery Holdings 4, LLC and VP Structured Products, LLC., Sachsen Landesbank, Sealink Funding Ltd., Stichting Pensioenfonds ABP, The Charles Schwab Corporation, The Union Central Life Insurance Company, The Western and Southern Life Insurance Co. und des West Virginia Investment Management Board eingeleitet wurden. Diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien bis zum Beweisverfahren (Discovery).

In den Klagen gegen die Deutsche Bank wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Deutsche Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung, doch können sich diese in Fällen, in denen die Emittenten jetzt oder in der Zukunft insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Am 6. Februar 2012 hat der United States District Court for the Southern District of New York Klagen von Dexia SA/NV und der Teachers Insurance and Annuity Association of America und mit ihnen verbundenen Unternehmen abgewiesen. Das Gericht hat einige der Ansprüche ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen und für andere Ansprüche den Klägern die Möglichkeit gelassen, erneut Klage zu erheben.

Eine Anzahl weiterer juristischer Personen hat Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht und die Deutsche Bank hat mit einigen dieser juristischen Personen Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben können.

Am 3. Mai 2011 hat das US-Justizministerium (USDOJ) beim United States District Court for the Southern District of New York eine Zivilklage gegen die Deutsche Bank AG und MortgageIT, Inc. erhoben. Das USDOJ hat am 22. August 2011 eine geänderte Klage eingereicht. Die geänderte Klage, die auf den U.S. False Claims Act und allgemeine Rechtsgrundsätze gestützt wird, behauptete, dass die Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Securities Inc. (DBSI), MortgageIT Inc. und die Deutsche Bank Securities Inc. dem Department of Housing and Urban Development's Federal Housing Administration (FHA) falsche Bestätigungen bezüglich der Einhaltung von FHA-Anforderungen zur Qualitätskontrolle durch MortgageIT und der Qualifizierung einzelner Darlehen für eine Versicherung durch die FHA vorgelegt haben. Nach der geänderten Klage hat die FHA Versicherungszahlungen in Höhe von 368 Mio US-\$ für Hypothekendarlehen geleistet, für die falsche Bestätigungen abgegeben worden waren. Die geänderte Klage zielte darauf ab, dreifachen Schadenersatz und den Ersatz zukünftiger Schäden aus von der FHA versicherten Darlehen zu erhalten; nach der geänderten Klage forderte das USDOJ über 1 Mrd US-\$ Schadensersatz. Am 23. September 2011 haben die Beklagten einen Antrag auf Abweisung der geänderten Klage gestellt. Nach einer Anhörung am 21. Dezember 2011 hat das Gericht dem USDOJ die Möglichkeit eingeräumt, eine zweite geänderte Klage einzureichen. Am 10. Mai 2012 verglich sich die Deutsche Bank mit dem USDOJ auf eine Zahlung von 202,3 Mio US-\$.

Am 8. Mai 2012 erzielte die Deutsche Bank mit Assured Guaranty Municipal Corporation („Assured“) einen Vergleich in Hinsicht auf Ansprüchen aus gewissen RMBS, die von der Deutschen Bank begeben und gezeichnet waren und die mit einer Finanzgarantie von Assured ausgestattet waren. Gemäß diesem Vergleich leistete die Deutsche Bank eine Zahlung von 166 Mio US-\$ und erklärte sich zu dem Beitritt zu einem Verlustteilungsvertrags bereit, um einen Prozentteil zukünftiger Verluste von Assured aus gewissen von der Deutschen Bank begebenen RMBS zu decken. Für alle unter diesem Vergleich derzeit erwarteten Zahlungen der Deutschen Bank wurden in vorherigen Quartalen Rückstellungen gebildet. Dieser Vergleich erledigt zwei Rechtsstreite mit Assured, die sich auf die Versicherung von Finanzgarantien beziehen und limitiert gleichzeitig die Ansprüche in einem dritten Rechtsstreit, in dem alle zugrunde liegenden Hypothekensicherheiten von Greenpoint Mortgage Funding, Inc. (einer Tochtergesellschaft von Capital One) gestellt wurden und die verpflichtet ist, die Deutsche Bank freizustellen.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und die Deutsche Bank Securities Inc. sind Beklagte in 21 Verfahren, in denen verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen der Einzelstaaten wegen des Angebots und Vertriebs von Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) geltend gemacht werden. Von diesen 21 Einzelklagen sind noch vier anhängig, während 17 ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen wurden. Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von der Deutschen Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene ARS gekauft haben und noch halten. Im Dezember 2010 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren ohne Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen. Das von den Klägern hiergegen eingelegte Rechtsmittel wurde von diesen freiwillig zurückgezogen und das Rechtsmittel im Dezember 2011 abgewiesen. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wird behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden um den 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren verbundenen Unternehmen begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden auf Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 und die Behauptung gestützt, dass Registrierungsdokumente und Prospekte für diese Wertpapiere wesentliche Falschdarstellungen und Auslassungen enthielten. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Am 19. August 2011 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Klageabweisung teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Die Beklagten haben die erneute Prüfung des abgelehnten Teils des Klageabweisungsantrags beantragt. Am 20. September 2011 haben die Kläger eine zweite abgeänderte Klage eingereicht, die keine Ansprüche mehr in Bezug auf Wertpapieremissionen aus dem Oktober 2006 enthält.

Interbanken-Zinssatz. Die Deutsche Bank AG hat von Aufsichts- und Regierungsbehörden, einschließlich der U.K. Financial Services Authority, dem US-Justizministerium, der U.S. Commodity Futures Trading Commission und der Europäischen Kommission verschiedene förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen im Zusammenhang mit der Quotierung von Zinssätzen im Interbankenmarkt für verschiedene Währungen erhalten. Diese Anfragen beziehen sich auf verschiedene Zeiträume zwischen 2005 und 2011. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Darüber hinaus wurden gegen die Deutsche Bank AG, ein mit ihr verbundenes Unternehmen und zahlreiche andere Banken eine Reihe von zivilrechtlichen Klagen, einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren, bei Bundesgerichten in den USA eingereicht. Alle bis auf eine dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten in auf LIBOR bezogenen Finanzinstrumenten gehandelt und die Beklagten hätten auf verschiedene Weise den US-Dollar-LIBOR-Zinssatz und die Preise für auf den US-Dollar-LIBOR bezogene Derivate in verschiedenen Märkten manipuliert. Die andere Klage wurde spät im April 2012 für bestimmte Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten in auf Euroyen bezogenen Finanzinstrumenten gehandelt und die Beklagten hätten den Yen-LIBOR und den Euroyen-TIBOR-Zinssatz und die Preise für auf den Euroyen bezogene Derivate manipuliert. Die Klagen werden auf verschiedene Rechtsgrundlagen gestützt, einschließlich Verletzungen des Commodity Exchange Act und kartellrechtlicher Vorschriften. Die zivilrechtlichen Verfahren hinsichtlich des US-Dollar-LIBOR wurden zur Durchführung eines Vorverfahrens im United States District Court for the Southern District of New York zusammengeführt. Später im Juni 2012 haben die Beklagten in den US-Dollar-LIBOR bezogenen Verfahren Anträge auf Abweisung der Klagen gestellt.

Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten

Von 2005 bis 2008 hat die Deutsche Bank im Rahmen ihres mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekarkreditgeschäfts in den USA Kredite in Höhe von circa 84 Mrd US-\$ in Form von Verbriefungen und circa 71 Mrd US-\$ durch Veräußerung von Krediten einschließlich aller Nebenrechte unter anderem an von der US-Regierung geförderte Gesellschaften wie die Federal Home Loan Mortgage Corporation und die Federal National Mortgage Association verkauft. Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite zurückzukaufen oder Käufer, andere Investoren oder Kreditversicherer von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit den vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen. Wenn die Deutsche Bank der Ansicht ist, dass es keine Anspruchsgrundlage für den geforderten Rückkauf gibt, weist sie diesen zurück und betrachtet ihn für Zwecke der Weiterverfolgung nicht länger als offen.

Zum 30. Juni 2012 bestehen gegenüber der Deutschen Bank noch unerledigte Rückkaufforderungen in Höhe von circa 2,6 Mrd. US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags ohne von der Deutschen Bank abgelehnten Rückkaufforderungen). Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank Rückstellungen in nicht erheblicher und ihrer Ansicht nach angemessener Höhe gebildet. Es gibt weitere mögliche Rückkaufansprüche, von denen die Bank erwartet, dass diese gestellt werden könnten, aber auch für diese kann die Deutsche Bank weder den Zeitrahmen noch die Höhe der Rückkaufansprüche verlässlich einschätzen. Zudem kann die Deutsche Bank nicht verlässlich einschätzen, inwieweit von ihr bereits abgelehnte Rückkaufforderungen erneut geltend gemacht werden und, wenn das der Fall ist, wie die Erfolgsrate gegen die Abwehr solcher Ansprüche sein wird. Rückkaufansprüche für Hypothekenkredite, die im Wege von Rechtsstreitigkeiten gegen die Deutsche Bank geltend gemacht wurden, ob nach Ablehnung durch die Bank oder anderweitig, sind unter operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten eingeordnet.

Zum 30. Juni 2012 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von 2,5 Mrd US-\$, berechnet auf den ursprünglichen Kreditbetrag, Rückkäufe getätigt oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen und Vergleichen ist die Deutsche Bank aus möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen resultieren würden, in Höhe von circa 41,5 Mrd US-\$ entlastet.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen, einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten, wie für vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank-Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 30. Juni 2012 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 8 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 14 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2011 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 11 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 9 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Während des Geschäftsjahres 2010 bis zum ersten Quartal 2011 erhielt eine Person in Schlüsselposition Zahlungen von einem Konzernunternehmen. Zum Zeitpunkt der Entstehung der vertraglichen Vereinbarung gehörte das zahlende Unternehmen nicht dem Konsolidierungskreis des Konzerns an.

Für eine detaillierte Darstellung der Veränderung der Personen in Schlüsselpositionen im Berichtsquartal verweisen wir auf den Abschnitt „Vorstand und Aufsichtsrat“ dieses Berichts.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Kredite

An nahestehende Unternehmen begebene Kredite und gewährte Garantien entwickelten sich im ersten Halbjahr 2012 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2011 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2012	31.12.2011
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	5.158	4.329
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	249	1.211 ¹
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	392	307
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	- 13
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 1	- 62
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand^{2, 3}	5.014	5.158
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	25	53
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	42	22
Garantien und sonstige Verpflichtungen	255	262

¹ Der Betrag der Forderungen aus dem Kreditgeschäft aus dem Jahr 2011 resultierte hauptsächlich aus der Restrukturierung eines Kreditgeschäfts. Im Zusammenhang mit diesem Geschäft entstandene Zinserträge beliefen sich auf 230 Mio €.

² Zinserträge auf Forderungen aus dem Kreditgeschäft beliefen sich zum 30. Juni 2012 auf 93 Mio €.

³ Davon waren zum 30. Juni 2012 6 Mio € und zum 31. Dezember 2011 keine Forderungen überfällig.

Einlagen

Von nahestehenden Unternehmen erhaltene Einlagen entwickelten sich im ersten Halbjahr 2012 beziehungsweise im Geschäftsjahr 2011 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2012	31.12.2011
Einlagen, Anfangsbestand	247	220
Einlagenzuflüsse	186	258
Einlagenabflüsse	194	190
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 2	- 41
Wechselkursveränderungen/Sonstige	1	0
Einlagen, Endbestand	238	247

Sonstige Geschäfte

Zum 30. Juni 2012 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 213 Mio € (31. Dezember 2011: 221 Mio €). Zum 30. Juni 2012 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 10 Mio € (31. Dezember 2011: 19 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 30. Juni 2012 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Wesentliche Transaktionen

Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Postbank im zweiten Quartal 2012

Nach der Zustimmung durch die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG („Postbank“) am 5. Juni 2012 und der Eintragung ins Handelsregister am 20. Juni 2012 trat der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag („der Vertrag“) gemäß § 291 Aktiengesetz („AktG“) zwischen der Postbank als beherrschtem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH (einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG) als herrschendem Unternehmen im zweiten Quartal 2012 in Kraft. Gewinnabführung und Verlustausgleich gelten rückwirkend seit 1. Januar 2012.

Der Vertrag sieht vor, dass den Minderheitsaktionären der Postbank entweder eine Barabfindung gemäß § 305 AktG in Höhe von 25,18 € je Aktie der Postbank, die bis zum 20. August 2012 angedient werden, oder eine Ausgleichszahlung gemäß § 304 AktG in Höhe von gegenwärtig 1,66 € je Aktie der Postbank (nach Unternehmenssteuern, vor individueller Steuerbelastung des Aktionärs) für jedes volle Geschäftsjahr zusteht.

Mit Abschluss des Vertrags im zweiten Quartal 2012 buchte die Deutsche Bank den Anteil ohne beherrschenden Einfluss an der Postbank aus dem Konzern-Eigenkapital aus (248 Mio €), da die Minderheitsaktionäre nicht mehr die Risiken und Chancen aus dem Eigentum an den Postbank Aktien halten. Gleichzeitig erfasste der Konzern gemäß dem Barabfindungsangebot eine Verbindlichkeit für die Verpflichtung zum Erwerb der Aktien (338 Mio €), welche auch dem Barwert der zukünftigen Ausgleichszahlungen an die Minderheitsaktionäre entspricht. Die Verbindlichkeit wurde durch Ausbuchung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss und eine ausgleichende Buchung im den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital (Kapitalrücklage) erfasst. Demgemäß hat der Konzern nunmehr damit begonnen, das Ergebnis der Postbank vollständig den Aktionären der Deutschen Bank zuzuordnen. Beginnend mit dem Tag der Eintragung ins Handelsregister wurde die Verbindlichkeit neu bewertet und der Konzern grenzte ungefähr 1 Mio € für die erwarteten Ausgleichszahlungen als Zinsaufwendungen ab.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und deren finanzielle Auswirkungen zum 30. Juni 2012.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum Bilanzstichtag

Zum 30. Juni 2012 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 4,1 Mrd € (31. Dezember 2011: 2,4 Mrd €) und die Veräußerungsgruppen enthielten keine Verbindlichkeiten (31. Dezember 2011: 1,7 Mrd €).

Zum 25. April 2012 hat der Konzern das Engagement bei Actavis aus dem Konzernbereich Corporate Investments als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die Veräußerungsgruppe besteht hauptsächlich aus 4,0 Mrd € Krediten und 33 Mio € nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Alle Vermögenswerte werden voraussichtlich im vierten Quartal 2012 verkauft. Aufgrund des wesentlichen Fortschritts bei den Vertragsverhandlungen mit Dritten über den Erwerb von Actavis hat der Konzern im ersten Quartal 2012 vor der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt eine Abschreibung in Höhe von 257 Mio € vorgenommen. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu keiner weiteren Wertminderung im zweiten Quartal 2012.

Darüber hinaus hat der Konzern eine Veräußerungsgruppe aus dem Unternehmensbereich Asset & Wealth Management, die sich hauptsächlich aus Immobilienfondsanteilen zusammensetzt, zum Verkauf bestimmt. Alle Vermögenswerte werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres verkauft. Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu einer Wertminderung in Höhe von 1 Mio €, die im zweiten Quartal 2012 unter den Sonstigen Erträgen berücksichtigt wurde.

Zum 30. Juni 2012 und zum 31. Dezember 2011 wurden keine unrealisierten Gewinne oder Verluste im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Veräußerungen

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt des Verkaufs
Corporate Investments	Eine als Sachanlage gehaltene Immobilie.	Keine.	2. Quartal 2012
Corporate Banking & Securities	Eine Veräußerungsgruppe, die hauptsächlich aus handelbaren Krediten, Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen und Finanzgarantien besteht.	Die Klassifizierung der Veräußerungsgruppe als zum Verkauf bestimmt führte im Jahr 2011 zu einer Wertminderung in Höhe von 22 Mio €. Im Jahr 2012 wurde keine zusätzliche Wertminderung oder Wertaufholung gebucht.	1. Quartal 2012
Asset & Wealth Management	Mehrere Veräußerungsgruppen sowie mehrere Vermögenswerte, die im Zusammenhang mit der Akquisition von Sal. Openheim gekauft wurden.	Keine.	2012

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Umwidmungen

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen ¹	Zeitpunkt und Grund der Umwidmung
Corporate Banking & Securities	Eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen.	Die Klassifizierung als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert führte zu einer anfänglichen Wertminderung in Höhe von 2 Mio € im Jahr 2011 und, aufgrund einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten, zu einer nachfolgenden Wertaufholung in Höhe von 2 Mio € im ersten Quartal 2012.	2. Quartal 2012, da trotz Verkaufsbemühung kein Käufer gefunden wurde.

¹ Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Juni 2012 hat der Konzern einen Prozess zur Überprüfung seiner Strategie gestartet. Detaillierte Ergebnisse wird der Konzern dazu im September zur Verfügung stellen. Als Zwischenergebnis dieses fortlaufenden Prozesses hat der Konzern Kosteneinsparungen in Höhe von etwa 3 Mrd €, bezogen auf die dem ersten Halbjahr 2012 zugrunde liegende Basis unserer zinsunabhängigen Aufwendungen, identifiziert. Diese Einsparungen berücksichtigen keine Investitionen zur Unterstützung des künftigen geschäftlichen Wachstums und ihre Umsetzung wird zunächst signifikante Aufwendungen verursachen. Zudem beinhaltet dies die vollständige Umsetzung der bereits veröffentlichten Aktivitäten zur Integration der Postbank, die etwa 500 Mio € zu den genannten Einsparungen von 3 Mrd € beitragen werden. Als sofortige Maßnahme wird der Konzern die Anzahl seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 1.900 reduzieren, davon 1.500 in CB&S sowie in den zugehörigen Infrastrukturbereichen. Diese Maßnahmen dürften etwa 350 Mio € zu dem Gesamtziel von 3 Mrd € beitragen.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Zielgrößendefinitionen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichten wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Größen des historischen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter Beträge im Vergleich zu gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden. Der Konzern bezeichnet die Definition von bestimmten Anpassungen als „Zielgrößendefinition“, da der Konzern in der Vergangenheit oder in der Zukunft solche nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen angewandt hat oder anwenden wird, um seine finanziellen Ziele zu bemessen.

Die nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen des Konzerns, die sich auf das Ergebnis beziehen, basieren auf Zielgrößendefinitionen. Auf IFRS basierende Finanzkennzahlen werden um bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Gebäuden) oder bestimmte signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) bereinigt, wenn diese Gewinne oder Aufwendungen keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder des Konzerns haben.

Eigenkapitalrendite vor Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (gemäß Zielgrößendefinition)

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (gemäß Zielgrößendefinition) im mehrjährigen Durchschnitt basiert auf dem prozentualen Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern gemäß Zielgrößendefinition am durchschnittlichen Active Equity des Konzerns. Beide werden nachfolgend definiert.

Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (gemäß Zielgrößendefinition): Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis vor Steuern), bereinigt um bestimmte signifikante Gewinne und Aufwendungen.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Ergebnis vor Steuern	960	1.778	2.838	4.799
Abzüglich Anteile ohne beherrschenden Einfluss, vor Steuern	- 15	- 54	- 44	- 142
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern	945	1.724	2.794	4.656
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Bestimmter signifikanter Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten)	-	-	-	- 236 ¹
Bestimmter signifikanter Belastungen	-	-	-	-
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern (Zielgrößendefinition)	945	1.724	2.794	4.420

¹ Positiver Effekt von 236 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank (PBC), die nach der Equitymethode bilanziert wurde. Dieser Betrag basiert auf der Darstellung des ersten Quartals 2011. Er beinhaltete einen Bruttogewinn in Höhe von 263 Mio €, der zum Teil durch erwartete Kosten in Höhe von 26 Mio € vermindert wurde, die sich später im Jahr 2011 nicht materialisiert haben.

Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu vereinfachen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Der Konzern bereinigt das durchschnittliche

den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital um die durchschnittliche Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung (alle Bestandteile nach Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird. Die in der Berechnung des durchschnittlichen Active Equity verwendeten Steuersätze entsprechen denen, die auch für die jeweiligen Geschäftsvorfälle im Konzernabschluss verwendet werden. Somit wird kein Durchschnittssteuersatz angewandt.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	55.676	50.005	54.988	49.703
Zuzüglich/abzüglich (–):				
Durchschnittliche Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung ¹	428	368	512	318
Durchschnittlicher Dividendenabgrenzungen	-784	-610	-772	-672
Durchschnittliches Active Equity	55.319	49.763	54.728	49.349

¹ Der aus der Durchschnittlichen Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung resultierende Steuereffekt betrug im zweiten Quartal 2012 minus 365 Mio € (zweites Quartal 2011: minus 314 Mio €) und im Sechsmonatszeitraum 2012 minus 425 Mio € (Sechsmonatszeitraum 2011: minus 341 Mio €).

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (Zielgrößendefinition) wird nachfolgend dargestellt. Zum Vergleich wird die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) dargestellt. Diese ist als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis vor Steuern) am den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital definiert. Ebenfalls zum Vergleich wird die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) dargestellt. Diese ist als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis vor Steuern) am durchschnittlichen Active Equity definiert.

in %	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2012	2011	2012	2011
Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition)	6,8 %	13,9 %	10,2 %	17,9 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	6,8 %	13,8 %	10,2 %	18,7 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	6,8 %	13,9 %	10,2 %	18,9 %

Leverage Ratio (Zielgrößendefinition)

Als Teil seines Bilanzmanagements verwendet der Konzern eine bereinigte Leverage Ratio, die auf der Grundlage einer Zielgrößendefinition mit Anpassungen der Bilanzsumme gemäß IFRS und des Eigenkapitals ermittelt wird. Diese angepassten Kennzahlen, die keine Messgrößen nach IFRS sind, werden in diesem Bericht im Abschnitt „Risikobericht – Bilanzmanagement“ erläutert.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com
Der Zwischenbericht im Internet:
www.deutsche-bank.de/2Q2012

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2012 im Abschnitt „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

Frankfurt, im August 2012

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

gez. Ingo Hatzmann

gez. Dr. Robert Müller